onnerstag, den 17. September 1925. Einzelnummer 10 Goldpfennige 36. Jahrgang. — Nr. 217

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

ugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die ndlung der „Weltwacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigzirrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Ausz zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich eldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text: 70 Pf. Stellenangebote 16 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Englische Arbeitertagungen

Wie in Deutschland ist auch in England dem eitag der Arbeiterpartei der Kongreß der Geerkschaften vorausgegangen. Konnte man auf der slauer Tagung der deutschen Freien Gewerkschaften überaus besonnene Haltung der großen Mehrheit Vertreter feststellen, die selbst die kommunistischen cher zu geradezu komischen Verbeugungen vor gegten sozialdemokratischen Führern wie Tarnow verßte, so erscheint dem oberflächlichen Blick die Halder englischen Gewerkschaften diesmal viel radikaler in. Wirken die deutschen Gewerkschaftsführer — z. B. r Frage der Volksabstimmung über den Achtstunden— vorsichtig zurückhaltend gegenüber der politischen tei der Sozialdemokratie, so sind die englischen Geschaftsdelegierten in politischen Fragen umgekehrt radikaler aufgetreten als die dortige Arbeiterpartei isher tat. Zum Beispiel wurde eine Entschließung n den Imperialismus angenommen, die die englische eiterschaft nicht nur zur Unterstützung des sozialen mpfes der Kolonialvölker auffordert, sondern diesen rücklich auch das Recht auf völlige Loslösung r Gebiete vom imperialistischen „Mutterland" steht. Der frühere Kolonialminister und bekannte ahnerführer Thomas wandte sich vergeblich n diese Entschließung, die seiner Meinung nach von Arbeiterregierung nicht als Regierungsprogramm nommen werden kann. Eine andere Entschließung ht sogar im Gegensatz zur früheren Haltung der ischen Gewerkschaften den grundsätzlichen Kampf n die kapitalistische Ordnung. Sie zeigt allerdings i sofort eine merkwürdige prinzipielle Schwäche, in- sie die Betriebsräte zu Hauptorganen s Kampfes machen will — eine Auffassung, hinter deutlich die gildensozialistische Täuschung steht, als die Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch die eiterklasse dem politischen Siege im entscheidenden lt vorausgehen könne.

Wie zweifelhaft es überhaupt mit dem Radikalis- der englischen Gewerkschaften steht, ergibt sich aus Tatsache, daß in den Fragen des gewerkaftlichen Kampfes selbst die Entßungen des Kongresses viel geßigter ausgefallen sind als gegenüber denjenigen blemen, für deren Lösung die Gewerkschaften keine te Verantwortung tragen. So ist z. B. ein viel beter Antrag abgelehnt worden, der dem General- weitgehende Vollmachten für die Erung eines Generalstreiks, vor allem auch finanziellem Gebiet, geben wollte. Auch die perso- n Entscheidungen sind recht gemäßigt ausgefallen: in den Generalrat eingetreten sind nur der genannte rechtsstehende Eisenbahnerführer Thomas und frühere weibliche Kabinettsmitglied der Regierung donald, Genossin Bondfield, die soeben noch in seille in enger Fühlung mit unserem Genossen Wels gewesen ist.

Damit erscheinen auch die neuen Bekräftigungen Willens zur Einigung mit den russischen werkschaften immerhin mit kritischen Hemmun- ersehen zu sein. Diese sind allerdings auch notwendig, die diesmalige Resolution sich für die Verständigung der Russen ohne Erwähnung der Amsterer Gewerkschaftsinternationale als gegebenen Vermittlerin ausspricht. In einem Lande, keine ernsthafte kommunistische Parteipropaganda nen gelernt hat und dessen Regierung aus machtpoliti- n Gründen gelegentlich mit antirussischen Kriegsplänen lt, wird eine solche Verständigung ja aber ganz ere Bedeutung haben als in Deutschland. Wenn ein l der englischen Rechtspresse den Gewerkschaftskongreß den Uebergang der englischen Arbeiterschaft zu kommunistischen Methoden auch im Inland hinstellt, so ist eine parteiagitatorische Gespenstermalerei, die zum spiel die ernsthaften „Times" angesichts der praktisch vorsichtig tastenden Beschlüsse nicht mitmachen. Wenn Vorsitzende Swales für die Aufrichtung einer eiterregierung in England sprach, so nannte er bezeichderweise als Vorbild neben der Sowjetregierung die munistische und nur eine ausländische Kapitalgruppe en die andere ausspielende mexikanische Arterregierung. . . .

Angesichts des Aufbaus der englischen Arbeiterpartei unmittelbar auf der Gewerkschaftsorganisation darf immerhin der politische Stimmungsausdruck dieses Kongresses nicht unterschätzt werden. Den Hintergrund dieser Stimmung bildet die steigende englische Arbeitslosigkeit, deren Ursachen wiederum in der ungelösten Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft liegen. Wie diese Stimmung sich praktisch politisch auswirkt, wird aber erst der bevorstehende Kongreß der englischen Arbeiterpartei zeigen können, auf dem die verantwortlichen Führer zu Wort kommen. Hoffentlich bringt er weniger radikale Worte, die nur die bürgerliche Preßhetze nähren und dafür mehr wirklich radikale, das heißt grundsätzliche Klärung der Ziele und Wege für die nächsten Taten der englischen Arbeiterklasse, von deren Siegen und Niederlagen auch die Kämpfe der deutschen Arbeiter in hohem Maße abhängig sind.

—m.

Der Wirrwarr in der KPD.

Im Licht der „Roten Fahne".

Wirrwarr ohne Ende herrscht in der KPD. Der Brief des mit der in der Geschichte aller Parteien bisher unerhörten radikalen Absetzung einer angeblich vom Vertrauen der gesamten Partei getragenen, vor wenigen Wochen erst auf einem Parteitag einstimmig gewählten Parteileitung beginnt seine Wirkung zu tun. Am drastischsten drückt das die „Rote Fahne" selber aus, die feststellt:

„Der offene Brief der Komintern hat die verschiedenen Strömungen, die in der KPD. unter der Oberfläche keimten, offen Hervortreten lassen. Wenn auch noch unklar und nicht vollkommen ausgereift, kann man aber doch bestimmte Gruppierungen feststellen, die bis zum Erscheinen des Offenen Briefes unter der Decke „der Einheit um jeden Preis" versteckt waren. Offene, breite Aussprache ist Bedingung, wenn an Stelle der durch organisatorischen und mechanischen Druck geschaffene Scheineinheit die wirkliche ideologische bolschewistische Einheit der Partei treten soll.

Soweit man die Parteidiskussion an Hand der bisher vorliegenden Berliner Resolutionen übersehen kann, sind drei oder richtiger vier Gruppierungen zu verzeichnen, bei denen wenigstens in einer Gruppe gleichfalls keine ideologische Klarheit vorhanden ist. Beginnen wir mit den Resultaten bzw. Stimmungen und Strömungen, wie sie auf der sogenannten äußersten Linken vorherrschen."

Diese Strömungen kommen am ausgesprochensten in den verschiedenen Resolutionen der Berliner Bezirke zum Ausdruck. Der eigentliche Stamm der kommunistischen Parteiorganisation in den Arbeitervierteln Berlins am Wedding und Friedrichshain usw. besteht aus überzeugten Anhängern der ursprünglich linksradikalen Taktik der Ruth Fischer und Maslow, die erst unter dem Druck der Exekutive und der vollkommenen Pleite der kommunistischen Bewegung in den letzten Monaten dazu übergingen, langsam ein wenig nach rechts abzudrehen. Diese Elemente sehen jetzt, daß durch den Druck Moskaus die Rechtsgruppen der KPD. wieder ans Ruder kommen sollen, daß auf dem Umwege über die Rückkehr der bisher in Rußland verbannten Klara Zetkin der Bruch in der Linie der KPD. zu einem vollständigen Umschwung nach rechts führen wird. Ihnen gegenüber stehen die bezahlten und abhängigen Elemente der Parteibürokratie, die das zuverlässige Kader jeder Parteizentrale bilden. Für sie gilt lediglich der Spruch: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe". Im Hintergrunde warten die entweder bereits ausgeschlossenen oder bisher von Ruth Fischer gemaßregelten Rechten, die Gruppe um Brandler und August Thalheimer, die auf dem Wege über Ernst Meyer die Verbindung mit den jetzt wieder zu Einfluß kommenden Schichten in der KPD. aufrechterhalten. Der gewaltsame Kurswechsel hat zur Folge, daß eine Auseinandersetzung über die wirklichen Ziele der kommunistischen Bewegung nicht mehr vermieden werden kann und daß die Schicksalsfrage, die jedem Splitter der Arbeiterbewegung gestellt wird: „wie stellen wir uns zur Sozialdemokratie"?, auch in der KPD. zum Mittelpunkt der Diskussion wird. Ist die Frage nach einem jahrelangen Putschistenkurs erst einmal aufgeworfen, dann wird sie um so weniger verschwinden können, als der wirtschaftliche und politische Kurs Sowjetrußlands immer mehr eine deutliche Annäherung an die europäische Entwicklung zeigt. Das Eis in der KPD. ist gebrochen und der Fluß in Bewegung geraten. Er wird so bald nicht wieder zum Stehen kommen.

Grundsätzliche Aussprache auf dem Parteitag.

Keils Fraktionsbericht. — Das Ziel unserer Oppositionspolitik.

Die Mittwochsitzung des Parteitages beginnt mit dem **Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

Berichterstatter **Keil:**

Kaum in einer Session des Reichstages ist so umfangreich gearbeitet worden wie in der letzten, eine Fülle von Materien ist in Angriff genommen, viele Gesetze sind erledigt worden. Was der arbeitsunfähige Reichstag vom Mai 1924 versäumt hat, mußte der Reichstag vom Dezember 1924 in seinem ersten Tagungsabschnitt nachholen. Er mußte die Notmaßnahmen aus der Zeit der Stabilisierung in Gesetze umwandeln und mußte den ganzen Mechanismus der Staatsverwaltung, den die Währungskatastrophe aus den Angeln gehoben hatte, wieder in geordnete Bahnen bringen. Diese Aufgabe hat der Reichstag im wesentlichen erfüllt. Allerdings nicht in dem Geiste des schönen sozialen Gedankeninhalts der Verfassung der deutschen Republik, sondern in einem Geiste, der als höchstes Ziel hatte die Befriedigung des materiellen Egoismus der wieder zu Macht und Einfluß gekommenen besitzenden Schichten des Volkes.

Ich will die grundsätzlichen Gesichtspunkte, von denen die Fraktion bei ihrer Arbeit geleitet war, darlegen. Erleichtert wird mir diese Aufgabe dadurch, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch natürlich Unterschiede des Temperaments, des Werdegangs und der gefühlsmäßigen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung der Situation führten, so besteht doch keine geschlossene Linke und Rechte wie früher, und von Sondersitzungen einzelner Fraktionsgruppen ist mir wenigstens seit der Vereinigung nichts bekannt geworden. Will man doch von einem sogenannten linken oder rechten Flügel sprechen, so sind die Fälle nicht selten gewesen, in denen „linker Hand, rechter Hand, alles vertauscht" war (Heiterkeit), wo der sanfte Löbe den Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus oder der kritiklustige Levi den realpolitischen Hermann Müller an Bedächtigkeit übertroffen hat (Heiterkeit). Einzelne Meinungsverschiedenheiten konnten nicht verhindern, daß die Fraktion nach außen hin einheitlich gehandelt hat. Erfreulich war **die Zurückgewinnung Löbes als Präsident, dieses Meisters in der Führung der Geschäfte des Reichstages.**

Die Frist vom Mai bis Dezember war zu kurz gewesen, um die Nachtentwicklung der Rechten aufzuhalten und die Wähler zur Vernunft zu bringen, die dem gerissenen Demagogentum der Rechten in die Falle gegangen waren. Würde heute den Wählern Gelegenheit gegeben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, so würden zweifellos Millionen ihre damalige Haltung gründlich revidieren. (Sehr wahr!) So war die Rechtsregierung nach den Dezemberwahlen nicht mehr zu verhindern, nachdem die Wähler der dahingehenden Strömung nicht den nötigen starken Damm entgegengesetzt hatten, der für die Erneuerung der Weimarer Koalition die zahlenmäßige Grundlage gewesen wäre, und die Deutsche Volkspartei hatte auch nicht den Mut, wie bisher die Minderheitsregierung weiter zu unterstützen. Sie verließ sich auf die Rechtsneigung des Zentrums, und diese Spekulation erwies sich als richtig. Der Ringkampf zwischen Stresemann und Marx endete mit dem Sturz des letzteren, den seine eigene Partei fallen ließ. Dr. Luther schwang sich als gewandter Equilibrist auf den Kanzlersitzl und vier deutschnationale Minister nahmen neben ihm Platz. Das Zentrum wollte nach der frostigen Erklärung Fehrenbachs dem Kabinett Luther wohl die Lebensfähigkeit geben, aber parteimäßig nicht daran gebunden sein. **Nach den Leistungen des Zentrums in den letzten Monaten fragt man sich aber, was denn diese Partei noch mehr für das Kabinett Luther hätte tun können.** (Sehr richtig!)

Mit der Bildung des Rechtskabinetts ergab sich für unsere Fraktion die Stellungnahme von selbst: stärkstes Mißtrauen und **streng entschlossene Opposition.** Der Verlauf des ersten Tagungsabschnittes unter diesem Kabinett hat uns gezeigt, wie begründet dies Mißtrauen war. Aber unsere Opposition ist nicht dasselbe wie in der Vorkriegszeit. Damals standen wir einem halb absolutistischen, halb konstitutionellen Regierungssystem gegenüber. An eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung war damals nicht zu denken. Heute haben wir das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem unter der republikanischen Staatsform, an deren Schaffung wir führend beteiligt gewesen sind. Und wenn wir zurzeit nicht in der Regierung sitzen und uns auch nicht danach sehnen, so ändert das nichts daran, daß der Sinn und das Ziel unseres Kampfes ist: **Die Feinde der Republik und des schaffenden Volkes aus der Regierung zu vertreiben.** Die Behauptung von Seydewitz, daß in der Reichstagsfraktion tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, scheint mir aus dem Irrtum zu stammen, daß er glaubt, die Fraktionsmehrheit sei so unbedingt auf die Große Koalition eingeschworen, wie er dagegen ist. Tatsächlich wollen wir nur taktische Bewegungsfreiheit haben und **wenn wir uns im voraus positiv oder negativ binden würden, so würden die Gegner selbstverständlich diese Bindung ausnützen.** (Sehr wahr!) Was wir tun, wenn uns die Niederringung der Regierung Luther gelungen ist, ist eine vollkommen offene Frage, zu der wir Stellung nehmen werden, wenn der Fall eintritt. (Sehr gut!) **Wer eine Regierung stürzt, kann in die Lage kommen, die neue Regierung bilden zu müssen.** (Müller-Franken: **oder unterstützen müssen,** das ist noch schlimmer.) Die Opposition, die siegt, muß die Regierung übernehmen oder für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung sorgen. (Sehr wahr!) Wir sind im Stadium des Ringens der Arbeiterklasse um ihren Anteil an der unmittelbaren Staatsgewalt. Wir fühlen uns als die Träger der demokratischen Republik auch gegen ihre Feinde. Wir

wollen im Innern für die Armen, die Schaffenden und die Enterbten herausholen, was als das Höchstmaß praktischer Erfolge herausgeholt werden kann. Unsere Forderungen dürfen deshalb die Grenzen dessen nicht übersteigen, was wir praktisch durchführen könnten, wenn wir in der Regierung wären. Deshalb lehnen wir es grundsätzlich ab, nach dem Beispiel der Deutschnationalen rein demagogische Anträge zu stellen, deren Annahme wir nach dem Eintritt in die Regierung mit allen Finessen hintertreiben müßten. (Sehr gut!)

Der radikale Wechsel der deutschnationalen Politik ist ohne Beispiel im deutschen Parteileben. Wie haben uns die Führer der Rechtsmehrheit beschimpft und gelästert, als hätten wir das Vaterland verraten, die Ehre der Nation in den Kot getreten und uns vom Ausland bezahlen lassen. Noch bei den Dezemberwahlen haben sich die Deutschnationalen im Jahrmarktskostüm als den wahren nationalen Jakob angepriesen. Aber nach der Regierungsübernahme half kein Geflunker mehr. Sie mußten Farbe bekennen. Und die deutschnationale Fraktion hat Erfüllungspolitik getrieben mit einem überaus erstaunlichen Eifer. Was hätte wohl der verstorbene Helfferich von dem deutschnationalen Finanzminister Schlieben gesagt, daß er unter schwerster Steuerbelastung des Volkes eine Ueberschußwirtschaft treibt, nur um für die pünktliche Erfüllung der Reparationslasten zu sorgen? Wo bleibt die Revision des Versailler Vertrages, wo die Bekämpfung der „Kriegschuldlüge"? Statt dessen wurde der Sicherheitspakt vorbereitet mit der neuen freiwilligen Verzichterklärung auf Elsaß-Lothringen! So sehr wir selbst deutschnationale Verständigungspolitik im Interesse des europäischen Friedens wünschen, so hätten wir doch nicht hören mögen, was die Deutschnationalen darüber gesagt hätten, wenn eine Regierung Wirth oder Hermann Müller den Sicherheitspakt vorbereitet hätte. Die Opposition des völkischen Flügels soll nur die deutschnationale Knochenerweichung markieren. Paris ist den Deutschnationalen eine Messe wert. Sie nehmen jede Minderung ihres Ansehens in Kauf, nur um ihre Machtgier zu befriedigen. (Sehr wahr!)

Auch in einer Reihe Fragen der inneren Politik haben wir den Deutschnationalen ihre Doppelrolle als Regierungs- und zugleich Oppositionspartei gründlich verdorben. Die Deutschnationalen wissen die Regierungsgewalt zu schätzen, auch wenn sie ihnen nur einen Teilerfolg bringt. Selbst der große Raubzug der Zollgesetze, die trotz unseres leidenschaftlichen Widerstandes unter Bruch der geschäftsordnungsmäßigen und verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit durchgepeitscht wurden, war nur ein Teilerfolg. Diese Zollgesetze werden für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sein. (Sehr wahr!) Für uns sind die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter maßgebend, und wir wollen jede Schädigung vom deutschen Wirtschaftsleben fernhalten. Wir fordern deshalb nicht einen Freihandel. Aber wir wollen den Abbau der Zollmauern und die europäische Wirtschaftsverständigung, während die Regierung Luther mit ihren Zöllen bewußt die anderen Länder übertrumpfen will. Es ist genau der gleiche Gegensatz wie in der militärischen Rüstungspolitik vor dem Weltkriege. Die Gefahr für die deutsche Wirtschaft besteht noch der Stabilisierung in der passiven Handelsbilanz. Diese ist nur zu bekämpfen durch Beschränkung der Einfahr und Steigerung der Ausfuhr. Aber Rohstoffe und Nahrungsmittel müssen wir einführen, und deshalb haben wir eine Steigerung der Ausfuhr anzustreben, um nicht die Produktion künstlich zu verteuern. Bei den jetzt beschlossenen Zöllen hat der Egoismus einer kleinen Zahl Kapitalisten über die Interessen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gesiegt.

Die Regierung versucht, die Wirkung ihrer Zollpolitik durch eine Preissenkungsaktion abzuschwächen. Wir wünschen der Aktion den besten Erfolg und halten zum Beispiel die Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder für durchaus möglich. Aber wenn man als Voraussetzung für die Steigerung des Profitgeschäfts alles verteuert und dann so tut, als ob man die Preise senken wolle, ohne die in Frage kommenden Mittel der Staatsgewalt gegen die Kapitalisten einzusetzen, dann kann man damit nur den Spott reizen. Bei der engen Verbindung der Regierung Luther mit dem Großkapital muß die Arbeiterschaft in der Preissenkungsaktion lediglich ein Manöver zur Verhinderung von Lohnerhöhungen erblicken.

Bei der Steuergesetzgebung hatte die Regierung davon ausgehen müssen, daß das Klagen und Jammern über den Steuerdruck zu den Lebensgewohnheiten des deutschen Großkapitals gehört und daß die Besitzenden in der Inflationszeit, als die Lohn- und Gehaltsempfänger den Staat allein über Wasser hielten, sich des Steuerzahlens gänzlich entwöhnt hatten. Aber die Regierung wich vor diesem Geschrei zurück und der krasse Gegensatz zwischen Besitz- und Massensteuern wurde noch gesteigert. Zahlreiche wichtige und maßvolle Anträge unserer Fraktion hat die Mehrheit niedergestimmt, z. B. über die Erhöhung der Tarife bei den größten Einkommen und die Umsatzsteuerfreiheit unentbehrlicher Lebensmittel. Den schmachvollen Beitrag zu den Opfern der Inflation hat nicht die Revolution und die Politik der Linksparteien geübt. Die Enteignung des Mittelstandes hat nach dem Urteil aller objektiven Wissenschaftler die Finanz- und Steuerpolitik Helfferichs im Kriege und nach dem Kriege und die Steuersabotage der Besitzenden auf dem Gewissen. Und durch die von den Rechtsparteien herbeigeführten äußeren außenpolitischen Krisen sind die Inflationsgewinnler à la Stinnes die Nutznießer des Verarmungsprozesses gewesen, dem die Gläubiger und Sparer zum Opfer gefallen sind. Die Ablenkungs- und Vertuschungsmanöver der deutschnationalen Vertreter werden ohne Erfolg bleiben. Denn der Betrug an den Sparern schreit zum Himmel und wird sich rächen bei den nächsten Wahlen. (Sehr wahr!) Unsere Fraktion hat sich selbstverständlich auf die Seite der hungernden und schutzlosen Opfer der Inflation gestellt. In allen Anträgen hat sie den Gläubigern das zu geben versucht, was im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen lag. Die Deutschnationalen dagegen haben den Gläubigern das Unmögliche versprochen, um ihnen das Mögliche vorzuenthalten. (Sehr wahr!) Die große Mehrheit der betrogenen Gläubiger stand bis vor kurzem noch im Lager der Rechtsparteien. Sie hatten dort solange etwas zu sagen und Einfluß und Ansehen, als sie Besitzende waren. Seit ihrer Verarmung ist es damit aus. Proleten haben in den Rechtsparteien noch nie etwas zu sagen gehabt.

Die Enttäuschung wird aber erst ihren höchsten Punkt erreichen, wenn es demnächst an die Beratung der Ausführung der Aufwertungsgesetze geht. Dann werden die Schuldner alle Vergünstigungen, die ihnen das Gesetz gewährt, auf Kosten der Gläubiger für sich in Anspruch nehmen. Ob es möglich sein wird, durch die Masse des in Deutschland noch nicht erprobten Volksentscheids die Aufwertungsfrage zu revidieren, wie das die Vertreter der Aufwertungsverbände annehmen, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Vorbereitungen dieser Verbände dazu sind im Gange. Tritt die Frage an uns heran, wie wir uns zu der Volksabstimmung verhalten, so wird unsere Entscheidung von der Pflicht abhängig sein, den Opfern der Inflation unsere Hilfe zu leihen. Die Enttäuschung wird die Sozialdemokratie den Gläubigern nicht bereiten, die sie mit ihrem abgott Hindenburg erlebt haben. (Sehr richtig!)

Ueber die Fragen der Sozialpo[illegible], der Erwerbslosenfürsorge, des Arbeitsrechts, die Wahrnehmung der Interessen der Kriegsbeschädigten, die Besoldung und Rechte der Beamten, die Bekämpfung der Klassenjustiz usw. kann ich nicht auch noch jetzt sprechen. Die deutsche Justiz hatte in politischen Prozessen nie so wenig Vertrauen als gegenwärtig. (Lebhafte Zustimmung.) Mit noch größerem Recht als der Zentrumsabgeordnete Lieber seiner Zeit im Kampfe um das Zuchthausgesetz kann man heute von der himmelschreienden Parteilichkeit der deutschen Rechtsprechung reden. (Sehr wahr!) Aus der Situation ergibt sich eine Fülle von Aufgaben für unsere Reichstagsfraktion. Zahlreiche Anregungen werden uns durch hier vorliegende Anträge überwiesen. Die Fraktion wird alles Brauchbare und Nützliche daraus aussuchen und im Rahmen des Möglichen weiter verfolgen. Daß die Partei nicht mit verbrauchten Schlagworten und dem Schematismus zu Werke gehen kann, lehrt uns wieder der Fall Wirth und das Echo, das er im demokratischen Flügel des Zentrums, insbesondere bei den Arbeiterschichten, hervorruft. Auch im Kampf mit unseren Gegnern müssen wir differenzieren und dürfen die Gegner, die bereit sind, ein Stück Weges mit uns zusammen zu marschieren, nicht von uns abstoßen. (Sehr richtig!) Unter Beachtung dieser Punkte müssen wir uns für den nächsten Wahlkampf die Situation schaffen, die wir uns alle wünschen, die die Wählermassen zwingt, in unserem Sinne Gericht zu halten mit den Herrschaften der Rechten, die groß waren im Versprechen und klein im Halten. Die nächste Entscheidung der deutschen Wählermassen muß werden: ein Verdammungsurteil über die Feinde der Republik und ein großer Tag des Sieges für die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

* * *

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Dr. Kruck-Hamburg: Notwendig ist eine konsequente Gesundheitspolitik, der Kampf gegen Volkskrankheiten, gegen den Alkoholismus, gegen die Geschlechtskrankheiten, Bekämpfung der Tuberkulose auf reichsgesetzlicher Grundlage, Durchführung einer Justizreform nach der zivil- und strafrechtlichen Seite, Erneuerung des Sexualstrafrechts — ich erwähne nur den § 175 — eine großzügige Wohnungs- und Siedlungspolitik und die verfassungsmäßige Gleichstellung und Gleichwertung von Mann und Frau auf allen Gebieten. Notwendig sind Richtlinien des Parteivorstandes für eine sozial großzügige Bevölkerungspolitik. Die ist ein Stück Sozialismus.

Priem-Detmold: Die außerordentlich günstige Situation in den Zollkämpfen ist nicht genügend agitatorisch ausgenutzt worden. Vielleicht ist doch der Gedanke an eine baldige Rückkehr der Großen Koalition maßgebend dafür gewesen, den Kampf mit gedämpftem Trommelklang zu führen. Ich hoffe, daß das beim Reichsschulgesetz anders wird. Denn hier geht es um die Kinder des Volkes, um die deutsche Kultur. (Sehr richtig!) Auch die Zustände in der Reichswehr erfordern von uns nachdrückliche Taten. Unser Ziel muß der Aufbau der republikanischen Sicherheitspolizei sein.

Adam-Hamburg: Der Reichsschulgesetzentwurf ist der denkbar schwerste Angriff auf die Gewissensfreiheit und das ungeheuerlichste Attentat auf den geistigen Fortschritt des deutschen Volkes. Das Zentrum will jetzt den Kaufpreis für seine Rechtsschwenkung erhalten. Dazu scheut man selbst vor der Durchbrechung der verfassungsmäßigen Grundsätze nicht zurück. Wir danken der Reichstagsfraktion, daß sie den Kampf gegen die Durchlöcherung des Grundschulgesetzes machtvoll geführt hat. Jetzt werden in Preußen konfessionelle Lehrerakademien geschaffen und die Lehrerbildung zur Farce herabgedrückt. Wir müssen als Kulturpartei den Kampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf mit aller Entschiedenheit aufnehmen und auf der breitesten Front mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Massen mobil machen. (Beifall.)

Löb-Frankfurt a. M.: Mein Frankfurter Antrag, daß der Etat für die Reichswehr in ihrer jetzigen Form abgelehnt werde. Der glänzenden Begründung, die Scheidemann gestern gegeben hat, brauche ich nichts mehr zuzufügen. Ich möchte die Reichstagsfraktion warnen, kapern zu lassen für die Herabsetzung des Zinssatzes öffentlicher Gelder. Wenn die Banken auf Bankiertag eine Risikoprämie fordern, so haben auch die öffentlichen Banken Anspruch darauf. So große Risikoprämien, wie die Intelligenz der Präsidenten der Preußischen Staatsbank verlangt, kann freilich keine Wirtschaft geben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Gerade die beiden Staatsbanken, die von sozialistischen Regierungen gegründet und geführt wurden, waren an den Barmat- und Kutisker-Angelegenheiten nicht mit einem Pfennig beteiligt. Die deutsche Industrie ist noch immer gefüllt. Wir müssen den Mut haben, auszusprechen, daß die deflationistische Gestaltung der deutschen Wirtschaft überwunden werden muß. Wir müssen unser Augenmerk nicht nur auf den Export richten; was die deutsche Industrie retten kann, ist normaler Inlandsverbrauch und ein Abbau des Luxuskonsums. Wir müssen eine Siedlungspolitik treiben, die die überflüssig werdenden Arbeitskräfte aus der Industrie aufnimmt und die landwirtschaftliche Produktion in großem Umfange erbaut. Das sind Aufgaben, des Schweißes der Edlen wert. (Lebh. Beifall.)

Dr. Moses-Berlin: Die Arbeiterschaft darf das Parlament nicht diskreditieren lassen und das sinnlose Kesseltreiben gegen den Reichstag nicht mitmachen. Man darf nicht vier Jahre lang den Reichstag dem Volk verekeln und dann für die Wahlen begeistern. Dieses Parlament ist gewiß nicht der Weisheit letzter Schluß, aber wir wollen positiv an seiner Gestaltung mitarbeiten. Im übrigen hängt es von der Geschlossenheit der Arbeiter im Kampfe um unsere Ziele ab, wie wir unsere Mehrheit auch im Parlament ausnutzen können. (Beifall.)

Frau **Scherpel**-Stuttgart begründet den Antrag, bei den Wahlen das Abstimmungsergebnis für die männlichen und weiblichen Wähler allgemein getrennt feststellen zu lassen.

Zimmer-Saarbrücken: Als Teil der großen deutschen Demokratie verfolgen wir die politischen Vorgänge im Reich, wenn sie uns nicht mehr unmittelbar betreffen, mit doppeltem Interesse, weil sie zurückwirken auf die Regelung des Saarproblems. An oberster Stelle steht uns der Kampf um das deutsche Saargebiet, der uns schon drei Redakteure gekostet hat. (Hört! Hört!) Im Dienste dieses Zieles haben wir in schwerster, schicksalsreichster Stunde die interparteiliche deutsche Zusammenarbeit geschaffen. Als aber der Großindustrielle Röchling seinen großen Einfluß, den er der innerparteilichen Zusammenarbeit verdankt, begann, für seine eigenen Profit- und Wirtschaftsinteressen brutal auszunutzen, mußten wir aus Verantwortungsgefühl gegenüber der werktätigen Bevölkerung diese Einheitsfront aufgeben. Der Bevölkerung des Saargebietes verwehrt man, ihre Vertreter in die Regierungskommission zu senden. Nur eine konsequente demokratische Entwicklung wird unsere Position verbessern und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könnte unsere Stellung beim Völkerbundsrat wesentlich erleichtern. (Zuruf Löbes: Sehr wahr!) Wenn in den Jahren die Tore zur Heimkehr ins Deutsche Reich offenstehen, wollen wir zurückkehren in ein freies Deutschland in ein auf Frieden und Demokratie aufgebautes Europa. (Lebhafter Beifall.)

Karsten-Peine: Für die Fragen der Sozialpolitik ist es leider heute an dem nötigen Resonanzboden. Es sind viele Gesetze geschaffen worden, andere harren der Erledigung, aber sie atmen alle nicht den Geist, den wir brauchen. Die Krankenversicherung steht eine noch größere Zersplitterung nach den Anträgen der Rechten bevor, und es sind sonst bestehen die unsinnigsten und widersinnigsten Bestimmungen in unserer Sozialgesetzgebung. Namentlich in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten muß endlich durchgegriffen werden. Das muß eingegliedert werden in die allgemeinen Versicherungsgesetze. Eine gesunde Sozialpolitik ist das beste Mittel zur Festigung der Republik. (Sehr wahr!) Nicht wir in der Fraktion sind verantwortlich, wenn das, was wir fordern, nicht durchgesetzt wird, sondern es kommt darauf an, daß die breiten Massen hinter uns stehen. (Sehr richtig!)

Löwenstein-Berlin: Die Grundlage des Weimarer Schulkompromisses ist vom Zentrum durch den Reichsschulgesetzentwurf zerschlagen. (Sehr richtig!) Die Einheitsschule des deutschen Volkes wird dadurch völlig zunichte gemacht. Neun Zehntel aller Schulen in Preußen werden durch den Entwurf zu Konfessionsschulen gemacht, und auch die Simultanschule in Hessen wird durch ihn zerschlagen werden. Kommen Sie uns nicht damit, daß die große Masse die konfessionelle Schule wolle. Wir müssen unsere Kulturziele auch durchsetzen, wenn die nötige Erkenntnis in den Massen noch fehlt. Alle diejenigen, die auf dem Boden der Freiheitsentwicklung stehen, müssen mit uns für die weltliche Schule als die einzig mögliche Einheitsschule des deutschen Volkes kämpfen. (Beifall.)

Der Spieler.

Ein Roman von F. M. Dostojewski.

(Aus den Aufzeichnungen eines jungen Mannes.)

28]

„Nach dem Reglement ist es nicht gestattet, auf einmal mehr als zwölf Friedrichsdor auf Null zu setzen, Großmütterchen. Nun, die habe ich jetzt gesetzt."

„Wieso ist das nicht erlaubt? Redest du mir auch nichts vor? Mein Herr, mein Herr!" Sie stieß den Croupier an, der unmittelbar an ihrer linken Seite saß und sich bereit machte, das Rad zu drehen. „Wieviel Null? Zwölf? Zwölf?"

Mit möglichster Eile verdeutlichte ich ihm auf Französisch den Sinn der Frage.

„Je, Madame," bestätigte der Croupier höflich und fügte zur Erklärung hinzu: „So wie auch jeder andere einzelne Einsatz die Summe von viertausend Gulden nicht übersteigen darf, nach dem Reglement."

„Na, dann ist nichts zu machen. Setze zwölf!"

„Das Spiel ist gemacht!" rief der Croupier. Das Rad drehte sich, und es kam die Dreißig heraus. Wir hatten verloren!

„Nochmal, nochmal, nochmal! Setz' nochmal!" rief die Alte. Ich verzichte keine Widerrede mehr und setzte achselzuckend noch zwölf Friedrichsdor. Das Rad drehte sich lange. Die Tante, die das Rad gespannt beobachtete, zitterte am ganzen Leibe. „Kann sie wirklich glauben, daß Null wieder gewinnen wird?" dachte ich, während ich sie erstaunt anblickte. Auf ihrem strahlenden Gesicht lag der Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß sie gewinnen werde, der bestimmten Erwartung, es werde im nächsten Augenblick gerufen werden: „Null!" Die Kugel sprang in ein Fach.

„Null!" rief der Croupier.

„Na also!" wandte sich die Tante mit einer Miene milden Triumphes zu mir.

Ich war selbst Spieler; besser wurde ich mir in eben diesem Augenblicke bewußt. Hände und Füße zitterten mir, in meinem Kopfe hämmerte es. Allerdings, das war ein seltener Zufall, daß unter etwa zehn Malen dreimal Null herausgekommen war; aber etwas besonders Erstaunliches war nicht dabei. Ich war selbst Zeuge gewesen, wie zwei Tage zuvor Null beinahe noch öfteres herauskam, und dabei hatte ein Gewinner, der sich auf einem Blatt Papier eifrig die verschiedenen Kombinationen notierte, laut verkündet, daß seit am vorhergehenden Tage schon selbst Null der vorigen Tag aber nur ein einziges Mal gekommen sei.

Da die Tante den größten Gewinn gemacht hatte, der möglich war, so vollzog sich die Auszahlung in besonders höflicher, respektvoller Manier. Sie hatte gerade vierhundertundzwanzig Friedrichsdor zu bekommen, oder viertausend Gulden und zwanzig Friedrichsdor. Die zwanzig Friedrichsdor gab man ihr in Gold, die viertausend Gulden in Banknoten.

Diesmal rief die Tante nicht mehr nach Potapytsch; sie war mit anderem beschäftigt. Auch stieß sie mich nicht an und zitterte äußerlich nicht; aber innerlich, wenn man sich so ausdrücken kann, innerlich zitterte sie. Sie hatte alle ihre Gedanken auf einen Punkt konzentriert, sie auf ein ganz bestimmtes Ziel gerichtet.

„Alexei Iwanowitsch! Er hat gesagt, auf einmal könne man nur viertausend Gulden setzen? Na, dann nimm hier diese ganzen viertausend und setze sie auf Rot!" befahl sie.

Es wäre nutzlos gewesen, ihr davon abzureden. Das Rad begann sich zu drehen.

„Rot!" verkündete der Croupier.

„Wieder ein Gewinn von viertausend Gulden, also im ganzen achttausend.

„Viertausend gib mir her, und die anderen viertausend setze wieder auf Rot!" kommandierte die Tante.

„Ich setze wieder viertausend.

„Rot!" rief der Croupier zum zweiten.

„In Summa zwölftausend! Gib sie alle her! Des Geld packte Sie hinein, in die Röcke, und die Banknoten verwahre für mich in deiner Tasche! Nun genug! Nach Hause! Rollt meinen Stuhl zum Tisch weg!"

Elftes Kapitel.

Der Stuhl wurde zur Tür nach dem anderen Ende des Saales hingerollt. Die Tante folgte. Die Lustigen umdrängten sie sogleich alle mit Glückwünschen. Mochte auch das Benehmen der Tante sehr exzentrisch sein, ihr Triumph deckte vieles zu, und der General fürchtete jetzt nicht mehr, sich in der Oeffentlichkeit durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu einer so sonderbaren Dame zu kompromittieren. Mit einem leutseligen, vertraulich-heiteren Blicke, als wenn er mit einem Kinde Scherz triebe, beglückwünschte er seine Tante. Uebrigens war er augenscheinlich im höchsten Grade überrascht, wie auch alle anderen Zuschauer. Nachherein sprach man von der Tante und wies auf sie hin. Einige [illegible] sie [illegible], um sie aus größerer Nähe anzusehen. Mister Astley stand in einiger Entfernung mit zwei seiner englischen Bekannten über sie. Einige Leute Demen betrachteten sie mit hochmütiger Verwunderung, wie wenn sie eine Art Wundertier wäre. . . . De Grieux lächelte Unglaubliches in Komplimenten und stetem Lächeln.

„Welcher Gewinn!" sagte er.

„Aber, Madame, das war feurig!" fügte Mademoiselle Blanche mit einem scherzhaften Lächeln hinzu.

„Na ja, ich bin einfach hierher gekommen und habe zwölftausend Gulden gewonnen! Was sage ich, zwölftausend; da sind ja noch das Gold! Mit dem Golde kommen beinahe dreizehntausend heraus. Wieviel ist das nach unserem Gelde? Es werden etwa sechstausend Rubel sein, nicht wahr?"

Ich bemerkte, daß es sogar siebentausend Rubel übersteigen und nach dem jetzigen Kurs vielleicht an achttausend herankommen möge.

„Ein schöner Spaß, achttausend Rubel! Und ihr sitzt hier wie ihr Schlafmützen, und tut nichts! Potapytsch, Marfa, habt ihr gesehen?"

„Mütterchen, wie haben Sie das nur angefangen? Achttausend Rubel!" rief Marfa und krümmte sich dabei ganz zusammen.

„Da! Hier hat jeder von euch fünf Goldstücke! Da, nehmt!"

Potapytsch und Marfa griffen nach den Händen der Tante, um sie stürmisch zu küssen.

„Auch die Dienstmänner sollen jeder einen Friedrichsdor haben. Gib jedem von ihnen ein Goldstück, Alexei Iwanowitsch. Warum verbeugt sich dieser Saaldiener, und der andere auch? Gratulieren? Gib ihnen auch jedem einen Friedrichsdor!"

„Prinzessin . . . ein armer Heimatloser . . . dauerndes Glück . . . die russischen Prinzen sind so großmütig." Mit den Worten scherwenzelte um den Rollstuhl herum ein schmutziges Subjekt in abgetragenem Oberrock und hunter Weste, die Mütze in der Hand, das Gesicht zu einem kriechischen Lächeln verzerrt.

„Gib ihm auch einen Friedrichsdor! . . . Nein, gib ihm! Nun aber soll's genug sein; sonst nimmt das mit den Menschen kein Ende. Hebt an und trägt mich weiter! Prosto!" wandte sie sich an Polina Alexandrowna, „ich werde dir einen Stoff zu einem Kleide kaufen, und der hier auch, dieser Mademoiselle, wie heißt sie doch? Mademoiselle Blanche, gut, der will ich auch Stoff zu einem Kleide kaufen. Uebersetze es ihr, Prastowja!"

„Danke", erwiderte Mademoiselle Blanche mit einem [illegible] Knicks und tauschte dann spöttisch lächelnd mit de Grieux und dem General einen Blick aus. Der General wurde ein wenig verlegen und war sehr froh, als wir endlich die Treppe erreicht hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Heinrich Schulz-Berlin: Das Weimarer Schulkompromiß war politische Notwendigkeit. Es war die einzige Plattform, der damals, zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die drei Koalitionsparteien zu einigen waren. Gewiß dieses Schulkompromiß seine Schwächen. Leider war es nicht schon möglich, das Reichsschulgesetz zu schaffen. (Sehr richtig!) Trotzdem war der erste Entwurf noch reichlich annehmbar. Die damalige Agitation des Deutschen Lehrervereins dagegen war falsch und hat nur die Rechtspresse erst mobil gemacht. Bei der Reichskanzlerschaft Wirth fanden dann Besprechungen zwischen den Koalitionsparteien statt, die sich auf der Grundlage des weit besseren Entwurfes bewegten. Aber seitdem Cuno Reichskanzler wurde, hat sich das Zentrum an vertraulichen Besprechungen mit den Rechtsparteien beteiligt, von denen auch ich in meiner amtlichen Stellung ausgeschlossen war. (Hört! Hört!) Das Symptom des gegenwärtigen Falles Wirth zu unterschätzen wäre ein schwerer politischer Fehler. (Sehr richtig!) Wir dürfen auch den gegenwärtigen Schulgesetzentwurf nicht lediglich mit den Schlagworten liberalen Kulturkampfpolitiker bekämpfen. Ich stimme Boenstein darin bei, daß dieser Schulgesetzentwurf einen Bruch der Weimarer Verfassung bedeutet und die rücksichtslose Zerstörung des Weimarer Schulkompromisses. Sollte das Zentrum durch Zustimmung zu diesem Entwurf seine Weimarer Vergangenheit verleugnen und sich an einer Durchpeitschung des Gesetzes, wie beim Zolltarif, beteiligen, dann wäre das der Anfang des schlimmsten kulturpolitischen Kampfes in Deutschland. In den Arbeiterkreisen vollzieht sich ein langsamer Wandel im Sinne der Duldsamkeit in religiösen Fragen. Der neue Entwurf muß diese Entwicklung stören. Wir fordern die Reichstagsfraktion auf, alle Durchpeitschungsversuchen bei diesem Gesetz den rücksichtslosesten Widerstand entgegenzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Paul Levi-Berlin: Genosse Keil sagte, man müsse die Opposition so betreiben, wie wenn man in der Regierung säße. Das heißt also: die Opposition muß sich belasten mit allen Mühsalen eines Ministers. Diese Betrachtungsweise scheint mir falsch, selbst vom Standpunkt des Bürgertums aus. Unser öffentliches Leben krankt noch daran, daß es in unserer Republik an einer bürgerlichen Linken fehlt. Auch in Frankreich hat sich eine bürgerliche Linke in der Republik erst nach 30 Jahren im Dreyfus-Prozeß gebildet. Ihr soziales Fundament sind die Kleinbauern im Süden Frankreichs und der Mittelstand in den Großstädten. Haben wir auch in Deutschland solche Schichten, um eine bürgerliche Linke zu tragen? Ich erinnere da an die Umschichtung der Verhältnisse durch die Inflation und an die Verschiedenheit der Interessen zwischen Schwerindustrie und verarbeitender Industrie. Wir hätten das Substrat, aber wir haben keinen Ausdruck für, weil in den Kreisen, die dazu berufen wären, auch der Gedanke herrscht, in Opposition sein ist nichts anderes als Minister in spe sein. (Sehr gut!) Wir in der sozialdemokratischen Opposition haben Aufgaben, die über den Rahmen der bürgerlichen Opposition hinausreichen. Keil meinte, wir dürften keine demagogischen Schaustücke bieten. Der objektive Geschichtsschreiber der Zukunft wird anerkennen müssen, daß das, was uns jetzt vom Gegner als demagogisches Schaustück angekreidet wurde, lediglich gewaltige Weckrufe gewesen sind, mit denen wir Millionen aus dem Sumpf der Indifferenz, der Unbewußtheit der Klassenlage, geweckt und zum Bewußtsein ihres sozialen Seins geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Partei darf über den sogenannten Aufgaben des Tages dieses gewaltige Ziel nicht vergessen. (Keil: Hat sie das bisher getan?) Jedenfalls hat sie es nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit verfolgt. Gewisse Zahlen des Parteiberichtes sollten auch der Fraktion zu denken geben. (Sehr richtig!) Wenn wir die Opposition so stark bekämpft haben, so, weil in der Koalition unser Ruf an die Massen im Leeren verhallt. (Sehr richtig! und Widerspruch. — Zuruf: Schrecken sie nicht die Spuren der Kommunistischen Partei?) Nein, ich habe mit der Politik der KPD. nichts zu tun. Wenn Keil mir vorwarf, ich hätte häufig Müller an Bedächtigkeit überboten, so sehe ich darin keinen Vorwurf gegen Müller und mich. Wir, die man als Linke bezeichnet, glauben beileibe nicht, daß die Revolution morgen mit Kanonenstößen herbeigeführt werden könnte.

Dobbert-Meißen: Die Reichstagsfraktion muß nach neuen Wegen im Kampfe gegen die Justiz suchen. Sie muß z. B. fragen, ob die Unabsetzbarkeit der Richter dem Empfinden und den Interessen des Volkes entspricht. Die Justiz erscheint vielfach als Rache-Instrument der herrschenden Klassen, die dem Volke die Republik verekeln möchten.

Hermann Müller (Parteivorstand):

Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge hat die Fraktion nichts versäumt. An dem verfassungsmäßigen Wahlrecht halten wir durchaus fest. Wir haben uns darin auch nie beirren lassen, auch die Jugend ins Lager der Extremen ströme. In diesen Fragen hat die Partei nur eine Meinung. (Sehr wahr!) Was Genosse Müller über die Koalitionspolitik gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Der Drang nach Ministersesseln war bei uns niemals stark. Es hat immer eines starken Druckes bedurft, um uns in eine Koalitionsregierung hineinzubringen. Es ist ein absoluter Irrtum anzunehmen, daß in der Fraktion ein Haufen Parteigenossen sitzt, die nur darauf aus wären, Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen zu machen. Ein Vorwurf ist das wahrhaftig nicht. Wir haben Koalitionspolitik nie anders aufgefaßt, als einen Zweckverband für bestimmte nächste Ziele. Auch dem „Volksblock" haben wir eine andere Bedeutung nie zugeschrieben. Die reaktionäre Strömung im Zentrum, insbesondere der Einfluß Herolds und der rheinisch-westfälischen Bauern, war von jeher bekannt. Wogegen wir uns wenden, ist nur das: wir wollen uns auf keine Politik der Isolierung festlegen lassen, sondern uns von Fall zu Fall entscheiden. (Zustimmung.) In einer Zeit, in der die Könige von Spanien, Belgien und Dänemark Sozialdemokraten in ihre Regierung berufen, kann man doch wirklich nicht behaupten, daß die Mitregieren in der Republik unmöglich sei. Keil hat Haus nicht gesagt, daß wir in der Opposition solche Politik treiben müßten wie in der Regierung. Er hat sich nur gegen demagogische Angriffe gewandt und auf das abschreckende Beispiel der Deutschnationalen hingewiesen, denen jetzt die Flüche der betrogenen Sparer folgen. Wir haben im November 1918 für den Achtstundentag, das Frauenwahlrecht, das Jugendwahlrecht gezeigt, daß unsere Angriffe ernst gemeint und ausführbar waren.

Im Zollkampf waren wir diesmal dadurch gehemmt, daß alle bürgerlichen Parteien einen neuen Zolltarif für notwendig hielten. Die Fraktion ist nicht daran schuld, wenn im Sommer die Massen nicht so in Bewegung geraten, wie wir es wünschten, und wenn unter der Nachwirkung der Inflation das Volk die Bedeutung der Teuerung am Pfennige verlernt. Im Kampf gegen das Schulgesetz müssen wir die Massen mobilisieren. Aber wir müssen uns nicht wie in der Revolution an das ganze Bürgertum wenden. Ich habe zwar nicht die Illusion, daß große Massen des Bürgertums zu uns stoßen werden. Aber was im Bürgertum freiheitlichen Sinn hat, muß mit uns als Kulturpartei in eine Reihe rücken. Wir haben mit den Nationalliberalen die Jedlitz, mit den Intellektuellen die Lex Heinze zu Fall gebracht. Wir dürfen niemanden zurückstoßen, der mit uns den Kampf führen will. (Sehr gut!) Die Massen sollen gewonnen werden durch eine sachlich gerechtfertigte Politik zu ihren Gunsten. Viel mehr Proletarier als bei den Kommunisten stehen noch bei den bürgerlichen Parteien, und diese Proletarier gewinnen wir nur durch sachliche Politik. Sachliche Politik haben wir in den Jahrzehnten der großen Vergangenheit stets geführt und sachliche Politik wird uns auch zum Siege führen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wurm: Wenn es gelungen wäre, das Zollgesetz zu verschleppen, hätten wir wenigstens für diese Ernte die Teuerung vermieden. Die Fraktionsführung hat sich aber gegen allzu lange Reden im Ausschuß gewehrt. (Widerspruch.) Bei aller Anerkennung dessen, was die Fraktionsführung in diesem Kampfe geleistet hat, bleibt es doch wahr, daß sie auf eine Kürzung der Reden im Ausschuß hingewirkt hat. (Hilferding: Weil sonst die Schlußanträge zu früh kamen!) Die Befristung der Redezeit macht jede Opposition unwirksam. (Hermann Müller: Im Gegenteil!) Befristete Entrüstung imponiert dem Gegner nicht. (Breitscheid: Ewige Entrüstung stumpft noch mehr ab!) Es ist höchste Zeit, daß entsprechend der Anregung Compère-Morels auf der freien Agrarkonferenz in Marseille die Partei sich bald ein Agrarprogramm gibt. (Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: Keil hat die Regel aufgestellt, unsere Opposition dürfe die Grenzen nicht überschreiten, die wir einhalten müssen, wenn wir in der Regierung sitzen. (Widerspruch Keils.) Ich will nur die eine Frage aufwerfen, ob wir diesen Grundsatz in der Aufwertungsfrage immer innegehalten haben. (Hermann Müller: Jawohl, sogar bis auf die Prozentsätze.) Ich kann nur die Ausführungen der Genossin Wurm unterstreichen, daß wir beim Zolltarif auch zum Mittel der Obstruktion hätten greifen müssen. Ich lehne den Kampf mit sachlichen Mitteln durchaus nicht ab. (Heiterkeit.) Aber in diesem Falle mußten wir mit allen möglichen Mitteln kämpfen. (Lebhafte Zurufe: Nennen Sie doch eines!) Wir hatten die Möglichkeit, die Steuervorlagen mit in den Zollkampf hineinzuziehen. (Hilferding: Das haben wir 10 Tage lang getan!) Wir hatten über die sachlichen Möglichkeiten hinaus alle Möglichkeiten der Obstruktion. (Keil: Nennen Sie mir doch eine Möglichkeit!) Ich kann in meiner kurzen Redezeit nicht alle technischen Einzelheiten darstellen. (Keil: Da genügt ein Wort, ein Satz!) Ich bin nicht so begabt, alles in einem Satz sagen zu können. (Beifall und Lachen.) Letzten Endes führt alles auf den großen Unterschied der Einstellung zum Staat zurück. (Beifall und Widerspruch.)

Breitscheid: Ich bin erstaunt, daß gerade unser Verhalten im Zollkampf zum Gegenstand der Kritik gewählt worden ist. Wer unbefangen urteilt, muß gerade das Verhalten der Fraktion im Zollkampf als einen Ruhmestitel für sie anerkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben uns auch die ausländischen Genossen gesagt. Es ist richtig, wir haben auf die sogenannte technische Obstruktion verzichtet, aber als unsere Aufgabe betrachtet, die Debatte über die Zollvorlage im Ausschuß und Plenum durch sachliche Ausführungen möglichst lange hinzuziehen. Ich scheue mich nicht, den daran beteiligten, sehr zahlreichen Kollegen der Reichstagsfraktion dafür einen ganz besonderen Dank auszusprechen. Denn die Aufgabe erforderte einen ganz ungewöhnlichen Arbeitseifer. Die Genossen haben sich in die Fragen vertieft und durch ihre Sachlichkeit Eindruck auf den Gegner gemacht. Nun hätten wir gewiß die Sache von vornherein zum Eklat treiben können und dadurch der Oeffentlichkeit gewissermaßen ein Signal gegeben. Wir hätten obstruieren können und es darauf ankommen lassen, daß dann nach zwei- oder dreitägigen Ausschußverhandlungen die gesamte Debatte geschlossen worden wäre. Das wäre außerordentlich leicht gewesen. Aber es war keine Politik, denn damit hätten wir nur die geheimsten Wünsche unserer Gegner erfüllt, die sobald wie möglich einen Grund haben wollten, die Opposition mundtot zu machen und unsere Obstruktion sofort zur Rechtfertigung der gewaltsamsten Mittel benutzt hätten. Ich bezweifle, daß dieser Eklat auf die Massen im Lande günstiger gewirkt hätte als unsere sachliche Arbeit. (Sehr wahr!)

Ich verstehe auch den Gegensatz zwischen Staatspolitik und sozialistischer Politik nicht recht. Wir treiben rücksichtslose sozialistische Politik — auf dem Boden dieses Staates. Die republikanische Staatsform ist für uns lediglich Bedingung geworden und die Voraussetzung dafür, daß wir irgendwann ein sozialistisches Ziel erreichen. Nun hat Levi verteidigt, was man mit Recht oder Unrecht Demagogie nennt, weil es immerhin ein Weckruf für die indifferente Masse sei. Aber für uns gilt nicht mehr: „Trommle, trommle mit aller Kraft, das ist die ganze Wissenschaft!" (Heiterkeit.) Ich sehe auch hier den Widerspruch nicht. Gewiß, wir wollen das Parlament erhalten, wir wollen es nicht lahmlegen, wir wollen unseren Gegnern auf der Rechten nicht ermöglichen, zu sagen, daß die Sozialdemokratie selbst das Parlament getötet habe. Wir wollen ihnen nicht erlauben, damit ihre Diktaturgelüste zu begründen. Aber in dem Parlament arbeiten wir doch wieder für uns. Das Parlament ist doch einer der wesentlichsten Faktoren in der Staatsform, die wir geschaffen haben, und auf die wir stolz sind. Wer sich also nicht leiten läßt vom Gedanken der Opposition um der Opposition willen, auch innerhalb der Partei, der wird anerkennen müssen, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Zollkampf getan hat, was sie tun konnte und was sie zu tun verpflichtet war. (Stürmischer Beifall.)

Ein Schlußantrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Die Weiterverhandlungen werden auf Donnerstag vormittag vertagt.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Unterredung, die die deutsche Handelsdelegation am Mittwoch nachmittag im französischen Handelsministerium hatte, wurde ein amtlicher Bericht herausgegeben, in dem es u. a. heißt: „Die beiden Delegationen haben ihrer festen Absicht Ausdruck gegeben, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sobald wie möglich zu Ende zu führen. Sie haben übereinstimmend anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf neuer Grundlage unter Berücksichtigung der vorhergegangenen Arbeiten der Unterkommissionen und der Sachverständigen ins Auge zu fassen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die deutsche Delegation in einer Note die deutschen Forderungen und Angebote auf Grund der von ihr vorgeschlagenen Grundlage bekannt geben wird. Die französische Delegation wird ihrerseits Gegenvorschläge ausarbeiten, woran sich dann die mündlichen Verhandlungen anschließen werden.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

sind am Mittwoch in Berlin wieder aufgenommen worden. Dabei wurde von deutscher wie von polnischer Seite dem Wunsche Ausdruck gegeben, möglichst bald zu einer Verständigung zu kommen. Das Streben Polens geht zunächst dahin, einen provisorischen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, während Deutschland zu einem endgültigen Abkommen gelangen möchte. Vor Beginn der offiziellen Verhandlungen werden zunächst unverbindliche Besprechungen zwischen je zwei Vertretern der beiden Mächte zur Klärung der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten stattfinden.

Attentat auf den sozialistischen Präsidenten von Mexiko.

Aus Mexiko wird gemeldet:

Der Präsident von Mexiko, General Calles, ist zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit mit knapper Not einem Anschlag auf sein Leben entgangen. Wie uns aus Neuyork gemeldet wird, sprang, als der Präsident das Stadion der Stadt Mexiko besuchte, ein Mann von der Galerie. Beim Aufsprung auf den Boden erfolgte eine Explosion. Der Mann wurde in Stücke gerissen, der Präsident blieb unverletzt. Man nimmt an, daß der Attentäter eine Bombe bei sich trug, die durch die Erschütterung beim Aufspringen explodierte. Das erste Attentat auf Präsident Calles wurde im Mai von einer Mexikanerin aus vornehmer Familie verübt. Sie wollte den Präsidenten beim Ueberreichen eines Blumenstraußes erschießen. Calles selbst riß ihr im letzten Augenblick der Revolver in die Höhe. Die Attentäterin wurde als geisteskrank freigelassen.

Aus dem Reiche.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zum Mittwoch, den 23. September, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Der Ausschuß wird sich mit der außenpolitischen Lage, insbesondere dem Sicherheitspakt, beschäftigen. Es wird erwartet, daß die Reichsregierung den Ausschuß über das Ergebnis der für nächsten Montag einberufenen Kabinettssitzung informieren wird.

Zum Kämmerer der Stadt Frankfurt a. M. wurde gestern der Sozialdemokrat Genosse Bürgermeister Asch aus Höchst mit 38 gegen 21 Stimmen gewählt.

Otto Mugdan, der frühere freisinnige Abgeordnete, der die unerfreulichen antisozialen Instinkte des alten Gewerkschaftsbeamtenvertrat und später zur Volkspartei überging, ist in Berlin gestorben. Das einzige demokratische Blatt, das dem alten Reaktionär und Gegner der Demokratischen Partei Anerkennung zollt, ist die „Breslauer Zeitung", die sich schlecht damit entschuldigt, daß Mugdan ein geborener Breslauer war.

Zu dem Besuch Hindenburgs und Luthers in den befreiten Städten des Westens verlautet, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei es ablehnen, an den Empfangsfeierlichkeiten teilzunehmen, um auf diese Weise demonstrativ zum Ausdruck zu bringen, daß die Vertretungen der Arbeiterschaft schärfste Gegner der Politik der Rechtsregierung und des „Retters" sind. Um jedoch zu verhindern, daß die Absichten der Rechtsorganisationen in Erfüllung gehen, die den Hindenburg-Besuch zu einem großen nationalistischen Rummel ausarten lassen wollen, und um insbesondere die republikanischen Minister auch republikanisch zu begrüßen, ruft die Parteipresse zum demonstrativen Beflaggen der Häuser in Schwarz-Rot-Gold auf. Ebenso wird das Reichsbanner in Bochum mit zahlreichen Fahnen Aufstellung nehmen, sodaß sicher zu erwarten ist, daß trotz aller Bemühungen von rechts Schwarz-Rot-Gold bei weitem überwiegt.

Aus aller Welt.

Verunglücktes Wasserflugzeug.

Ein seit einigen Wochen in Bremen stationiertes Wasserflugzeug setzte gestern abend bei der Landung zu hart auf und verlor beide Schwimmer. Gleich darauf versank der Rumpf im Wasser. Von den drei Insassen sind die beiden Passagiere, der Leiter des Bremer Nordseebäderdienstes Winter und der Leiter der Bremer Flugpolizei, ertrunken. Der Pilot wurde gerettet.

Breitensträter bleibt Champion.

Der Protest, den Samson-Körners Manager gegen Verlauf und Entscheidung des Titeltreffens beim Verbande Deutscher Faustkämpfer eingebracht hatte, wurde von dessen Vorstand nach zehnstündiger Beratung abgewiesen. Auch der Kampffilm selbst brachte keine Beweise für bisher unbekannte Regelverstöße Breitensträters.

Raubüberfall auf einen Postwagen.

Gestern abend gegen 7 Uhr überfielen vier maskierte Räuber auf dem Wege von Peterswalde nach Orlau (Deutsch-Mähren) den Postwagen. Mit Revolvern zwangen sie den Kutscher, anzuhalten und ihnen die Schlüssel auszuliefern. Sie raubten aus dem Wagen 55 000 tschechische Kronen und Postsendungen und verschwanden in der Finsternis. Bisher haben die Nachforschungen kein Ergebnis gezeitigt.

Leo Fall gestorben.

Wie aus Wien gebrahtet wird, ist Leo Fall, der Komponist des „Fidelen Bauer", der „Dollarprinzessin" usw., 51 Jahre alt, einem Krebsleiden erlegen. Fall war einer von den wenigen Operettenkomponisten, die, so sehr sie auch darauf ausgingen, dem Tagesgeschmack zu huldigen, eine gewisse künstlerische Haltung bewahrten.

Indiskretionen der amerikanischen Einkommensteuerliste.

Die Einkommensteuerlisten, die nach dem amerikanischen Gesetz jetzt der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, enthüllen, was jeder Bürger der Vereinigten Staaten vom Präsidenten an verdient, und die Zeitungen beschäftigen sich eingehend mit den versteuerten Einkommen der reichsten und bekanntesten Leute. Danach hat als der reichste Mann der Welt der jüngere Rockefeller zu gelten, der nicht weniger als 24 Millionen Mark Steuer zahlt von einem Einkommen, das etwa doppelt so groß ist. Sein Vater zahlt schon bedeutend weniger, nämlich nur 513 000 Mark, da der größte Teil des Vermögens auf den Sohn übergegangen ist. Ford versteuert ein Einkommen von 20 Millionen Mark; er zahlt nämlich fast 10½ Millionen Mark Steuern, während die Einkommensteuer seines Sohnes Edsel mehr als 8½ Millionen Mark beträgt. Die Ford-Gesellschaft zahlt mehr als 60 Millionen Mark Steuern bei einem Gewinn von jährlich 460 Millionen Mark. Unter den Filmgrößen versteuert Douglas Fairbanks die größte Einnahme, nämlich gegen 2 Millionen Mark jährlich; Gloria Swanson versteuert ein Einkommen von 700 000 Mark, Mary Pickford von 460 000 Mark, ebenso viel Harold Lloyd, Pola Negri 340 000 Mark. Dagegen zahlt Chaplin nur — 1360 Mark Einkommensteuer, da er seine ganzen Einnahmen in die von ihm hergestellten Filme gesteckt hat.

Das Fiasko des „Frauenhotels".

In Toronto in Kanada wurde vor zwei Jahren ein sogusagen „weibliches Hotel" eröffnet. Nicht nur war die ganze Errichtung und Einrichtung des Gebäudes ausschließlich ein Werk weiblicher Hände und Köpfe, sondern auch der ganze Betrieb wurde von Frauen unterhalten, es durften auch nur Frauen das Hotel auf kürzere oder längere Zeit aufsuchen. Der Triumph unter der Frauenwelt war groß, aber nicht sehr lange, denn das Hotel rentierte sich nicht, trotz der trefflichen Leitung und der wohlfeilen Preise. Es gab eben nicht genug Frauen, die — allein sein wollten! Besonders jüngere Frauen und unverheiratete Damen erklärten, daß es einfach „fürchterlich" in dem Hotel gewesen sei, niemals habe man ein männliches Wesen dort zu sehen bekommen. Jetzt hat man, wie die „Schweizer Hotel-Revue" berichtet, das „weibliche" Hotel in ein „verheiratetes" Hotel umgewandelt, das heißt, es dürfen außer einzelnen Frauen nur Ehepaare absteigen, niemals einzelne Herren. Immerhin hat man im Hotel ausschließlich zur Benutzung von Frauen einen großen Damensalon im Zwischenstock reserviert, desgleichen ein Damen-Restaurant.

Moskauer Auslandspropaganda.

Der Jenenser Zoologieprofessor Dr. J. Schaxel folgt einer Einladung der Regierung von Sowjet-Rußland und begibt sich im Flugzeug nach Moskau. Professor Schaxel, der bereits im vergangenen Winter mehrere Monate in Moskau weilte, wird Anfang des Winterlesehalbjahres zurückkehren. — Während die Sowjetregierung in Rußland selbst das Lesen von Kant, Plato, Marx und anderen verboten hat, macht sie durch solche Einladungen wirksame Auslandspropaganda.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 17. September, abends 7½ Uhr:
„Undine".
Freitag, den 18. September, abends 7½ Uhr:
„Cosi fan tutte".
Sonnabend, 19. September, abends 7 Uhr: 4121
„Tannhäuser"

Vereinigte Theater
Lobetheater
Lessingstr. 8. Tel. N. 6774
Donnerstag, 17. Septbr. abends 8 Uhr
Freitag, d. 18. Septbr. abends 8 Uhr:
Der Kreidekreis
Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Inszenierung: [illegible]

Thaliatheater
Schweidnitzerstr. 3, Tel. N. 6700
Donnerstag, 17. Septbr. abends 8 Uhr
Freitag, d. 18. Septbr. abends 8 Uhr:
Der 4120
dreizehnte Stuhl
Kriminalstück v. Lynn Hollis.
Inszenierung: [illegible]

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545
Täglich 8 Uhr:
Riquette.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Gräfin 4119
Mariza".

Lobe-Theater
Telephon Ring 1646.
Täglich 8 Uhr:
Das
Varieté-Programm
der
Internationalen Sensationen.
4119

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Sonntag, den 27. September:
Bannerweihe
in **Gibbelmore.** 6154

Carl Brauer's Festsäle
Gabitzstraße 22. Inhaber: Paul Grosser.
Heute **Donnerstag,** 5718
sowie jeden Sonntag: **TANZ.**

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

So machen wir's!

Wir helfen beim Preis-Abbau!

5721

Hochelegante Luxus-Schuhwaren!

Damen-Spangenschuh Sandaletts und Schiebespangen schwarz und braun auch 2 Spangen u. Restposten **6.75**	**8.90 Herren-Schnür-Stiefel** elegante breite Form sehr haltbar	**Schul-Stiefel** wetterfest, besonders kräftig gearbeitet Gr. 27/30 **5.25** Gr. 31/35 **5.90**	**7.90 Damen-Schnür-Stiefel** eleganter Straßenstiefel Prima Verarbeitung	**Damen echt Boxkalf Schnür-Stiefel** Goodyear gedoppelt spitze, moderne Form **10.50**

Kameelhaar-Schnallen-Stiefel Ledersohle, extra kräftig, Damen **3.90**

Kameelhaar-Schnallen-Stiefel extra kräftige Ledersohle mit Fleck

20/22	23/24	25/26	27/30	31/35
2.50	2.65	2.80	3.15	3.50

Filz-Schnallen mit Lederabsatz, Damen . . **5.40**

10.75 Lack-Schiebespangen echt Boxkalf, Schiebe-Spangen	**Herren-Gebirgs-Stiefel** geschlossene Lasche **13.50**	**2.75 Kinder-Stiefel** prima durchgenäht, Gr. 23/26 feste Unterböden	**Arbeits-Stiefel** für Männer und Frauen, Fahlleder u. Rindleder, extra stark **8.90**	**Burschen-Stiefel 7.90** Rindbox fester Unterboden

Reich & Glücksmann
Gartenstr. 37 hpt.
neben dem Konzerthause! **Kein Laden!**

Volks-Schuh-Haus Fischer
Gräbschenerstraße 82
neben der Eisenbahn-Unterführung

Betrifft Wucherzölle!
Soeben erschien:
Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik
von Rudolf Hilferding.
Preis broschiert 40 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 3, N. Graupenstr. 5.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die Eröffnung des 5719

Ratswein-Keller

Ring 2

Freitag, d. 18. September, nachm. 6 Uhr

stattfindet.

Unsere Aufgabe wird es nach wie vor sein, den Absatz der unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse stark leidenden deutschen Weinbauern und der unserer deutschen Raiffeisen-Organisation angeschlossenen Winzer- und weinbautreibenden Genossenschaften zu fördern.

Die heutigen Weinpreise dürften auch vielen Minderbemittelten ein gutes Glas Wein gestatten; für die Qualität und Preiswürdigkeit unserer Weine bürgt die stetige Entwickelung unserer 27jährigen Tätigkeit in Breslau.

Die Bewirtschaftung des Ratsweinkellers liegt in den Händen des bekannten Leiters unserer bisherigen Weinstuben — Junkernstraße 1-3 — Herrn Curt Großmann und leistet Gewähr für erstklassige Küche zu bürgerlichen Preisen bei aufmerksamer Bedienung.

Wir bitten deshalb auch unser neues Unternehmen durch regen Zuspruch zu unterstützen.

Raiffeisen-Weinkellereien

Auszug aus der Weinpreisliste
einschließlich Wein- u. Getränkesteuer sowie Bedienung

Schoppenweine	¼ Liter Mk.	0.50
½ Liter 22er Leubsdorfer	„	0.80
Flaschenweine	von Mk. 1.30 bis 39.—	

Billiges Brot u. Lebensmittel für Erwerbslose!

Die Zahl der Erwerbslosen ist statistisch größer geworden, die Not wird täglich größer. Um auch in diesem Jahre helfend einzugreifen, geben wir bei Vorzeigung der Erwerbslosenkarte

1 helles 4 Pfd.-Brot bester Qualität zum Preise von 54 Pf. ab.

Außerdem: **Enorm billige**
Lebensmittel
nur allerbester Qualität:

Weizenmehl 000	blütenweiß 1 Pfd. nur	19 ₰
Weizenmehl „Spezial"	1 Pfund nur	22 ₰
Kaiser-Auszugmehl	griffig u. glatt 1 Pfd. nur	25 ₰
Wiener Mundmehl	1 Pfund nur	26 ₰
Kaiser-Auszugmehl	in 5 Pfund-Beuteln	1.35
Wiener Weizen-Grieß	1 Pfd. nur	24 ₰
Eierschnittnudeln	1 Pfund nur	43 ₰
Weiße Bohnen	weichkochend 1 Pfund nur	21 ₰
Viktoria-Erbsen	1 Pfund nur	24 ₰
Perl-Graupe	1 Pfund nur 26 und	24 ₰
Tafelreis	1 Pfund nur	22 ₰

Extra billig! Extra billig!
Reiner Kakao ½ Pfund-Paket nur 30 ₰
solange Vorrat reicht.

Mühlenniederlage
Hausfelder & Co.
Sternstraße 37
Gräbschener Straße 91 Lohestraße 57
Lessingstraße [illegible] Hochstraße [illegible]

Bei Vergebung von
Drucksachen
berücksichtigen Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteivereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungs-Vereine die Buchdruckerei der
Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

6 extra billige
Hosentage

Haltbare Stoffhose	3.50 Mk.
Zwirnhose eisenfest	4.75 Mk.
Kammgarnhose imit.	6.75 Mk.
Manchesterhose	7.50 Mk.
Reitkord-Breeches	8.50 Mk.
Monteurblusen	3.00 Mk.

Größte Leistungsfähigkeit durch eigene Fabrikation
Tuchhaus
H. Dombrowski
Friedrich-Wilhelm-Straße 84.

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen
finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **3.00** per Liter einschl. Steuer
Rum-Façon 38 %
Alten Breslauer 35 %
Mk. **2.30**
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3.20** und **3.60** per Liter
Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48.

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] — Verantwortl. Anzeigenleiter: [illegible] — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

SPD.-Vertrauensleute in den städtischen Betrieben!

Dienstag, den 22. September, abends ½8 Uhr, findet im erkschaftshause, Zimmer 9, eine **wichtige Versammlung sämtr Vertrauensleute statt.** Redner ist Genosse Stadtrat Tilch. ähliches Erscheinen ist erwünscht.

Distriktsführer!

Jeder Distriktsführer sorge dafür, daß der **Bericht über die** riktsversammlung bestimmt noch in dieser Woche im retariat eingeht.

Abteilungsleiter!

Die Versammlungslokale für die Abteilungsversammlungen auf jeden Fall bis Freitag früh dem Sekretariat zu melden.

Distrikt 3. Sonnabend, den 19. September, abends 7 Uhr, et eine **wichtige Funktionärversammlung** bei Kanter, Lewaldße 23, statt. Erscheinen jedes Einzelnen ist unbedingt Pflicht.

Distrikt 37. Sonntag, den 20. September, nimmt alles an Bannerweihe des Distrikts 40 teil. Treffpunkt nachmittags Uhr bei Exner. Von dort Abmarsch nach dem Gewerkschaftsse.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. September.

Quartiere gesucht!

Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. September, findet Breslau

der Bezirksparteitag für en Bezirk Mittel- und Oberschlesien

Es werden für eine große Anzahl der Teilnehmer für die t vom Sonnabend zum Sonntag

Quartiere

ucht. Wir richten hiermit den dringenden Appell an alle teigenossinnen und Genossen, für diese Nacht einen Parteitagsehmer als Gast aufzunehmen. Wir bitten Anmeldungen r genauer Angabe der Adresse, auch ob Vorder- oder Hinter- und ob Frau oder Mann gewünscht wird, an das Parteiariat, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftshaus, 2. Etage, mer 36 und 43a, zu machen.

Gemeinde und Preissenkung.

Die Gemeinden werden von dem Zollwucher der Junker der Schwerindustrie ganz außerordentlich betroffen. In der lauer Stadtverordneten-Versammlung sind z. B. heut nachlich 624 000 Mark für Lohnerhöhungen zu bewilligen, die Kuli während der Ferien nötig gewesen sind. Wahrscheinlich wird die Teuerung bald neue Lohnforderungen der eindearbeiter hervorrufen. Auch die Gehälter der Beamten Angestellten müssen von Zeit zu Zeit der Teuerung anßt werden. Um viele Millionen wird ferner der Wohlfahrtsanschwellen, ohne daß die Lage der Bedürftigen dadurch ssert wird. Dazu gesellen sich die ungeheuren Mehrausgaben Materialien aller Art. Die Teuerung droht so manches vorhaben zum Erliegen zu bringen, da kein Geld vorhanden und die Einnahmen der Stadt sich nicht so rasch erhöhen n. Erhöhte Arbeitslosigkeit ist die Folge. Die Stadtverten werden deshalb auch alsbald zu der entstandenen Lage lung nehmen müssen. In Frankfurt a. M. ist dies lis in einer Sitzung des Haupt- und Wirtschaftspolitischen chusses geschehen. Wir lesen in unserem Frankfurter Partei, daß dort folgende Beschlüsse gefaßt worden sind.

I. den Magistrat zu ersuchen:

a) zu der durch die Annahme des Zolltarifs und der Steuergen geschaffenen Situation beschleunigt Stellung zu nehmen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um angesichts der die Einführung der Zölle verschärften Preissteigerung auf Gebieten der Lebenshaltung die Bevölkerung vor der msten Not zu schützen;

b) für die zahlreichen Erwerbslosen, Kleinrentner, Unterstützungsempfänger, Kriegsbeschädigten und Erwerbsunfähigen Art die Abgabe von Gefrierfleisch und Fettwaren, kondenr Milch, Reis und Hülsenfrüchten, Hausbrand, Wäsche und dungsstücken, sowie Schuhwerk derart zu organisieren, daß vielfache Aufschlag des Zwischenhandels verhindert, und der auf dieser und anderer Artikel erheblich unter den eisen des privaten Handels erfolgen kann; im nderen preisregulierende Maßnahmen für Milch, ker, Fett, Brot, Brennstoffe usw. zu ergreifen, und durch die aten-Molkerei geeignete Vorkehrungen zur Sicherstellung t und billiger Milch und Molkerei-Produkte zu treffen;

c) in eine Nachprüfung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsrife einzutreten;

d) der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine Vorlage r die zu treffenden Maßnahmen vorzulegen.

II. Die Stadtverordnetenversammlung spricht die bestimmte artung aus, daß das von der Reichsregierung angekündigte isenkungs-Programm wirklich durchgeführt wird, und ohne itere Belastung der Gemeinden zu einem positiven Erbnis führt.

III. Sie ersucht ferner den Magistrat, bei der Reichsgierung dahin vorstellig zu werden, daß:

1. die Preistreiberei-Verordnung und die Verung über die Preisprüfungsstellen nicht aufgehoben werden;

2. der Stadt Frankfurt die ihr durch die Zollgesetzgebung heerden Mehraufwendungen in der Wohlrtspflege aus dem der Reichsregierung zur Verfügung erden Fonds vergütet werden.

IV. Folgendem Antrag des Stadtverordneten Dr. Goldidt (Dem.) und Genossen zuzustimmen: „In Anbetracht der ebingt preisverteuernden Wirkung der neuen Zölle, die sich jetzt überall in verhängnisvoller Weise bemerkbar machen, eine Preissenkungsaktion, so sehr ihr Erfolg zu wünschen , im Gesamtrahmen der durch die Zölle künstlich herbeiten Teuerung wenn überhaupt, so doch nur sehr unzuenden Erfolg haben.

Die schweren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden drohenden weiteren Teuerung zwingen daher zu durchifenderen Maßnahmen, als sie in dem deutschnalen Antrag empfohlen werden. Die Stadtverordnetenammlung ersucht darum den Magistrat, den Deutschen Städtetag zu fordern, gestützt auf § 4 des Zollgesetzes (Ermächtigungsgraph), von der Reichsregierung die sofortige Außerftsetzung der Zölle zu verlangen, auch bei den zuigen Stellen auf eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts wirken."

V. Den folgenden Antrag des Stadtverordneten Dr. Heilbrunn (Dem.) dem Magistrat als Material zu überweisen: „Als geeignete Maßnahmen zur Herabsetzung des Preisstandes erscheinen: Förderung eines Großmarktes für Lebensmittel durch baldigen Ausbau einer Großmarkthalle im Osthafen, eventuell provisorische Herstellung eines Hallenbaues mit möglichst geringen Kosten; Förderung des Verkaufes von Gefrierfleisch und Seefischen; Heranziehung des Großverkehrs durch Herabsetzung der Hafengebühren und Lagerhausgebühren; Revision der Gebühren im Schlacht- und Viehhof; Ermöglichung der Lombardierung von im Lagerhaus eingelagerten Warenmengen (Lagerscheine); Einwirkung auf die über öffentliche Mittel verfügenden Institute auf Herabsetzung des Zinsfußes; Erweiterung des städtischen Hypotheken-Amts durch weitgehende Beleihung gewerblichen und privaten Grundeigentums unter Hingabe von der Stadt garantierter Pfandbriefe."

In Breslau werden die Stadtverordneten den Magistrat verpflichten müssen, im gleichen Sinne zu arbeiten. Zwar glauben wir nicht, daß eine Preissenkungsaktion unter dem herrschenden Zollwucher wesentlichen Erfolg haben kann, aber gerade deshalb muß die Stadt Breslau ebenfalls beim Deutschen Städtetage beantragen, daß dieser von der Regierung die sofortige Außerkraftsetzung der Zölle verlangt. Ebenso muß die Stadt Breslau von der Reichsregierung Ersatz der Mehraufwendungen für soziale Zwecke verlangen, die infolge der Zölle notwendig geworden sind. Die großen Städte dürfen sich nicht durch Junker und Klunker vergewaltigen lassen, sondern sie müssen ihre Interessen kräftig zu wahren suchen. Uebrigens sind es doch auch die Städte, und nicht die Landjunker, durch die Reich und Staat heute leben, die fast alle Steuern aufbringen, und in denen die deutsche Kultur verankert ist. Das scheint vielen der lieben Mitbürger bei den Wahlen zwar noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, die Städte haben aber allen Anlaß, gegenüber der volksausplündernden Reaktion das Bürgerbewußtsein ihrer Bewohner zu stärken. Unsere Genossen werden es auf dem Rathause an den nötigen Vorstößen sicher nicht fehlen lassen.

Eltern
meldet Eure Lernanfänger in der weltlichen Schule an!

Wie wird der Herbst?

Auf diese Frage gibt der bekannte Meteorologe Dr. Franz Baur, St. Blasien, in den „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" auf Grund seiner Studien der Witterungsgeschichte, insbesondere des Temperaturverlaufes in Mitteleuropa und Nordamerika und der Stärke der atmosphärischen Zirkulation auf dem nordatlantischen Ozean, folgende Antwort: Die durchschnittliche Herbsttemperatur Deutschlands wird im Jahre 1925 mit einer Wahrscheinlichkeit von 87 Prozent zwischen 0,6 Grad Celsius über und 1,6 Grad Celsius unter der normalen liegen. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Herbst (die Zeit vom 1. September bis 30. November 1925) kühler als normal ist, beträgt 75 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, daß die mittlere Herbsttemperatur im Durchschnitt ganz Deutschlands um mehr als 1 Grad Celsius über der normalen liegt, ist nur 2½ Prozent.

Aus diesen Angaben läßt sich folgern, daß der Herbst 1925 hinsichtlich der Temperatur im größten Teile Deutschlands entweder ziemlich normal oder zu kühl sein wird. Da der Uebergang vom Sommer zum Winter niemals allmählich, sondern immer im Wechsel von kalten und warmen Perioden liegt, so werden auch im kommenden Herbst sich Wärmerückfälle ereignen. Es ist aber zu erwarten, daß diese weder sehr intensiv, noch von ungewöhnlich langer Dauer sein werden. Soweit stärkere Wärmerückfälle eintreten, werden sie von entsprechend ausgiebigen Kälteperioden abgelöst werden. Ein sehr warmer Herbst, wie er in den Jahren 1886, 1900, 1903, 1906, 1907, 1911 und 1913 in Deutschland vorkam, ist heuer äußerst unwahrscheinlich.

„Landwirtschaftskammern sind keine Staatsbehörden."

Am 17. August enthielt die „Volkswacht" eine Mitteilung, wonach die Landwirtschaftskammer am Verfassungstage nicht geflaggt hatte. Die Republikanische Beschwerdestelle in Berlin hat diese Mitteilung aufgegriffen, und sich beschwerdeführend an den Landwirtschaftsminister gewandt. Von dort ist ihr jetzt folgender Bescheid geworden:

„Die Landwirtschaftskammern sind keine Staatsbehörden, sondern Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie können von mir im Aufsichtswege nicht gezwungen werden, am Verfassungstage zu flaggen." (gez.) Steiger.

Der Fall zeugt ja an sich von der Liebe unserer Agrarier zu derselben Republik, in der sie sich durch Zölle mästen. Ob wohl der Landwirtschaftsminister auch einen dicken Strich zieht und sagt: „Ihr seid keine Behörde", wenn die Landwirtschaftskammern mit Wünschen an ihn herankommen? Nein, in solchem Falle sind die Landwirtschaftskammern eine gesetzliche Einrichtung, gleichsam ein Stück Verfassung. Und ein schwarz-weiß-roter Landwirtschaftsminister wird ihnen diese Stellung im Staate sicher am wenigsten streitig machen wollen.

Eine moderne Großmolkerei.

Durch den gegenwärtigen hohen Milchpreis sind viele Familien gezwungen, auf dieses hochwertige Nahrungsmittel zu verzichten. Das ist doppelt bedauerlich, wenn man sieht, wie durch moderne maschinelle Einrichtungen die Milch eine sachgemäße Behandlung erfährt, die ihren Wert noch erhöht. Solche modernen Anlagen hat sich jetzt der Milch- und Buttergroßhändler Alois Henichel auf der Brunnenstraße zunutze gemacht. In seinem Grundstück Neudorfstraße 70 hat er einen in technischer Hinsicht vollendeten Betrieb eingerichtet, aus dem etwa ein Fünftel, das sind 20 000 Liter täglich, des Breslauer Milchkonsums gedeckt wird. Es ist auch ein Zeichen unserer allgemeinen Armut, daß der Milchkonsum von etwa 200 000 Litern täglich in der Vorkriegszeit, auf etwa 100 000 Liter in der Gegenwart zurückging. Der Werdegang der Milch, den man gelegentlich einer Besichtigung des Betriebes verfolgen konnte, ist außerordentlich interessant; und nur wenige Hausfrauen wissen, was die ihnen täglich gelieferte Milch für verschiedene Stadien durchschritten hat. Gewaltige Bottiche nehmen die Milch auf, die von den Gütern geliefert wird. Nachdem sie durch eine Reinigungs-Zentrifuge ging, wird sie durch die Erhitzer auf den Kühler getrieben, wo sie bis zum Gefrierpunkt abgekühlt wird. Die so gereinigte und keimfreie Milch wird dann in riesigen Behältern im Kühlraum aufgenommen, wo sie im Notfalle zwei bis drei Tage lang im frischesten Zustande erhalten bleibt. Mit dieser Milch beliefert Herr Henichel täglich über 140 Geschäfte. Der große Wasserverbrauch, den so ein Betrieb zur Reinigung benötigt, erforderte die Anlage eines eigenen Brunnens. Brunnenbauer Dullin-Deutsch-Lissa fand auf dem Grundstück in 120 Meter Tiefe Wasser und baute dort einen Brunnen. Der gesamte maschinelle Betrieb dieser modernen Großmolkerei wird durch einen Dieselmotor in Kraft gesetzt, der von der Firma Gebrüder Körting-Breslau geliefert wurde.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Es wird hiermit nochmals auf die heut, Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Coseler Friedhof stattfindende Beerdigung unseres Kameraden Böhm hingewiesen. Die Kameraden versammeln sich um 3 Uhr am „Letzten Heller". Rege Beteiligung wird erwartet.

Banner 2 (Hörsing). Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Zug- und Gruppenführersitzung bei Langann, Brigittental. Sämtliches Material, Listen usw., ist mitzubringen. Alles muß zur Stelle sein.

Banner 6 (Rathenau). Heut, Donnerstag, abends 7½ Uhr, wichtige Besprechung sämtlicher Zug- und Gruppenführer im Schillerstübel, Schillerstraße. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Listen sind mitzubringen.

Banner 8 (Braun). Donnerstag, den 17. September, abends 7½ Uhr, Zug- und Gruppenführersitzung bei Weiß, Friedrich-Karlstraße.

Von den Arbeiter-Kinderfreunden.

Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Helferbesprechung. Zur Besprechung steht die Ausgestaltung der Winterarbeit. Alle rückständigen Berichte sind abzuliefern.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Alle Kinder, die zur Vorbereitung bei unserer Elternveranstaltung mitwirken wollen, müssen Donnerstag, 5 Uhr, auf der Spielwiese Wolfswinkel sein. Papier, Bleistift und Instrumente mitbringen.

Elternvereinigung Scheitnig. Liebe Eltern! Vor ungefähr einem Jahre kamen wir in unserer Gruppe das erste Mal mit euch zusammen. Nun ist in der Zwischenzeit manches geleistet worden. Aber lange noch nicht genug. Wenn wir jetzt eine längere Pause gemacht haben, soll es nun mit doppelter Kraft an die Arbeit gehen. In unserer nächsten Elternversammlung wollen wir uns ganz besonders mit der Ausgestaltung der Winterarbeit bei den Kindern beschäftigen. Für die Elternversammlung, die Montag, den 21. September, abends 7½ Uhr, in unserem Heim in der Fürstenschule, parterre rechts, stattfindet, gilt folgende Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lehrer Schoor. 2. Unsere Arbeit mit den Kindern im Winter. 3. Verschiedenes. Wir erwarten euch Alle und wollen, daß ihr interessierte Bekannte mitbringt.

An alle Freunde der Arbeiter-Jugend.

Burschen, Mädels, Parteigenossen und Genossinnen!

Sonnabend, den 19. September, abends 7 Uhr, veranstaltet das Heim 14 in der Aula der Benderschule, Lehmdamm, eine Heimfeier. Neben Musikdarbietungen, Gedichten, Volkstänzen und Jugendliedern spricht unser Jugendfreund Reinhold Zimmer mit Hilfe von Lichtbildern über „Die Arbeiterjugendbewegung". Eintritt: Erwachsene 20 Pf. Jugend 10 Pf.

Freunde der Arbeiter-Jugend, Parteigenossen und Genossinnen, unterstützt tatkräftig das Werk eurer Jugend durch recht zahlreichen Besuch dieser Feier.

Burschen und Mädels, werbt tüchtig für die Arbeiter-Jugend, damit sie immer stärker und größer wird.

Mädel! Sonnabend findet im Gewerkschaftshaus bestimmt unser Mädelabend statt. Genossin Hampel spricht über „Die Psyche der weiblichen Jugend". Alle Mädel sind recht herzlich dazu eingeladen.

Chormitglieder. Heute abend, pünktlich ½8 Uhr, Chorprobe im Heiligen-Geist-Gymnasium. Niemand darf fehlen.

---

* **Die Flüchtlings- und Verdrängtengruppe der V.V.H.D.,** Breslau Stadt und Land, hält am Sonntag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Fürstenhof, Salzstraße 8, eine außerordentliche Mitgliederversammlung, verbunden mit einer Abschiedsfeier des zweiten Vorsitzenden, Herrn Studienrat Wischniewski, ab.

* **Der „Bund der Kinderreichen",** Bezirk Gräbschen, hielt am 14. d. Mts. eine Mitgliederversammlung in Pförtners Harmonie, Gräbschener Straße, ab. Als neuer Vorstand wurden die Herren Schneidermeister Kundis, Sonnenstraße 23 und Kaufmann Scholz, Gräbschener Straße 39, parterre, gewählt.

* **Die „Volksbühne,** Zeitschrift für soziale Kunstpflege", des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine bringt für das dritte Vierteljahr 1925 ein besonders interessantes, die „Deutschen Schauspieler der Gegenwart" behandelndes Heft heraus. Julius Bab schreibt über Albert Bassermann, Friedrich Kayßler, Tilla Durieux und Paul Wegener, Siegfried Jacobsohn über Lucie Höflich, Paul Zech über Jannings, George und Klöpfer, Hermann Kienzl über Elisabeth Betgner, Karl Ettlinger und Jacob Tiedtke, Max Hochdorf über Alexander Moissi, Hans W. Fischer über Agnes Straub, Fritz Engel über Rosa Bertens, Ernst Degener über Rosa Valetti usw. — Das über 70 Seiten starke Heft ist für Mitglieder der Volksbühne zum Vorzugspreis von 50 Pf. in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Albrechtstraße 32, erhältlich.

* **Für die Sonntags-Nachmittags-Vorstellung im Schauspielhause** sind Billets zu ermäßigten Preisen im Gewerkschaftshause, 2. Stock, Zimmer 36, zu haben.

* **Stadttheater.** Heute: „Undine". Morgen: „Cosi fan tutte".

* **Lobetheater.** Täglich: „Der Kreidekreis".

* **Thalia-Theater.** Täglich: „Der dreizehnte Stuhl".

* **Schauspielhaus.** Täglich: „Riquette".

Amtliche Wetternachrichten.

(Vorhersage der Wetterwarte Krietern bei Redaktionsschluß.)

Das mitteleuropäische Schönwettergebiet verliert immer mehr an Umfang und Energie. Von Westen her ziehen die gestern über England liegenden Störungen und verursachen heute morgen bereits im westlichen Deutschland starke tiefe Bewölkung und strichweise Niederschläge. Bei ihrem weiteren Vorrücken nach Osten wird sich bei uns vorwiegend im östlichen Schlesien eine [illegible] Föhnlage einstellen. Aussichten: Noch immer stärker bewölkt, vereinzelt geringe Niederschläge, stellenweise Morgennebel, Temperatur wenig verändert.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 16. September.

1 Pfund Sterling	20,395	100 fr. Francs	14,73
1 Dollar	4,195	100 Lei Kronen	4,27
100 holl. Gulden	168,08	100 Schweizer Francs	81,19
100 belg. Francs	18,40	100 [illegible]	[illegible]
100 norw. Kronen	89,51	100 tschech. Kronen	12,77
100 Danzig. Gulden	80,37	100 000 poln. Kronen	8,93
100 Lire	17,68	100 span. Peseten	60,29
100 dän. Kronen	108,23	100 Yen	[illegible]

Arbeiter-Sport

Fußball.

Oswitz I — Trebnitz I 6:2 abgebrochen.
Oels I — Möwe I 1:3 (0:2).

T.I.B. Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr: **Vollversammlung.** Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist unbedingt notwendig. Nichterscheinen wird bestraft. Der Vorstand.

Freie Turn- und Sportvereinigung Trebnitz. Fußballabteilung. Fritz Radom ist für die 1. Jugend nicht spielberechtigt, da zu alt. Der Hauptspielausschuß.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 8, Bezirk I. Am 20. September findet die Bezirksternfahrt nach Klein-Mochbern statt. Eintreffen um 8 Uhr. Um 9 Uhr Bezirksmannschaftsrennen. Start: Berliner Chaussee, Kilometerstein 4,8 und geht über Deutsch-Lissa, Leuthen, Polsnitz, Canth, Schosnitz, Oppeln, Groß-Mochbern zum Ziel Klein-Mochbern, Lohebrücke. Um 9 Uhr findet eine Bezirkskonferenz in Klein-Mochbern bei Ullrich statt. Jeder Verein muß durch den Vorstand oder einen Delegierten vertreten sein. Nachmittags 3 Uhr wird der Bezirkswanderpreis im Saalsport ausgefahren. Die Vereine werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Die Bezirksleitung und Bezirkssportausschuß.

Dauerrudern der Freien Rudervereinigung Breslau e. V.

Am kommenden Sonntag, den 20. September, veranstaltet die „Freie Rudervereinigung Breslau e. V." ihr diesjähriges Dauerrudern und -Paddeln, an dem sich außer den Mitgliedern der Vereinigung auch die Mitglieder der „Freien Kanuvereinigung Breslau" beteiligen werden. Die Veranstaltung ist eine Prüfung über die lange Strecke, die vom Bootshause, am Weidendamm, zum Wendepunkte Wilhelmshafen und zurück zum Bootshause führt. Es kommt dabei auf die Ausdauer und Energie an, die Strecke ohne einen Gegner, wie bei den sonst üblichen Regatten, abzufahren, und dabei eine verhältnismäßig gute Zeit herauszufahren, ohne den Körper irgendwie zu überanstrengen. Nicht die Jagd nach dem ersten Platz soll den einzelnen Ruderer und Paddler anspornen, sich der Prüfung zu unterziehen, sondern lediglich die Feststellung, wie weit er, infolge eines vernünftig betriebenen Trainings, in der Lage ist, die Strecke zu bewältigen. Es werden sich eine große Anzahl von Ruderern und Paddlern zum Start stellen, ein Zeichen der moralischen Kraft des Arbeitersports, die sich ja besonders auf der ersten Internationalen Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt a. M. gezeigt hat.

Die Veranstaltung beginnt vormittags gegen 9 Uhr und nachmittags um 2 Uhr. Interessenten, Gewerkschaftler, Freunde des Arbeitersports sowie der „Freien Rudervereinigung Breslau e. V." sind hierzu freundlichst nach dem Bootshause, Am Weidendamm 24, eingeladen. Das Bootshaus, sowie die Veranstaltung stehen an diesem Tage allen Arbeitsbrüdern und -Schwestern, sowie den Freunden der arbeitenden Klasse zur Besichtigung offen.

Vorhängung zu den Serienspielen am Sonntag, den 20. September.

Zeit	Mannschaften		Spielplatz	Schiedsrichter
4⁰⁰	1921 I	— Steinau I	fällt aus	Hanke, Sperin
	1924 II	— Steinau II		
4⁰⁰	1924 I	— Strehlen I	Zandholzw.	Kabiske, jr. Sportf.
3⁰⁰	1924 II	— Strehlen II	Zandholzw.	Ullrich, Möwe
10⁰⁰	Sturm I Jgd.	— Union I Jgd.		Margenus, B. f. L.
10⁰⁰	Sparta I Jgd.	— Oels I Jgd.	L.-H.-L.-Pl.	Friedrich, Stern
11⁰⁰	Märzdorf I Jgd.	— Ost I Jgd.		Hückmann, Falke
10⁰⁰	B. f. L. III	— Süd III		Kühnbel, West
10⁰⁰	24 III	— Stern III	L.-H.-L.-Pl.	Rohter, 21
10⁰⁰	Gilschkrischers III	— Union III		Winda, Ost
	II. Jugend.			
10⁰⁰	Wacker II Jgd.	— B. f. L. III Jgd.		Wismoch, Stern
10⁰⁰	West II Jgd.	— Union III Jgd.	Dtsch.-Lissa	Mahler, B. f. L.
9⁰⁰	B. f. L. II Jgd.	— Union II Jgd.		Walde, Stern
9⁰⁰	Sparta II Jgd.	— Wacker III Jgd. Wacker		Eichbel, West
4⁰⁰	Mahlau II. Bez.	— Trebnitz II. Bez.		Sagurre, Union
	Gesellschaftsspiele am 20. September.			
3⁰⁰	1924 II	— F. S. V. II	Westerplatz	
12⁰⁰	Stern I Sch.	— F. S. V. I Sch.	L.-H.-L.-Pl.	
3⁰⁰	S. V. Einigkeit I	— Wacker komb.	Gr.-Mochbern	

J. A.: Schaffer.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 18. September 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Neuer Hafer gefragt. — Ölsaaten: Ruhig. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):
mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	16.	15.	Oelsaaten	16.	15.
Weizen, neuer	20,80	21,00	Winterraps	35,00	—
Roggen . .	16,80	16,80	Leinsaaten .	38,00	—
Hafer . . .	16,50	16,50	Senfsaaten .	54,00	—
Braugerste .	20,00	20,70	Hanfsaat .	—,—	—
N. Winterg. .	17,50	17,50	Mohn, blau	90,00	—

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	16.	15.		16.	15.
Weizenmehl *	33,25	* 33,50	Roggenmehl	40,—	44,—
Roggenmehl *	26,—	* 26,—			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Vereinskalender.

Marxistische Arbeitsgemeinschaft. Heute, abends 8,15 Uhr, im Zeichensaal der Cäcilienschule: „Die Bedeutung der Marokkofrage für den Imperialismus."

Sparsam sein

und doch genußfreudig bleiben, will wohl gelernt sein. Sie bereiten sich einen schönen, aber billigen Genuß, wenn Sie nach dem neu bearbeiteten Oetker-Rezept einen

Käse-Kuchen

backen. Er ist vollmundig, wohlschmeckend und außerordentlich nahrhaft.

Zutaten zum Teig:	Zutaten zum Belag:
65 g Butter oder Margarine,	1 Pfund Quark,
1 Ei,	¼ Pfund Mehl,
80 g Zucker,	¼ Pfund Zucker,
100 g Weizenmehl,	¼ Liter Milch,
2 Teelöffel von Dr. Oetker's Backpulver „Backin".	4 Eier, d. Weiße z. Schnee geschlagen, 30 g Dr. Oetker's Gustin, 100 g Rosinen, 3 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker.

Die billig ist in keinem Stück, kann jede Hausfrau selbst alle 100 backen.

Zubereitung: Zuerst bereitet man den Mürbeteig. Fett und Zucker werden mit einem Teil des mit dem Backpulver gemischten Mehles verrührt. Dann schlägt man die beiden Eier und zu Stückchen zerschnittene Butter mit dem Rest des Mehles unter die Masse und fügt schließlich soviel Milch hinzu, daß sich der Teig ausrollen läßt. Mit dem fertigen Teig belegt man den Boden einer Springform. Dann wird der Quark durch ein Sieb gerieben, mit der Milch, Zucker, Vanillin-Zucker, Eidottern, Kartoffeln, Mehl und Gustin gut gerührt, zuletzt mit dem Eiweißschaum vermischt, auf den Teig gegossen und im heißen Ofen schnell gebacken.

Verlangen Sie ausdrücklich Dr. Oetker's Backpulver in den Geschäften, oder, wenn vorrätig, versucht und probiert von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Parteigenossinnen und Genossen des Kreises Neumarkt!

Zum Zwecke der Vorbereitung der Wahlen lade ich zu einer am Sonntag, den 20. September, nachmittags 2 Uhr, in Neumarkt, „Gelber Löwe", stattfindenden

Kreisversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:
1. Die Politik im Reich und Preußen. Redner: Abgeordneter Strowig-Klettendorf.
2. Die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen. Redner: Kreistagsabgeordneter Kleinert-Canth.
3. Organisationsfragen.
4. Verschiedenes.

Alle Parteimitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen. Vor allen Dingen ist es Pflicht aller Parteifunktionäre zu erscheinen. Die Funktionäre der freien Gewerkschaften sind ebenfalls willkommen.

Der Kreisvertrauensmann. Rich. Nawroth.

Deutsch-Lissa. Die Stelle des Amts- und Gemeindevorstehers (Bürgermeisters) ist infolge Pensionierung des bisherigen Inhabers neu zu besetzen. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe X mit Aufstiegsmöglichkeit nach XI der Preußischen Besoldungsordnung. Bewerber nicht unter 30 Jahren können bis 15. Oktober ihre Bewerbungen an die Kommission zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl in Deutsch-Lissa, einreichen.

Domitz. Reichsbanner. Freitag, den 18. September, abends ½8 Uhr, findet unsere Monatsversammlung in der „Volkshalle" statt. Anschließend daran wird uns Gewerkschaftssekretär Kamerad Schneidewind einen Vortrag über „Klassenkampf der Arbeiterschaft" halten. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht; auch die Frauen sind herzlichst eingeladen.

Hundsfeld. Oeffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Sonnabend, den 19. September, abends 8 Uhr, bei Mengel. Referent Genosse Rechtsanwalt Dr. Eckstein. Thema: „Zweisabbau, ein Ablenkungsmanöver der Rechtsparteien." Männer und Frauen aller Stände, erscheint zahlreich zu dieser Versammlung!

Neumarkt. Stadtverordneten-Sitzung. Zu der am Montag, den 14. September, stattgefundenen Sitzung waren 5 Magistratsmitglieder und 15 Stadtverordnete anwesend. Es wurde mitgeteilt: der Konservator von Schlesien hat zur Erhaltung der alten Stadtmauer 500 Mark bewilligt. — Die Stadthauptkasse ist geprüft und in Richtigkeit befunden worden. — Die Steuerzuschläge in Höhe von 150 bzw. 250 Prozent zur Grundvermögenssteuer fanden durch den Regierungspräsidenten Genehmigung. — An die Stelle des ausgeschiedenen Kämmerers Gajowsky wurde in den Finanzausschuß der neue Kämmerer Seneich gewählt. — Mit dem Männer-Turn-Verein hat ein Pachtvertrag betreffend Benutzung der Turnhalle durch das Gymnasium stattgefunden. — Der Bürgermeister führte sodann den neubestätigten Beigeordneten, Uhrmacher Halisch, in sein Amt ein und erstattete einen Bericht über die neugegründete Neumarkter Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft. Das Unternehmen kostet 720 000 M. Es sind beteiligt das Reich, der Staat, Preußen und die Provinz mit je 180 000 Mark, der Unternehmer Smoschewer & Co., Breslau, mit 130 000 Mark und die Stadt mit 50 000 Mark. Ueber 50 Jahre arbeitet die Stadt an diesem Bahnanschluß, eine ganze Reihe von Projekten und Vermessungen sind in diesem Zeitraum vorgenommen worden. Der hartnäckigen Arbeit des jetzigen Bürgermeisters ist es endlich gelungen, den Erfolg zu buchen, mitgeholfen wird allerdings auch die neue Zeit haben, da es heute doch leichter ist als früher, zu den hohen und höchsten Regierungsstellen zu gelangen und Gehör zu finden. — Als Probeprediger sollen von 72 Bewerbern vier Herren für die neu zu besetzende Pfarrstelle an der evangelischen Kirche zugelassen werden. — Stadtverordneter Genosse Ottilge referierte über Zulassung eines Privatautos zum Bahnhofsverkehr als Unterstützung der städtischen Autos, gegen eine monatliche Entschädigung von 600 Mark. Der Vorlage wurde zugestimmt. — Reparaturen an dem neugekauften Sanitätswagen in Höhe von 2900 Mark sollen ausgeführt werden. Die Vorlage wurde angenommen. Stadtv. Genosse Otto weist hierbei nochmals auf den von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmten Bau eines Arbeiterhauses am Wasserwerk hin, wofür kein Geld vorhanden sein sollte, während nachträglich für andere Zwecke das Gegenteil zu verzeichnen sei. (Wir müssen den Arbeiterschichten immer und immer wieder einhämmern, daß die bürgerliche Aera in unserem Parlament für alles möglichen Klim-Bim Geld übrig hat, dagegen nicht einen Groschen zur Linderung der Wohnungsnot.) — Zu den Ausgaben von 112 500 Mark und 355 000 Mark aus dem Auslande sprach er befürwortenden Sinne Stadtv. Genosse Ottilge. Die Vorlagen wurden genehmigt. — Zum Bau eines neuen Brunnens am Wasserwerk wurde der Betrag in Höhe von 5000 Mark bewilligt. Genosse Ottilge hielt den Bau für unbedingt erforderlich. — Hierauf geheime Sitzung.

Steine. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. (Kameraden Herrmann.) Sonnabend, den 19. September, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Da eine sehr wichtige Tagesordnung ist, so ist es Pflicht jedes Kameraden, pünktlich zu erscheinen. Frei Heil! Der Vorstand.

Aus Schlesien.

Republikanischer Tag in Freiburg.

Ein Festzug, wie ihn Freiburg noch nicht gesehen hat.

Noch einmal in diesem Jahre hatte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seine Kolonnen aus der nächsten Umgebung Freiburgs zu einer Heerschau für die junge Republik zusammengezogen. Freiburg war diesmal der Sammelpunkt der republikanischen Schutzgarde. Trotz aller Bemühungen der Gegner der Republik, deren in Freiburg eine ganze Anzahl zu finden sind, diesen Riesenaufmarsch zu einem Fiasko zu machen, wurde der Tag zu einem großartigen Erfolg. Die Stadt zeigte schon rein äußerlich, daß sie sich zur Republik bekennt. Auch das Rathaus war festlich geschmückt.

Ein imposanter Fackelzug am Sonnabend abend, an dem sich mehr tausend Personen beteiligten, bildete den Auftakt. Am Kriegerdenkmal wurde durch eine Ansprache des Kameraden Hanitzsch und Kranzniederlegung der Gefallenen des Weltkrieges gedacht.

Nach Eintreffen aller weiteren Teilnehmer am Sonntag vormittag begann um 2 Uhr nachmittags auf dem Sportplatz der eigentliche Festakt, bei dem das Banner der Ortsgruppe Treischwitz enthüllt wurde. Die Festrede des Kameraden Rostkowski-Breslau umrahmten Gesangsvorträge und ein Prolog. Sodann formierte sich der riesige Festzug der 3000 Mann und 31 Banner zählenden Kolonne. 71 Ortsgruppen der Kreise Waldenburg, Schweidnitz, Oels, Sagan und der Stadt Breslau marschierten in vorzüglicher Haltung durch die Stadt nach dem Festplatz, dem Schützenhaus. Große Scharen der begeisterten Zuschauer liefen hinter dem Zuge her bis ins Festlokal. Ganz Freiburg war auf den Beinen.

Die Ortsgruppe Freiburg konnte schon am gleichen Tage einen Erfolg dieser großartigen Kundgebung verzeichnen. Eine ganze Anzahl Hitlerleute hatten sich neu in die Ortsgruppen eingeschrieben, weil sie nun einsehen mußten, daß sie mit ihren Ansichten allein stehen. So hatte das Fest einen doppelten Erfolg, nämlich als ein großes Bekenntnis zur neuen Staatsform und als Werbetag für den republikanischen Gedanken. Noch viele Jahre wird der Freiburger dieser Tag als ein Ereignis in Erinnerung bleiben.

Weiterberatung der Optantenfrage im Ostausschuß des Preußischen Landtages.

Erledigung der deutschnationalen Hetze gegen Severing.

Die Hetze, die von der deutschnationalen Presse wegen vorübergehend übermäßig starken Bewegung des Schneidemühler Lagers mit Optanten gegen den preußischen Innenminister Genossen Severing, entfacht wurde, brach am Dienstag in den Beratungen des Ostausschusses des Landtages vollständig zusammen. Genosse Wende brandmarkte scharf die Methoden, deren sich die Deutschnationalen bei der Bekämpfung des Innenministers zum Schaden des deutschen Volkes bedient haben. Auf Versuchen einzelner deutschnationaler und deutschvölkischer Abgeordneter, die Angriffe zu erneuern, traten die Genossen Decker und Dr. Hamburger wirksam entgegen. Sie wiesen ferner darauf hin, daß noch zahlreiche polnische Arbeiterfamilien in Werkswohnungen sitzen, wodurch die Unterbringung der Optanten erschwert wird, und warnten vor jedem Mißbrauch der Optanten als Streikbrecher gegenüber streikenden und ausgesperrten Arbeitern.

Der Vertreter des Innenministeriums entwickelte das Wohnungsbauprogramm für die Optanten, das bereits in Angriff genommen ist und mit dessen Durchführung die Unterbringung der heute noch im Schneidemühler Lager befindlichen 2500 Personen fast restlos ermöglicht wird. Die Angaben über die bisherigen Aufwendungen für die Unterbringung und Arbeitsvermittlung ließen erkennen, daß das Reich seinen Verpflichtungen noch nicht in dem Maße nachgekommen ist, wie das Optantenelend verlangt, und daß bisher eine übermäßige große Last von Preußen getragen werden mußte. Zum Schluß nahm der Ausschuß einstimmig einen Beschluß an, wonach das Staatsministerium von der Reichsregierung verlangt solle, daß zur Beseitigung der Optantennot und zur Unterbringung und Einführung der Optanten in das Wirtschaftsleben im weitesten Maße Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, da die Ausweisung der Optanten als Folge des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages zu Lasten des Reiches zu gehen habe.

Junglehrertagung der G. D. V. in Liegnitz.

Für Sonntag, den 6. September, hatte die Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer (G.D.V.) eine Junglehrertagung einberufen, zu der aus allen Teilen Schlesiens Vertreter erschienen waren. Aus dem Vortrag des Referenten und den weiteren Verhandlungen ergaben sich folgende interessante Momente:

Die G.D.V. stellt sich sowohl in allgemeinen Schulfragen, als auch in Junglehrerangelegenheiten auf einen grundsätzlich neuen Standpunkt und weicht darin ganz entschieden vom (alten) „Deutschen Lehrerverein" ab. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß sämtliche Schulprobleme nur aus der engen Verbundenheit von Schule, Wirtschaft und sozialer Frage heraus verstanden werden können. Die Lösung dieser Probleme kann daher nur auf der Basis erfolgen, daß sich die Lehrerschaft eingliedert in die großen Bewegungen, welche zu einer Einheitsfront gegen das kulturfeindliche Großkapital auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen sind: A.D.B. (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund), die Afa und der A.D.G.B. — Dadurch setzt sich die G.D.V. in Gegensatz zu dem „Deutschen Lehrerverein", der dem rückschrittlichen D.B.B. (Deutscher Beamtenbund) angehört. In letzteren sind nämlich die Lehrer mit den Todfeinden ihres fortschrittlichen Kulturprogramms zusammengeschlossen. Weiterhin duldet der alte Lehrerverein in seinen Reihen zahlreiche Elemente, die das eigene Programm sabotieren. Der Kampf um das dringlich neue Reichsschulgesetz muß naturgemäß eine scharfliche Trennung der Geister auch dort hervorrufen. Für alle Fälle ist es das unbestrittene Verdienst der „G.d.V.", für moderner eingestellte Lehrerschaft eine neue, breiteste Kampfbasis geschaffen zu haben.

Alle diese Fragen haben erhöhte Bedeutung für die Junglehrerschaft, deren entsetzliche wirtschaftliche und seelische Not nicht entfernt geahnt wird. Die organisatorische Stellung der Junglehrer in der G.D.V. ist nun eine ideal wertvollere, als im alten Vereine, da ihnen weitgehendster Einfluß auf die Arbeit der Organisation und der zahlreichen geschlossenen Verbände in Junglehrerfragen gewährleistet ist.

„Junglehrernot ist Schulnot und Schulnot ist Volksnot!"

Die „Revolutionären Sozialisten".

Von Fanatismus, Ehrgeiz und Egoismus beherrscht, hat der einstmalige Parteivorsitzende der SPD. Steinau, Kassner, einst die ihm untergelegten revolutionären Eier ausgebrütet und vor einer von 34 Sozialisten, Kommunisten, Stahlhelmern und Parteilosen besuchten Versammlung am letzten Freitag sein Bündchen ins Leben gerufen. Unter den Erschienenen dürfte ein großer Teil Neugieriger und Gegner gewesen sein, denn gleich nach Beginn der Versammlung erhielten die „Bonzen" am Orte Bericht von ihnen.

Als Redner sollte der bekannte Herr Gruschwitz-Breslau fungieren. An seiner Stelle erschien ein Herr Eggert, einem Stoß „Tribünen". Eine nette Gesellschaft ist es, die Kassner Beritt gehört und nach Kassners Ansicht die Elite darstellt, von denen der Feldmarschall Kassner zwangsmäßige Unterstützung als revolutionäre Sozialisten fordert. Wir dürfen hoffen, daß Notgemeinschaft und Stahlhelm alsbald am hiesigen Orte verschwinden. Die nicht sensationslustige Arbeiterschaft von Steinau aber weiß, was sie von dem neuen Klub zu halten hat, der zur Freude der Reaktion am Orte gegründet wurde.

Diejenigen Mitglieder unserer Partei, die dem neuen Bündchen angehören, werden auf die Bekanntmachung des Bezirksvorstandes hingewiesen, wonach sie sich durch ihre Mitgliedschaft bei den „Revolutionären" selbst außerhalb der Partei stellen. Reinliche Scheidung werden wir rücksichtslos durchführen.

Hindenburg. Die Kraftpostlinie Hindenburg-Beuthen wird am heutigen Tage in Betrieb genommen. Postautos werden in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends stündlich verkehren, mit Ausnahme von 11 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags, zu welchen Zeiten kein Wagen abgeht. Der Fahrpreis beträgt eine Mark.

Schmiedeberg. Aus der französischen Fremdenlegion entflohen und zurückgekehrt in seine Heimat Schmiedeberg ist der 19jährige Tischler Richard Mattern. Seine Suche nach Arbeit hatte er, ohne es zu wissen, die elsaß-lothringische Grenze überschritten und wurde wegen Paßvergehens verhaftet. Man versprach ihm Arbeit im Wiederaufbaugebiet, mußte einen Vertrag unterschreiben, den er, da er der französischen Sprache nicht mächtig ist, nicht lesen konnte. Er hatte sich für die Fremdenlegion verpflichtet. Es gelang aber ihm, noch einem württembergischen Kameraden, am 6. August zu fliehen. Nach verschiedenen Abenteuern ist er nun wieder in seiner Heimat gelandet.

Görlitz. Einen raffinierten Raub an einem Mädchen vom Lande beging am Montag nachmittag ein junger, bisher unermittelter Mensch. Er hatte sich auf dem Bahnhofe dem Landmädchen angebiedert und versprach ihm, es mit jenes Sehenswürdige der Stadt zu zeigen. Das erste Ding war der dauernd selbsttätige Fahrstuhl im Rathaus. Nachdem er das zögernde Mädchen überredet, mit ihm einzusteigen und die Fahrt mehreremal auf und nieder und herum gemacht war, versetzte er ihm plötzlich einen Stoß, entriß die Handtasche und war heraus. Hilfeersuchend blieb die so jäh Ueberfallene zurück und traute sich nicht aus dem Fahrstuhl heraus. Ein Begleiter mußte ihr erst behilflich sein. Der Räuber hatte zwischen mit der Handtasche, die einen größeren Geldbetrag und kleine Schmucksachen enthielt, das Weite gesucht.

Gewerkschaftsbewegung.

19. Verbandstag der Tabakarbeiter.

In Nordhausen tagt zurzeit der 19. Verbandstag der Tabakarbeiter. Es ist historischer Boden, auf dem sich diese Tagung abspielt, historisch deshalb, weil sich gerade in Nordhausen ernste und für die Tabakarbeiter vorbildliche Kämpfe abgespielt haben. Wenn heute die Unternehmer der Tabakindustrie Nordhausen erklären müssen, daß sie gegen die festgefügte Organisation der Tabakarbeiter machtlos seien, so ist das für die Nordhäuser Genossen eine Genugtuung und für die deutschen Tabakarbeiter ein Ansporn zu neuem Kampf um eine bessere Lebenshaltung.

Am Montag begannen die eigentlichen Beratungen, nachdem der Sonntag der Geselligkeit gewidmet war. Anwesend sind 19 Vorstandsmitglieder, der Vorsitzende des Ausschusses, elf Leiter und 69 Delegierte. Kollege Karl Deichmann-Bremen grüßte die erschienenen Gäste, gedachte der verstorbenen Genossen des Tabakarbeiter-Verbandes und skizzierte das Arbeitspensum der Tagung: Lohnpolitik, Privat- oder Gemeinwirtschaft in der Tabakindustrie, Organisationsaufbau, Beitragsfrage, Berufs- und Betriebs- oder Industrieorganisation, Gründung einer internationalen Streikkasse.

Genosse Hermann Schmidt erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß erst vor wenigen Tagen die Nordhäuser Organisation aufs neue mit Erfolg ihre Schlagkraft erprobt hat. Von 1766 Arbeitern hatten 1714 die Kündigung eingereicht und die Unternehmer lenkten vor der einheitlichen Kundgebung der Arbeiter schnell ein; der Kampf war innerhalb eines halben Jahres zugunsten der Arbeiterschaft beendet. — Nachdem Kollege Jensen-Kopenhagen die Grüße der dänischen Kollegen und Stadtrat Genosse Pabst den Willkommensgruß der Stadt Nordhausen überbracht hatte, wird in die Tagesordnung eingetreten. Kollege Deichmann gibt den Bericht des Vorstandes. Er schildert einleitend die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Organisation während der Inflation zu kämpfen hatte und ging dann auf das Tabaksteuergesetz näher ein, unter dessen Belastung die Tabakarbeiter besonders zu leiden haben. Auf den Kleinverkaufspreis, für das Tausend umgerechnet, betrug die Belastung der Zigarren in der Preislage von 10 Pf. 4,20 Mark = 4⅕ Prozent, bei einer 15-Pfennig-Zigarre 8,75 Mark = 5⅕ Prozent, einer 20-Pfennig-Zigarre 14 Mark = 7 Prozent. Das gilt für die Zeit vom 1. April bis Oktober 1921. Vom 1. Dezember 1923 an ändert sich das Bild so, daß die Belastung auf jede einzelne Sorte 20, 30 und 40 Mark beträgt. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Zigaretten. Dazu kommt noch, daß der Eingangszoll für den Doppelzentner Tabak von 30 auf 80 Mark erhöht ist. Aus den Kreisen der Zigarettenindustrie ist selbst der Antrag gestellt worden, an Stelle der Privatwirtschaft die Planwirtschaft treten zu lassen. Diese Frage haben wir noch eingehend zu klären. Im Reichswirtschaftsrat haben darüber bereits Verhandlungen stattgefunden und wir haben alle Ursache, uns einen genügenden Einfluß zu verschaffen.

Inflation und Tabaksteuerung brachte uns Arbeitslosigkeit, Rückgang des Konsums und damit in Verbindung Lohndruck und Verminderung der Mitgliederzahl. Wenn ich diese schwere Zeit zu schildern soll, so brauche ich schließlich nur an die Diktatlöhne zu erinnern, die in Kauf genommen werden mußten. Es standen 1923 nur 103 405 Arbeiter in Arbeit, während 1924 bereits wieder 133 633 Arbeiter Beschäftigung gefunden hatten. Die Arbeitslosigkeit war geradezu fürchterlich. Erst 1924 trat eine Besserung ein. Es waren 11,2 Prozent arbeitslos und 19,8 Prozent Kurzarbeiter, Ende August 7,6 Prozent arbeitslos und 13,9 Prozent Kurzarbeiter. Eine solche riesige Arbeitslosigkeit hat keine andere Industrie durchzumachen gehabt. Wenn es unter diesen Umständen überhaupt möglich war, die Diktatlöhne zu beseitigen und bessere, wenn auch nicht ausreichende Löhne zu schaffen, so ist das doch der beste und sprechendste Beweis für die Stabilität und die Schlagkraft unserer Organisation. Der bei uns eingetretene Mitgliederverlust ist auch bei anderen Organisationen zu verzeichnen. Es heißt es aber wieder auf- und ausbauen. Die Organisation muß so sein, daß sie gebietet. Auf Kommando muß aus dem Betrieb gegangen werden, wenn es erforderlich ist und ebenso gefordert muß es auch wieder in den Betrieb gehen. Nordhausen hat gezeigt, was eine geschlossene Organisation zu leisten vermag. Wenn wir 1924 auch 24 000 neue Mitglieder aufgenommen haben, haben wir trotzdem welche verloren. Ratsam dürfte es sein, die Organisation zusammenzulegen und Kräfte für die Organisationsarbeit freizumachen. Von 173 605 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern waren 1913 31 713 und 1924 von 153 033 Tabakarbeitern 66 712 Arbeiter organisiert. Unsere Tarifpolitik ist gut. Die Hauptfrage ist der Um- und Ausbau unserer Organisation. (Beifall.)

Den Kassenbericht gibt Kollege Krohn-Bremen. Aus dem Zusammenbruch der Inflation kam die Organisation mit einem Fonds mit 24 000 Mark, dazu erhielt sie noch auf Grund der Aufwertung rund 182 000 Mark. Die Tabakarbeiter-Organisation ist also nicht am schlechtesten durch die Inflation hindurchgekommen. Im ersten Quartal 1925 betrug die Einnahme 221 083,45 Mark, die Ausgabe 117 104,82 Mark, im zweiten Quartal 238 400,10 Mark Einnahmen und 160 353,34 Mark Ausgaben. Gegenwärtig verfügt über einen Gesamtkassenbestand von 739 770,43 Mark verfügt.

15. Verbandstag der Böttcher.

Am Montag wurde im Volkshause, im Heim der Leipziger Arbeiterschaft, der 15. Verbandstag des Verbandes der Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter Deutschlands eröffnet. 37 Delegierte haben sich aus allen Gebieten des Reiches eingefunden, um rückblickend eine vierjährige Arbeit zu überprüfen und Kraft und Erkenntnis für den künftigen Weg zu gewinnen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Kollege A. E. Fürchtnicht, eröffnet den Kongreß. Er weist auf die Aufgaben hin, die der Verbandstag zu leisten hat und ruft die Delegierten auf, an der weiteren Kräftigung und Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten. Er gedenkt derjenigen Kollegen, die seit dem letzten Verbandstag und in Frankfurt aus der Mitte der Organisation geschieden sind, und widmet den Verstorbenen einige Worte der Ehrung. Kollege Räckel überbringt im Auftrage des Bundesvorstandes, Genosse Setzpfand im Auftrage der Leipziger Parteileitung Gruß und beste Wünsche für einen fruchtbaren Verlauf der Tagung. Von den ausländischen Bruderverbänden sind Dänemark und Oesterreich vertreten, die durch je einen Delegierten herzliche Grußworte an den Kongreß richten.

Kollege Fürchtnicht erstattet den Geschäftsbericht. Er stellt fest, daß der Verband heute über 9000 Mitglieder zählt, daß wohl, wie in allen anderen Organisationen, in den schweren Jahren der Inflationszeit ein beträchtlicher Mitgliederschwund zu verzeichnen war, daß aber seit jener Wirtschaftskatastrophe eine langsame aber stetige Aufwärtsbewegung auch eingesetzt hat. Seit Mitte vorigen Jahres hat die Stabilisierung deutlich auch in unserem Verbande eingesetzt, und seitdem ist es stetig aufwärts gegangen. Die seinerzeit angebahnten Verhandlungen für einen allgemeinverbindlichen Reichsmantteltarifvertrag wurden von Arbeitgeberseite leider abgebrochen. Die Verbandsleitung hat sich jedenfalls mit allen Kräften bemüht einen solchen zustande zu bringen. Es ist möglich, daß in nicht allzuferner Zukunft die Frage des Reichsmantteltarifes für das Böttchereigewerbe wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dann wird es Zeit sein, von uns erneut dazu Stellung zu nehmen. Wichtig ist vor allem die Einheitlichkeit in Arbeitskämpfen jeder Art. Da ist es notwendig, einmal in enger Fühlung zum Verbandsvorstand zu stehen, der dann auch nur nach reiflicher Ueberlegung nach Abwägung der Kräfte und nach Rücksprache mit den anderen Organisationen Lohn- oder Arbeitszeitkämpfe mit gutem Gewissen mit den Mitteln führen kann. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten gab die Reibungen zwischen uns und dem Holzarbeiterverband und Schwierigkeiten kommen öfter zwischen unserer Organisation und den chemischen Gruppen, dem Fabrikarbeiter-Verband und den Nahrungsmittel- und Getränke-Arbeitern vor. Zu einer günstigen Verständigung in der Frage der Organisationsgrenzen sind wir jederzeit bereit und haben auch aus dieser Einstellung niemals ein Hehl gemacht.

Kollege Wagner-Bremen erstattet den Kassenbericht. Die letzten Jahre seien die schwärzesten in der Geschichte des Verbandes gewesen. Die Inflation habe, wie in allen Organisationen, fürchterliche Verwüstungen angerichtet, trotz der zahlenmäßig großen Einnahmen, die von Woche zu Woche zu astronomischen Zahlen anwuchsen, sei der Verband immer ärmer geworden. Einschränkung der Zeitung, Abbau der Angestellten mußte vorgenommen werden, die Führung von Lohnkämpfen war zur Unmöglichkeit geworden. Es war ganz unmöglich, gegen diesen Sturm anzukämpfen. Die Mitgliedsbeiträge waren, auf Gold umgerechnet, so gering geworden, wie nie zuvor. Dabei stieg die Anzahl der Arbeitslosen auch in unserem Gewerbe mehr und mehr. Die Anforderungen an die Kasse bezüglich Erwerbslosenunterstützung und Krankenunterstützung wuchsen ins Unermeßliche, die Hilfe des dänischen Bruderverbandes, dem an dieser Stelle nochmals herzlicher Dank ausgesprochen werden soll, war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Unsere Kasse hat hergegeben, was sie hergeben konnte, aber die Mittel waren eben beschränkt. Jetzt ist die Situation jedoch wieder eine andere. Die Beruhigung der Wirtschaft hat auch auf unsere Verbandskasse einen günstigen Einfluß gehabt und obwohl bezüglich der Höhe der Mitgliedsbeiträge und bezüglich der Pünktlichkeit ihrer Abführung noch zu wünschen übrig bleibt, muß doch gesagt werden, daß Grund zu neuer Hoffnung vorhanden ist. Die Arbeitgeberverbände mußten erstaunt feststellen, daß die Organisation der Böttcher und Böttcherhilfsarbeiter Deutschlands sich in verhältnismäßig kurzer Zeit erholt hatte. Aber auch die Unternehmer sind heute wieder stärker geworden, und die Kollegen müssen Opferbereitschaft und Pünktlichkeit aufbringen, wenn sie Stärke und Stoßkraft von ihrer Bewegung erwarten wollen.

Darauf erfolgte der Bericht über das Organ des Verbandes, „Die deutsche Böttcherzeitung", den Kollege Helfenberger als Redakteur abgab. Oft habe sich in den letzten vier Jahren ein Kleinmut bemerkbar gemacht, der die Notwendigkeit und Wichtigkeit unserer Zeitung zu kritisieren versuchte. Trotzdem seien Beschwerden nur wenig eingelaufen. Vor allem habe man der Zeitung den Vorwurf gemacht, daß sie einseitig politisch eingestellt sei. Demgegenüber müsse er doch betonen, daß die freie Gewerkschaftspresse die Pflicht habe, für die einzige Arbeiterpartei in Deutschland, die SPD., offen und mit allen Kräften einzutreten, und ihr vor allen Dingen bei den Wahlen treue Gefolgschaft zu leisten. Wenn aus dem Lager der Gewerkschafts-Zersplitterer das als Einseitigkeit ausgelegt würde, so sei damit ihre Gesinnung hinreichend gekennzeichnet. Das Verbandsorgan der Böttcher werde alle Schädlinge der Gewerkschaftsbewegung solange bekämpfen, als diese ihren Kampf gegen sie nicht einstellen. Die Auflage unserer Zeitung beträgt heute 11 000 Exemplare wöchentlich, das ist wohl ein Rückgang gegen früher; aber trotzdem ein Zeichen wesentlicher Besserung.

Kollege Schlünz-Hamburg gibt dann einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, der in 49 Sitzungen eine Fülle von Fragen behandeln mußte.

Im allgemeinen gibt er seiner Meinung Ausdruck, daß trotz der großen Menge von inneren Differenzen man sich immer auf gütlichem Wege auf eine mittlere Linie geeinigt habe, und daß kleine Unterschiede in der Auffassung sich nie zu Zerwürfnissen bedenklicher Form zugespitzt hätten. Bezüglich der Revisorentätigkeit der Ausschußmitglieder stellt er die solide Führung der Verbandskasse fest und billigt im großen ganzen die Haltung der Zeitung. Nur wünscht er, daß ihr Ton sich in Zukunft ein wenig mildern möge. Der Verbandsausschuß habe außer seiner Sitzungstätigkeit ein Mitglied zu den Verhandlungen wegen des Reichsmantteltarifs entsandt und sei auf sechs Konferenzen vertreten gewesen. (Schluß des ersten Verhandlungstages um 5 Uhr.)

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe.

Am Donnerstag beginnen im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über die Besoldungsfrage im Bankgewerbe. Die plötzliche Wiederaufnahme von Verhandlungen ist in der rechtsstehenden Presse auf die leidenschaftliche Ablehnung zurückgeführt worden, die der am 27. August gefällte völlig unbefriedigende Schiedsspruch bei den Bankangestellten gefunden hat. Die Verhandlungen sind von dem Deutschen Bankbeamtenverein beantragt worden. Die Bereitwilligkeit der Bankleitungen, sich an Nachverhandlungen zu beteiligen, kommt uns sehr verdächtig vor. Uns wird es nicht wundern, wenn sie für das Zugeständnis von ein paar Prozent Lohnerhöhung eine Verlängerung des Manteltarifs oder ähnliches zu erpressen versuchen. Bringen die Nachverhandlungen ein solches Resultat, dann werden die Bankangestellten zum zweiten Male die Hereingefallenen sein. Man kann, wie die Dinge liegen, neuen Verhandlungen nur mit sehr gemischten Gefühlen entgegensehen.

Gewerkschaftskursus des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund veranstaltet seinen zweiten Gewerkschaftskursus in der Zeit vom 5. bis 10. Oktober in der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, Schinkelplatz 6. Dieser Gewerkschaftskursus stellt den Versuch dar, durch die Art der Behandlung des Vorlesungsstoffes eine Steigerung des Interesses der Funktionäre an den aktuellen gewerkschaftspolitischen Fragen zu bewirken und damit eine stärkere Aktivität der gewerkschaftspolitischen Praxis herbeizuführen. Zur Erreichung dieses Zieles sind unter anderem folgende Vorlesungen vorgesehen: Moderne Staatstheorien, Steuer- und Zollpolitik, Gewerkschaftsbanken, Russische Wirtschaftsfragen und Wirtschaftspolitik, das Mitbestimmungsrecht der Beamten in Betrieb und Verwaltung, Internationale Bildungsbestrebungen, Lohn- und Besoldungspolitik, Agitation und Organisation, Auswertung des Schriftwesens des ADB., Redekunst. Als Dozenten haben sich zur Verfügung gestellt: Ministerialdirektor Brill, Dr. P. Hertz, Paul Olberg, Geheimrat Dr. Bachem, Richard Seidel, Studienrat Dr. Kaßner, Händeler, Döbling, Kotzur, Falkenberg. Die bisher vorliegenden Anmeldungen versprechen eine starke Beteiligung der Funktionäre aller dem ADB. angeschlossenen Organisationen.

Kampf um die Arbeitszeit in Ostoberschlesien.

Die Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in der ostoberschlesischen Großindustrie sind laut „Industrie-Kurier" bisher ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitnehmer vor sämtlichen Schlichtungsausschüssen wegen Befangenheit endgültig abgelehnt haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Seit Anfang dieser Woche haben die Großindustrien in ihren verschiedenen Werken eine Bekanntmachung erlassen, daß ab 1. Oktober für sämtliche Kategorien die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert wird. Arbeiter, die sich dieser Maßnahme nicht fügen wollen, gelten ab 1. Oktober als entlassen. Die Gewerkschaften haben bereits Einspruch gegen diese Maßnahme erhoben.

Ein Landesverband der geistigen Arbeiter in Polen.

Der polnische Bund der geistigen Arbeiter umfaßt 19 Vereinigungen, die ihren Sitz in Warschau haben, und deren Tätigkeit sich teils über das ganze polnische Staatsgebiet erstreckt, teils auf Warschau beschränkt. Weitere 18 Vereinigungen haben ihren Sitz in Lemberg und 30 in Krakau. Die Vereinigungen haben insgesamt 140 000 Mitglieder. Der Bund faßt die wichtigsten Gruppen der geistigen Arbeiter zusammen. Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller, Dichter, Angestellte.

Der Bund ist politisch neutral und erstrebt für die geistigen Arbeiter eine ihrer Stellung entsprechende Lage. Der Bund hat beschlossen, sich dem Internationalen Bund der geistigen Arbeiter anzuschließen und eine Monatsschrift herauszugeben.

Die Verrufenen
(Nur Halle stand)

Wirtschaft.

Banken und Volkswirtschaft.

Der 6. Deutsche Bankiertag, der in Berlin wieder zum ersten Male nach fünf Jahren die berufenen Sachwalter des deutschen Finanzkapitals vereinte und von nicht weniger als 1200 Bankiers beschickt war, beschäftigte sich an erster Stelle mit einem Problem, dessen Bedeutung auch der deutschen Arbeiterschaft nicht eindringlich genug vor Augen gehalten werden kann. Die Zahl der Arbeitsstunden, die durch die verheerenden Folgen der Kreditkrise verloren gehen, ist immer noch außerordentlich hoch; Stockungen im Betrieb infolge Mangels an Kapital zur Finanzierung der Produktion und des Absatzes sind noch immer an der Tagesordnung und berauben an zahllosen Stellen immer wieder Teile der Arbeiterschaft ihrer Verdienstmöglichkeit. Das Kapitalproblem aber kann nur im Zusammenhang mit der Gesamt-Volkswirtschaft gelöst werden, und darum durfte man von dem Bankiertag erwarten, daß er zu dieser Frage positive Vorschläge einer Lösung machen würde. Dabei mußten sich die Bankiers dessen bewußt sein, daß ein großer Teil der Fehler, die das deutsche Kreditwesen so schwer geschädigt haben, bei ihnen selbst zu suchen ist. Wenn sie das erkannten, so mußten sie neue Wege zur Besserung der Kreditverhältnisse weisen.

Das ist nicht geschehen. Die Resolution, die nach den beiden Hauptreferaten gefaßt wurde, betont wieder mit der üblichen Schärfe die Fehler, die an anderer Stelle gemacht wurden. Nur in einem einleitenden Satz spricht man von all den Mängeln der Organisation und des Verfahrens der Kreditverteilung, und in den praktischen Vorschlägen erklärt man allenfalls, daß einer Verbilligung der Handelsunkosten die größte Aufmerksamkeit zu widmen sei. Im übrigen gehen aber alle Mahnungen an die Adresse der anderen, nicht an die Adresse des eigenen Berufsstandes. Mit großer Schärfe wendet man sich gegen die Steuerpolitik des Reiches, die der Wirtschaft mehr Gelder entzieht, als notwendig ist. Weiter verlangt man die Wiederherstellung des Bank- und Sparkassengeheimnisses und verurteilt die scharfe Konkurrenz staatlicher und kommunaler Banken und Sparkassen. Nur an einer Stelle ein positiver Gedanke: die Banken sollen von jetzt ab schärfer ihre Kredite danach unterscheiden, ob diese volkswirtschaftlich notwendig oder entbehrlich sind. Volkswirtschaftlich notwendigen Krediten ist in jedem Falle der Vorzug zu geben.

Diese Erklärung ist gut gemeint, und es wäre ihr einige Wirkung zu wünschen. Wer aber ist der zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gegebene Richter? Verläßt man sich nur auf das Urteil der Banken, so wird das Interesse am Geldgeschäft selbst und an der Sicherheit der Kreditgrundlagen immer wieder beim einzelnen Abschluß den Ausschlag geben. Geschieht das aber, so ist eine besondere Wirkung von einer solchen Mahnung nicht zu erwarten.

Deutlicher als in der Entschließung hat der Leiter der Deutschen Bank, Direktor Wassermann, in seinem Referat zugegeben, daß auch innerhalb der Banken bei der bisherigen Kreditgewährung große Fehler gemacht worden sind, daß man bei der neuen Umschichtung der Kredite, die jetzt bevorsteht, aus den Erfahrungen lernen und nur lebensfähige Betriebe unterstützen müsse. Was man jedoch vermißte, war die Erkenntnis, daß die Ursachen der Kapital- und Kreditnot nicht nur durch die Inflation selbst, sondern noch viel mehr durch die gewaltige Umschichtung der Einkommensverhältnisse herbeigeführt war. Der Sachwerthunger der Industrie konnte doch nur deshalb zu diesen ungesunden Konzernbildungen führen, die jetzt wieder auseinanderfallen, weil die Unternehmer durch die Papiermarkkredite über den größten Teil des deutschen Volkseinkommens in der willkürlichsten Weise verfügten und aus der Verarmung der Rentner und der Unter-Entlohnung der Arbeiterschaft das Kapital zusammenholten, das dann in der unwirtschaftlichsten Weise verwendet wurde. Eine Mobilisierung des deutschen Volksvermögens, wie sie von Wassermann empfohlen wurde, kann also nicht nur dadurch herbeigeführt werden, daß Teile der deutschen Unternehmungen ans Ausland verkauft werden; auf lange Sicht muß vielmehr die Sparfähigkeit der breiten Volksmassen angeregt werden, damit auf diese Weise eine stärkere Kapitalbildung erfolgt. Eine solche Erkenntnis würde zu der Folgerung führen, daß die Steigerung der Löhne und Gehälter nicht nur im Interesse der Absatzfähigkeit der deutschen Industrie und Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Wiederherstellung einer gesunden Kapitalbildung liegt. Die Banken aber sind bei diesem Punkt sehr schwerhörig. Selbst im Gedanken der Profitwirtschaft zu sehr befangen, schenken sie der Kapitalbildung beim Sparer noch viel zu wenig Beachtung. So lange das nicht der Fall ist, wird man es in diesen Kreisen auch nicht verstehen, daß die Forderung nach einer Herabsetzung der Spanne zwischen den Leih- und Schuldzinsen keineswegs eine nur gegen die Banken gerichtete Forderung ist, sondern daß sie letzten Endes der Gesamtwirtschaft und damit auch der Umsatzfähigkeit der Banken dient.

Die Banken haben seit der Stabilisierung einiges hinzugelernt. Im Gegensatz zu manchen industriellen Unternehmerkreisen haben sie wenigstens theoretisch erkannt, daß das Absatzproblem auf beiden Seiten auf dem der Produktion und dem des Verbrauchs angefaßt werden muß. Daraus erklärt es sich, daß man heute einer gesunden, aus betriebswirtschaftlichen Gründen hervorgehenden Konzentration stärkeres Interesse entgegenbringt. Doch will es scheinen, daß auch dieses Interesse nicht in seiner volkswirtschaftlichen Tragweite, sondern viel zu ausschließlich von dem Gesichtspunkt der Banken als der Geldgeber aus wahrgenommen wird. Man erkennt, daß die extensive Industriewirtschaft viel zu viel Kapital verzehrt und vergeudet. Daher vereinfacht man die Betriebe und begünstigt die Bildung großer Interessengemeinschaften. Aus dieser Einstellung ein volkswirtschaftliches Programm zu machen und eine Annäherung zwischen der Kaufkraft des Volkes, seinem Verbrauch und den Warenpreisen zu finden, dazu haben sich die Banken nicht aufschwingen können. Zu solchen Gedanken sind sie viel zu sehr privatwirtschaftlich eingestellt, als daß man Positives von ihnen erwarten könnte. Denn ein solches Programm würde seiner Natur nach starke gemeinwirtschaftliche Züge tragen müssen. Und für eine Gemeinwirtschaft sind unsere Bankenführer nicht zu haben, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil nach dem eigenen Eingeständnis der kapitalistischen Finanzpresse infolge der bürokratischen Organisation großer Wirtschaftszweige der Mangel an Führertalenten in der deutschen Wirtschaft geradezu erschreckend geworden ist.

Vor einer Umwälzung in der Stickstoffindustrie.

Der bisher bei der Stickstofferzeugung gewonnene Stickstoff wurde an ein schwefelsaures Salz gebunden und als schwefelsaurer Ammoniak der Landwirtschaft zugeführt. Da aber die schwefelsaure Verbindung für den Boden weniger wertvoll ist, hat man sich bemüht, den Stickstoff mit einem für den Boden wertvolleren Chemikal zu binden. Die Versuche sind soweit gediehen, daß eine Phosphorverbindung gelungen ist, die als Ammoniumphosphat dem Boden zugeführt werden kann. Da Deutschland an Phosphaten infolge der Abtretung des Saargebietes sehr arm ist, der Landwirtschaft fehlt das nötige Thomasmehl, ist diese neue Erfindung von ganz besonderer Bedeutung. Das für die Fabrikation notwendige Phosphor soll in russischen Phosphoritgruben gewonnen werden, und zwar wird, da diese Gruben in der Nähe von Kohle liegen, das Phosphorit verkokt und als roter Phosphor nach Deutschland transportiert werden, um dort in den Stickstoffwerken zu Ammoniumphosphat verarbeitet zu werden.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Nach Mitteilungen des englischen Arbeitsministeriums waren am 31. August 1 354 100 Arbeitslose in den Arbeitsvermittelungsstellen registriert. Das bedeutet eine Zunahme von 200 000 gegen 1924.

Stadt-Theater.

„Cavalleria rusticana". — „Der Bajazzo".

Die beiden Stücke (Mascagni und Leoncavallo) werden nicht nur wegen ihres Umfanges meistens zusammen gegeben, sondern sie passen auch stilistisch in ihrer starken absichtlichen Theatralik zueinander. Nachdem bei uns im vorigen Jahr neben dem „Bajazzo" zuweilen ein Ballett stand, ist an der Tradition jetzt wieder festgehalten worden. Die Santuzza sang mit Leidenschaft und vollem kernigen Ton Berta Ebner-Oswald. Sie entsprach aber ebensowenig wie Paul Maiers Turiddu der Vorstellung eines „jungen" Bauernpaares. Der Schminkkasten muß wirksamer zu Hilfe gezogen werden. Hildegard Heimlich mimte eine frische Lola, deren Koketterie jedoch nicht echt war. Den Bajazzo gab Peter Unkel. Nachdem wir bis jetzt von Ihm hörten und nach der Feststellung, daß auch der neue Lyrische, Arnold Georgensky, keine Vollkraft ist, schält sich das Bewußtsein der noch nicht gelösten Tenorfrage heraus. Bis die beiden durch eifriges Studium die Unebenheiten ihres Gesanges beseitigt haben, kann auf lückenlose Erfolge nicht gerechnet werden. Gelang Unkels Canio schon etwas besser als Früheres, so mußte er doch gegen die Höhe kämpfen und erobert dann mit Gewalt, was selbstverständlicher Besitz sein mußte. Nur mit der klangvollen aber engumgrenzten Mittellage darf er einer ersten Bühne nicht genügen. Fände man sich mit dem Gesanglichen schon ab, dann stört eine durchaus verschwommene Textaussprache. Operettenhafte Vokalanhängsel („Füll' dich in Tante — statt Tand — nur!") werden zu beseitigen sein. Das übrige Ensemble, die Damen Folkner, Olden, die Herren Groß, Regchan, Kölle und Baron (Musikleitung: Oskar Preuß) bewährte sich. Die „Cavalleria"-Chöre bedürfen rhythmischer Befestigung. — Das Theater war mäßig besucht. W. S—der.

„Hoffmanns Erzählungen".

Die erste Wiederholung der neuinszenierten und begeistert aufgenommenen „phantastischen Oper" sollte in der Besetzung der Damenpartien Aenderungen bringen. Die Ankündigungen hielten nur bezüglich der Olympia Wort, der Elli Mirkow Anmut und eine klangreizvolle, aber teilweise verschwommene Koloratur sich. Die übrige Aufführung glich der vorzüglichen ersten und rechtfertigte den starken Besuch. Auffällig an ihr war, daß im Menuett, das übrigens infolge zu rascher Temponahme keines war, keine Uebereinstimmung zwischen Chor und Orchester herrschte.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Eine verunglückte Fahrt.

Am Sonntag unternahm das Jugendbanner Ebert eine Autofahrt nach Trachenberg zu einer dort stattfindenden Reichsbannerveranstaltung. Schon auf der Hinfahrt versagte mehrmals der Motor des Autos und die Jungmannschaften mußten aussteigen. Abends 7 Uhr wurde die Rückfahrt in Trachenberg angetreten. Man kam bei dauerndem Versagen des Motors nur in die Nähe von Prausnitz, wo eine Weiterfahrt unmöglich wurde. Die Teilnehmer, etwa hundert Jugendliche, zum Teil Lehrlinge, gerieten in eine schwere Notlage, da die meisten von ihnen Montags pünktlich an ihrer Arbeitsstelle erscheinen mußten. Ein Teil wartete in Trebnitz auf den ersten Eisenbahnzug. Die meisten waren nicht im Besitz des nötigen Fahrgeldes. Eine andere Gruppe versuchte von Prausnitz das 30 Kilometer entfernte Breslau zu Fuß zu erreichen, was nur einigen gelungen ist. Der Rest dieser Gruppe mußte bei Mutter Grün Quartier beziehen. Die Leitung des Reichsbanners wird hoffentlich Sorge treffen, daß sich ähnliche unliebsame Ereignisse nicht wiederholen. Ein Vater eines Jugendlichen.

Wasserstand

vom 17. September.

Ratibor	1,60	Dyhernfurth	
Neisse (Stadt) (16. 9.)	—0,52	Abflußmenge sekundlich	147 cbm
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,80	Treschen	
Ransern (Unter-Pegel)	3,06	Fürstenberg (16. 9.)	
Brieg (Mastenkran)	2,53	Wasserwärme: + 12,9	

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht

Wir müssen durchhalten!

Um durchzuhalten, muß ein großer Umsatz erzielt werden. Der große Umsatz kann nur erreicht werden, wenn man anerkannt billig ist. Letzteres ist bei uns der Fall. Darum, Arbeiter, gibt es für Euch nur eine Parole: **Den ganzen Bedarf** im 4159

Wiemohaus, Reuschestraße 20/21 zu decken.

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund.

Am 14. September starb unser Mitglied, der Ofensetzer 3033

Karl Lindner

im Alter von 36 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 17. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Salvator-Friedhofes, Ende Lohestraße.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Ausschneiden!

Dieser

Gutschein

der

Eckersdorff-Etage

Ring 7 (Kurfürstenseite)

Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren

wird mit

10 %

für sämtliche Wollwaren u. Trikotagen bis zum 30. September in Zahlung genommen.

Ausschneiden!

Herren- u. Damenräder

auch auf Teilzahlung

gibt ab Fahrradhandlung, Breslau, Magnauerstr. 38. 3008

Nur um Geld zu schaffen, daher so billig!

Bettücher-Barchent aus Kreuz, prachtvolle Ware 3.75	3.10
1 Inlett, federdicht, barchfarbig, 2 m lang nur	8.00
Bettbezüge in weiß wie auch in bunt, Ia Ware, 2 m lang nur	5.50
Bettbezüge mit 2 Kissen und Gind, bestes Qual., 2 m lang nur	10.00
Kinderwesten, reine Wolle, prima Qual. für Erwachsene	5.75
für Kinder von	4.25 an
Prima Bettfedern-Kern-Hafen	5.50
Prima Menschenhaarhafer, Ia Zwischenware, lange und breites	8.50
Normalhafer in bekannt Wiedergutmacht	2.10
Normalhemden prima Wiederware, mit doppelter Brust	2.90
Kinderunterzüge Wiederware von	2.15 an
Damenunterröcke und -Hosen, bunte Qualität	3.00

und vieles andere nur bei

Manneberg

Reuschestraße 1, II

Eingang Herrenstraße 4157

Zum Sehen, 2. Etage, besser je billig.

Händler haben Rabatt!

Goldene Trauringe

Größtes Lager, billigste Preise.

Für streng reelle Bedienung bürgt das 40jährige Bestehen meiner Firma.

Albert Mötwing

Schmiedebrücke 56 Tel. Ohle 5153

Achtung! Das von mir 1886 gegründete Geschäft befindet sich nur noch in der **Schmiedebrücke**, nicht mehr Kupferschmiedestraße. 4152

Mitglieder der Partei und vom Konsum-Verein kaufen

Gardinen, Stores

nur bei

Julius Fein

Junkernstr. 14 (kein Laden)

vis-à-vis Kißling 3047

Zurückgekehrt 3707

Sanitäts-Rat

Dr. F. Meisgeier

Facharzt für Chirurgie

Kaiser-Wilhelm-Str. 29/30

Wecheruhren

mit Leuchtzeiger

Prima Messingwerk

zu billigsten Preisen

Paul Alter

Uhren u. Goldwaren

Kupferschmiedestraße 17. 4151

Nähe Schmiedebrücke

Fahrräder

auf Teilzahlung 7743

gibt ab Fahrradhandlung

Schwendfeldstraße 7

an der Weißerstraße.

Hochmann's Liköre bei jedem Feste das Beste!

Stets aufgepaßt auf billige Weinbrand, Rum u. Liköre bei

D. Kochmann

Breslau I nur Weidenstraße 25

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen

Breslau 2 Flurstraße 4/6

Gewaltige Vorteile!

Nur solange Vorrat!

Herrenstiefel Rindbox, schwarz	7.95
Damen-Halbschuhe Roß-Chevreau, schwarz	5.50
Damen-Halbschuhe Roß-Chevreau, Spange	4.95
Damen-Lack- Schnür- und Spange	9.50

Central-Schuhhaus

Reuschestraße 44/45 5720

B. Wollberge

Mtr. 1.40—2.00 Mk., Köper Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr. 45 Pf. bis 1.20 Mk., Aermelfutter 90 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. 4126 Kernseife 700 Gramm 65 Pf.

Berthold Lippert,

Heinrichstraße 16.

Möbel Ergänz.-Stücke aller Art, Büfetts, Schreibt., Schränke, Beistellen, Küchen, Schlaf- und Speisezimmer 3945 aus erster Hand besser u. **billiger.**

Großes Lager, Garantie, Zahlungserleichterung.

G. Fuchs

Tischlermeister

Alexanderstr. 24, Hof links und Nr. [illegible]straße 7, 1, an der Tiergartenstraße.

Buchhdlg. Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Winter-Speisekartoffeln

liefert jetzt und im Frühjahr direkt an den Verbraucher.

Meldungen erbitte bald an

Dominium Sachermin,

Kreis Breslau.

Bitte bei allen Käufen für die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Arbeitsmarkt

Händler f. Erdal Stiefelwichse Lippert, Heinrichstraße

Parteifreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Öfen setzen

können sich melden

Schwendfeldstr.

Fantasiehutarbeiterinnen

in und außer dem Haus, für lohnende Beschäftigung per sofort gesucht von

Hutfabrik Körber

Reuschestr. 51, Riepoldshof, Port. IV.

Monteur-Anzüge . . Mk. 6.75

Arbeits-Hosen . . . „ 4.45

Berufs-Kleidung

Wilhelm Knauerhase

Breslau I, Kupferschmiedestr. 16

Verkauf durch Handwerk nicht 5% Rabatt

Rockschneider

finden dauernde Beschäftigung (Probearbeit erwünscht)

Gebr. Lippmann & Co.

Karlstraße Nr. 59.

Für die Arbeiter-Jugend

Nr. 9 — Monats-Beilage — 1925

Aufruf.

Schafft Raum, brecht Bahn!
Der Tag rückt an.
Die Welt will blühen und gedeihn.
Laßt Licht herein!

Den Blick voraus, die Stirn empor!
Durch Nacht und Tod ans Licht hervor!
Der Tag ruft uns zu Tag und Pflicht
Und zum Gericht.

Schafft Raum, brecht Bahn!
Der Tag rückt an.
In roten Rosen will er stehn
Und uns als Sieger sehn. Karl Bröger.

Förderung der Jugend als politische Aufgabe.

„Die älteren Genossen zeigen der Jugendbewegung in den meisten Orten wenig oder gar kein Interesse."
(Aus einem Geschäftsbericht.)

Die Sozialdemokratische P ei ist keine Partei, die ein ar Gegenwartsforderungen d. Arbeiterklasse vertritt. Ihre ufgaben sind größer und weit a die Zukunft reichend. Das el der Sozialdemokratie ist der Sozialismus, d. h., sie will eine undlegende Umgestaltung der gegenwärtigen kapitalistischen ellschaftsordnung erreichen. Für dieses Ziel hat schon manche neration der Arbeiterklasse gekämpft und kein noch so großer ptimist wird bestreiten, daß noch manche neue Generation für ses Ziel wird kämpfen müssen. Darius ergibt sich, daß die Sozialmokratie nicht nur gegenwärtig große Kämpferscharen braucht, dern auch über die Gegenwart hinaus für die Zukunft sorgen ß. Sie muß darauf acht geben, daß immer wieder neue, frische treiter vorhanden sind, wenn die Alten vom Kampfplatz abten.

Dies ist der erste Grundsatz dafür, daß die Sozialdemokratie ihres großen Zieles willen sich um die Jugend bemühen ß. Der zweite Grund liegt in der Tatsache, daß die sozialische Arbeiterbewegung ja im Laufe der Jahrzehnte Fortritte errungen hat. Während früher die in ihr heranreifenden este fast vollkommen im Aufbau und der Führung der eigenen ganisationen aufgehen mußten und konnten, ist heute erforder, in vielerlei öffentliche Körperschaften und andere Einungen Vertreter, Mitarbeiter zu senden. Nicht nur mehr für eigenen Organisationen (deren Verwaltung und Führung em infolge ihrer riesigen Entwicklung gesteigertes Können ordert), sondern auch für die Gemeindevertretungen, Magistrate, triebsräte, Elternräte, als Beamte für die öffentliche Verltung, Arbeitsämter, Wohlfahrtseinrichtungen u. a. m. müssen ie Sozialdemokraten gestellt werden. Und zwar Tausende und ertausende, die alle tüchtige Leute, sattelfeste Sozialdemoten sein müssen. Sie müssen da sein, wenn die Erfolge der alistischen Bewegung ausgenutzt und, auf ihnen fußend, neue ege erstritten werden sollen. Es darf nie vergessen werden: e Generation der Arbeiterbewegung ist vorgedrungen, hat ie Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben erngen und damit die nachfolgende Generation vor neue, größere ifgaben gestellt. Das heißt: daß das Können der Arbeiterße mit ihrer wachsenden Macht mindestens gleichmäßig wachsen ß. Die nachwachsenden Generationen müssen dementsprechend chtet werden; in jeder neuen Generation muß die Arbeiterwegung über ihr bisheriges Können hinaus und breiter chsen.

Wenn die sozialistischen Arbeiterorganisationen dafür nicht t sorgen — andere tun es gewiß nicht. Im Gegenteil, mit cker Kraftaufwendung sucht das antisozialistische Bürgertum Jugend unter seinen Einfluß zu bringen. Wie schwach sind ere sozialistischen Jugendorganisationen noch gegenüber den tgerlichen. Allein in den kirchlichen Jugendverbänden stecken fünfzehnmal mehr Jugendliche; wer zweifelt daran, daß das os davon arbeitende Jugend ist? Diese Stärke ist gewiß zu ären, denn die Kirche verfügt über tausende Angestellte, die zur Jugendarbeit verpflichtet. Und wieviel Tausende von Lehrern gibt es, die aus eigenem Antrieb Herz und Sinn der Jugend immer wieder in die Vergangenheit lenken, der Reaktion dienstbar sind, anstatt die Jugend zu entflammen für eine aus neuen und besseren Idealen gestaltete Zukunft? Aber wenn auch erklärlich, wir dürfen uns mit dieser Tatsache nicht abfinden! Sie muß uns anspornen, mit all unseren Kräften dies Verhältnis zu ändern. Auch die Sozialdemokratie verfügt über tausende Mitarbeiter, die zwar nach des Tages Last und Müh ehrenamtlich für die Bewegung schaffen und stark belastet sind, aber dennoch, es muß auch geschafft werden, daß eine regere Unterstützung der Jugendarbeit eintritt. Das Interesse der Partei und, was damit ohne weiteres gleichbedeutend ist, der Sozialismus, fordert es gebieterisch.

Noch aus einem dritten und eigentlich nicht zuletzt zu nennenden Grunde müssen die Sozialdemokraten sich um die Jugend eifrigst bemühen. Der Sozialismus wird nicht nur in einer Reihe von Einrichtungen bestehen, rein organisatorischen Dingen, er fordert auch allerlei vom Menschen. Eine neue Lebenshaltung, die durchdrungen ist von Gemeinschaftsgeist, Verantwortung für alle Mitmenschen, die frei ist von allen Lastern der Unterdrückten, wie Ferdinand Lassalle ausrief. Also nicht nur Umgestaltung von Einrichtungen, auch die Umgestaltung des Menschen ist Aufgabe des Sozialisten. Erziehungsarbeit, auf dieses Ziel aus gerichtet, ist nicht weniger wichtig als politischer und wirtschaftlicher Kampfdienst.

Wenn dies alles wahr ist (und wer wollte es bestreiten?), und wenn weiter noch gesagt werden muß, daß die Sozialdemokratie und nur sie allein Schutz und Schirm der arbeitenden Jugend und deren Erlöserin aus ihrer wirtschaftlichen Not sein kann, ist es dann zuviel verlangt, wenn gefordert wird, daß Meldungen wie die oben als Motto angeführte, in Berichten von Arbeiterorganisationen nicht mehr vorkommen dürfen? In Zukunft muß das Wirken der sozialistischen Jugendorganisation von allen älteren Genossen und Genossinnen, die irgendwie dazu in der Lage sind, eifrigst gefördert werden. Es gibt vielerlei Möglichkeiten, das zu tun. Auch der kleinste Hilfsdienst ist von Wert.

Kundgebung der Jungsozialisten.

Wir bringen noch nachträglich diesen Bericht des „Hamburger Echos" über die bei unserem Jugendtag stattgefundene jungsozialistische Kundgebung, weil wir das Referat des Genossen Radbruch für wesentlich halten.

Die Kundgebung der Jungsozialisten, die am Sonntagmorgen in dem vollständig überfüllten Musiksaal des Gewerkschaftshauses stattfand, erreichte einen seltenen Grad an Wirkungskraft und Entschlossenheit. Das sparsam angesetzte, durch ein technisches Mißgeschick noch in günstiger Weise verkürzte Programm aus Dichtung, Rede und Musik war von einer packenden Schlichtheit und hohen Geistigkeit.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch Düsedau sprach Willy Kagelmacher die herrliche Dichtung des Belgiers Verhaerens „Die Menge" (in der Uebersetzung von Stefan Zweig) und einen der großen prophetischen Gesänge des Amerikaners Walt Withman.

Dann sprach

Professor **Dr. Radbruch**

über die „Staatliche und revolutionäre Aufgabe der Jugendbewegung", einer besonderen Bitte der Hamburger Jungsozialisten folgend, die ihm eigens dieses Thema mit seinem Widerspruch gegeben hatten. Radbruch wies sofort auf diesen Widerspruch zwischen „staatlich" und „revolutionär" hin, zeigte aber die Notwendigkeit und dialektische Fruchtbarkeit dieses Widerspruches, aus dessen Spannung die sozialistische Bewegung die eigentliche Kraft für ihren Vormarsch gewinnen müßte. Dabei seien es besonders die Jungsozialisten, die diese Spannung im Widerspruch, im lebendigen Kampf der Geister zum Ausdruck bringen müßten. Dies sei ihre Aufgabe, ohne Widerspruch und Richtungsstreit versäume die jungsozialistische Bewegung geradezu ihren Lebenszweck. Der hier genannte Widerspruch habe seine Wurzel in zwei Erscheinungsformen der Demokratie, die Radbruch als „Ideologie und Soziologie der Demokratie" bezeichnete. In der Ideologie (oder Theorie) zeige Demokratie die Gemeinschaft des sich selbst gesetzgebenden Volkes — in der Soziologie (oder Praxis) die Zerrissenheit des in gesellschaftliche Machtgruppen auseinander gerissenen Volkes. In der Ideologie zeige Demokratie die brüderliche Eintracht und gemeinsame Souveränität des Volkes — in der Soziologie zeige Demokratie

Jahrgang. — Nr. 218

ht

ichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

is: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text: gebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer ittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

nfonflikts.

nommen. — Niederschlagung den Marseiller Beschlüssen.

ledigt. Einige Anträge beziehen sich auf Fragen; sie wären dem Parteier Landtagsfraktion zu über-

äge inbezug auf die Boden- und Wohnungstung der bisherigen Tätigkeit der Fraktion nmen werden, ebenso ein Antrag Hannover terschutz. Andere Anträge zu diesen Fraktion als Material überwiesen werden, auf Vereinfachung und Vereinheitlichung tung aller Sozialversicherungsnen bitte ich auch diesmal wieder dem hung des Impfzwanges. Anzuntrag Breslau, der von der Fraktion ng nimmt gegen die Wünsche einsgruppen auf Sicherung von hrer Erzeugnisse, und ein weiterer ständige Amnestie aller politin bestimmter Kategorien fordert. Sämtauf Strafrechtsreform bitte ich der Fraktion weisen.

48 bitte ich, den Antrag Hilferding schleunigen Erlaß des betreffenden Ausder Maßgabe fordert, daß die Vollzugs- Militärbefehlshaber übertragen werden werden kann auch der Antrag, der den österreichs an Deutschland mit will. (Zuruf: Mit allen Mitteln?) Diese chen werden. (Zuruf Hermann Müller: en Mitteln!)

en auch die Anträge Karnak inbezug auf politik, Karsten zur Sozialpolitik Wahlverfahren im Reichswahlgesetz g aus Bielefeld über die Stellung der frage. Anträge in Bezug auf Berück- der Kleinhandwerker und Kleingewerbereichsgesetzliche Regelung der Vermögens- den ehemals landesfürstlichen Familien als Material zu überweisen. Dann isch bedeutsame Antrag Seydezer der Resolution Seydewitz haben nicht sequenz: sie müßten nämlich verlangen, außenregierung austreten, auf itung der Partei im heutigen eisten und allen direkten Ein- n bürgerlichen Parteien über- m Namen des Klassenkampfes. er der Klassenkampf hängt nicht von d nicht von Beschlüssen des Parteitages. ine geschichtliche Tatsache. Diese geleugnet, wir haben nie bestritten, daß de eine Reihe von Klassenkämpfen ist. aber unsere Politik wird nicht erfolgreicher, wenn in jedem Satz das Wort Klassenkampf vorkommt. Der Antrag Seydewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagworte festlegen. Wir hingegen wollen im bisherigen Geiste weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und uns ihr Vertrauen schenken. (Lebh. Beifall.)

In der Abstimmung werden **die Anträge durchweg nach dem Antrag des Berichterstatters erledigt.** Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Keil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschlossen. **Die Resolution Seydewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.** (Beifall.)

Zum vierten Punkt der Tagesordnung:

„Probleme der europäischen Politik und Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Marseille

erstattet den Bericht:

Genosse Crispien:

Der Krieg hinterließ uns als Problem die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Schutz der nationalen Minderheiten, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen. Die Verzögerung der Lösung dieser Fragen entspringt dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Menschen friedlich vereinigen und die Lebensinteressen der breiten Massen schützen will. Dieselbe Arbeiterklasse, die 1914 in den Krieg gerissen worden ist, mußte 1918 den Kampf um den Frieden aufnehmen. Inzwischen waren tiefe Abgründe zwischen den Völkern aufgerissen. Auf der einen Seite standen die Siegerstaaten, die die besiegten Staaten vollständig zertreten wollten. Auf der anderen Seite mußten die zusammengebrochenen Staaten um das nackte Leben ihrer Menschen kämpfen. Dazu kam, daß die Politik der Bolschewisten sich ausschließlich gegen die Sozialdemokraten richtete und die Zerklüftung und Verwirrung in der Arbeiterklasse selbst und die Fülle der Illusionen, namentlich bei den Schichten, die neu in die politische Bewegung geschoben waren und noch nicht gelernt hatten, politische Rechte durch Opfer selbst zu erobern oder selbst ver-

en und unbesetzten Gebiete eine Schicksalsgemeinschaft bestehen Zum zweiten Male war Ebert am 10. August vorigen s in der Provinzialhauptstadt Münster. Es waren die wo die Regierung Marx versuchte, den besetzt gewesenen en die Freiheit wiederzugeben. Nur die vor fünf en eingeleitete Auslandspolitik machte es möglich, den Reichspräsidenten und die tsminister in Westfalen begrüßen zu en. Die allgemeine Not der Bevölkerung verbiete, hende Feste zu feiern.

Nachdem der Oberbürgermeister von Bochum im Namen der den Reichspräsidenten und die Minister begrüßt hatte, nahm inisterpräsident Preußens, Genosse Otto Braun, das Er wurde von zahllosen schwarz-rot-goldenen Flaggen und Reichsbanner mit stürmischem „Frei-Heil" begrüßt. Wenn Ruhrgebiet, erlöst von drückender Fremdherrschaft, heute frei atmen könne, so verdanken wir das gewiß in erster der Pflichterfüllung und dem Widerstandswillen der erung. Wir verdanken es aber auch der zielßten, vom ehrlichen Verständigungswillen genen Reichsregierung Marx, die durch ihr ten und ihr verantwortungsbewußtes Verhandeln bei der ner Konferenz einen völligen Umschwung in dem Denken ehemaligen Gegner herbeiführte. Die preußische Staatsung wird im Interesse der Bevölkerung von Rhein und zum Besten Preußens und des Reiches zu jeder Zeit Seite ite stehen mit jeder Reichsregierung, welche die seit der oner Konferenz beschrittenen Wege konentweitergeht.

Sodann dankte der Reichspräsident von Hindenburg für grüßung, die Westfalen ihm und den Vertretern der Reg bereitet habe. Er nehme dem Ruf entgegen, als eine dung der Treue zum Staat und Reich.

Die Veranstaltung im Rathaus war von den Farben schwarzd beherrscht. Die Minister, insbesondere die der Preußen, waren Gegenstand lebhafter Ovationen. Hinden- der ein schwarz-rot-goldenes Abzeichen im itsch trug, hatte an den Gräbern der Opfer des Ruhrs Lorbeerkränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen niederlassen. Das Reichsbanner unternahm im Anschluß an die ebung einen Umzug durch die Stadt, wobei die schwarz-rotnen Fahnen der zahlreichen Deputationen von der Bevölkemit lautem Jubel begrüßt wurden.

der arbeiter. Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen."

Meine Annahme, daß ernste Meinungsverschiedenheiten oder gar Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion in den Kreisen der Parteigenossen nicht bestehe, ist durch die Diskussion bestätigt worden. Kritik ist in der Hauptsache nur aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Auch der Antrag Priem, wonach man für Abschaffung der Reichswehr wirken soll, ist wenig durchdacht. Es würde die Werbekraft der Partei sicher nicht verstärken, wenn wir die Abschaffung auch noch des Heeres von 100 000 Mann, das uns die Siegermächte gestattet haben, fordern würden in einer Situation, wo die Großstaaten Europas einschließlich Rußlands bis an die Zähne gerüstet sind. Wenn Priem statt dessen die Einführung einer republikanischen Reichspolizei fordert, so müßte dann dazu die Einstellung der Genossen eine andere sein, als sie in weiten Kreisen der Partei bei Gründung der republikanischen Reichswehr war. (Sehr gut!) Sonst würden wir auch dabei eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. An schärfster Kritik der Reichswehr haben wir es gewiß nicht fehlen lassen, aber die Parteigenossen dürfen auch nicht in jedem Uniformierten ein Werkzeug der Reaktion erblicken. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vielmehr bemühen, die Reichswehr zu einem wirklichen Organ der Deutschen Republik auszugestalten. (Sehr gut!) Die alte Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" können wir hier nicht mehr anwenden. Eine Ablehnung des Reichswehr-Etats wäre im übrigen nicht möglich, weil es Sonderabstimmung über einzelne Etats nicht gibt. Bei **der Abstimmung des diesmaligen Gesamtetats** wird die Fraktion diesmal selbstverständlich mit Nein stimmen.

Anzunehmen wäre der Antrag, der die Gleichstellung der Geschlechter insbesondere im Beamtenrecht verlangte. Dagegen bitte ich, den Antrag von Rheinhausen abzulehnen, der von der Reichs- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die loyale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgibt und zum traditionellen Klassenkampf übergeht. Das würde eine Verwirkerung der bisherigen Taktik bedeuten. Ein Antrag, der fordert, daß alle Maßnahmen gegen das bayrische Konkordat ergriffen werden, ist eigentlich überflüssig, kann aber der Fraktion überwiesen werden. Zur Schulfrage empfehle ich die Fassung des Antrages Müller. Durch seine Annahme werden die Anträge Breslau und Löwenstein

Stadt-Theater.

„Cavalleria rusticana". — „Der

Die beiden Stücke (Mascagni und nicht nur wegen ihres Umfanges meistens sondern sie passen auch stilistisch in ihrer Theatralik zueinander. Nachdem bei uns im dem „Bajazzo" zuweilen ein Ballett stand, jetzt wieder festgehalten worden. Die Santu schaft und vollem kernigen Ton Berta Ebn entsprach aber ebensowenig wie Paul Me Darstellung eines „jungen" Bauernpaares muß wirksamer zu Hilfe gezogen werden. F mimte eine frische Lola, deren Koketterie i Den Bajazzo gab Peter Unkel. Nachdem von ihm hörten und nach der Feststellung, Lyrische. Arnold Georgensky, keine Vollkra Bewußtsein der noch nicht gelösten Tenorfr beiden durch eifriges Studium die Unebenh beseitigt haben, kann auf lückenlose Erfolge n Gesang Unkels Canio schon etwas besser als er doch gegen die Höhe kämpfen und erobe was selbstverständlicher Besitz sein mußte. wollen aber engumgrenzten Mittellage darf nicht genügen. Fände man sich mit dem G dann jäh eine durchaus verschwomm.

Wir n

Um durchzuhalten, muß
billig ist. Letzteres ist bei

Wiemo

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund.

Am 14. September starb unser Mitglied, d Ofensetzer

Karl Lindner

im Alter von 56 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 17. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Salvator-Friedhofes, Ende Lohestraße.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse Sprachschranken! Lernt Weltsprache **Esperan** die von Arbeitern aller Nati gesprochen und verwendet

Ausschneiden!

Dieser

Gutschein

der

Eckersdorff-Etage

Ring 7 (Kurfürstenseite)

Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren

wird mit

10 %

für sämtliche Wollwaren u. Trikotagen bis zum 30. September in Zahlung genommen.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Herren- u. Damenräder

auch auf Teilzahlung

gibt ab Fahrradhandlung, Breslau, Neumarkt 28. 3923

Nur um Geld zu schaffen, daher so billig!

Bettücher-Barchent und Kretas, prachtvolle Ware 3.75 **3.10**

1 Zelteli, jederzeit, einfarbig, 2 m lang nur **8.00**

Bettfeder-Betten in weiß wie auch in bunt, 1a Ware, 2 m lang nur **5.50**

Bettbezüge mit 2 Kissen und Gar. fest. Damt, 2 m lang nur **10.00**

Kinderbetten, weiße Wolle, prima Damt für Erwachsene **3.75**

Für Kinder . . . . . nur **4.25** m

prima Bettfedern-Kochfedern **3.50**

Prima Mauschelkissen, 1a Inlett, Inlage und Bruches **8.50**

Normalhosen in schwerer Winterqualität **2.10**

Normalhemden schwere Winterware, mit doppelter Brust **2.90**

Herrenunterjacke Winterware nur **2.15** m

Wollunterröcke und -Hosen, Winter Qualität **3.00**

und vieles andere zu bis

Manneberg

Reuschestraße 1, 1

Sanitäts-Rat

Dr. F. Hengstmann

Facharzt für Chirurgie

Kaiser-Wilhelm-Str. 28/30

Weckeruhren

mit Leuchtzifferblatt

Prima Stentorgong

staubdicht abgeschlossen

zu billigsten Preisen

Schriftliche Garantie

Paul Alter

Uhren u. Goldwaren

Kupferschmiedestraße 17, am Hilbe-Schauspielhaus

Fahrräder

auf Teilzahlung

gibt ab Fahrradhandlung

Schweidnitzerstraße 7

an der Stadtbahn

Sekt, Cognac, Rum u. Liköre bei **D. Kochmann**

Breslau I nur Weidenstraße 25

Druckerei Volkswacht

Ausführung aller Drucksachen

Breslau 2 Gluxstraße 4/6

Feinste Tischler-Arbeit, Kommoden 90 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. 4126 Kernseife 700 Gramm 65 Pf.

Berthold Lippert,

Heinrichstraße 16.

Möbel Ergänzungs-Stücke aller Art, Büfetts, Schreibt., Schränke, Bettstellen, Küchen, Schlaf- und Speisezimmer 3945 aus erster Hand **billiger.** besser u. Großes Lager, Garantie, Zahlungserleichterung.

G. Fuchs

Tischlermeister

Alexanderstr. 24, hof links und Gr. Fürstenstraße 7, 1, an der Tiergartenstraße.

Buchhdlg. Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 1, Ohlauerstraße 5

Speisekartoffeln

liefert jetzt und im Frühjahr direkt an den Verbraucher.

Meldungen erbitte bald an

Dominium Sacherwitz,

Kreis Breslau.

Parteifreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Zeitung zu verlangen

Arbeitsmarkt

Händler f. Erdöl Seife bei Lippert, Heinrichstraße

Ofensetzer

können sich melden

Schweidnitzerstr. 1

Fantasiehutarbeiterinnen

in und außer dem Haus, für lohnende Beschäftigung per sofort gesucht von

Hutfabrik Körber

Reuschestr. 51, Niepoldshof, Port. IV.

Monteur-Anzüge . . Mk. 6.75

Arbeits-Hosen . . . „ 4.45

Berufs-Kleidung

Wilhelm Knauerhase

Breslau 1, Reuschestraße 16

Kaufen Sie bei mir, statt 5% Rabatt

Rockschneider

finden dauernde Beschäftigung (Probearbeit erwünscht)

Gebr. Lippmann & Co

Karlstraße Nr. 30.

das im Klassenkampf um die gesellschaftliche Macht unter einander ringende Volk. Die eine Richtung im Jungsozialismus trachte Ideengehalt und zukünftige Möglichkeit der Demokratie herauszuarbeiten, daher ihr vorwiegendes Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold — die andere Richtung trachte die soziologische Tatsache des Machtkampfes der Klassen innerhalb der Demokratie stärker herauszuarbeiten, daher ihr vorwiegendes Bekenntnis zu Rot. Aber beide Perspektiven auf die Demokratie, einmal als Idee und Zukunft, zum anderen als Tatsache und Gegenwart, gehören mit ihrem dialektischen Widerspruch gegeneinander zusammen und haben irgend einmal die höhere, überwindende Einheit gemeinsam zu erzeugen. So widersprechen sich gewiß Schwarz-Rot-Gold und Rot, aber sie schließen einander nicht aus. Sie sind berufen, im Austrag ihrer Spannung zueinander, Ideelles und Zukünftiges einmal zum Wirklichen und Gegenwärtigen werden zu lassen. Es handelt sich hier um denselben Widerspruch und dieselbe Spannung, die die materialistische Geschichtsauffassung erzeugt, indem sie die soziologische Bedingtheit der Ideen zeigt und zu gleicher Zeit die Kraft und Bedeutung aller ernstgenommenen und wirklich geglaubten Idee betont. Die Demokratie ist aber heute nicht nur Idee, als Praxis ist sie immerhin die entscheidende Möglichkeit zur Verwirklichung der Idee. Denn die Demokratie versagt sich keiner gesellschaftlichen Machtverschiebung — sie bedeutet Freisetzung der soziologischen Kräfte. Ist das Uebergewicht der Kräfte kapitalistisch, so ist die Demokratie kapitalistisch. Ist das Uebergewicht der Kräfte sozialistisch, so ist die Demokratie sozialistisch. Der Stimmzettel ist nicht Grundlage, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Macht. Daher braucht die Arbeiterschaft neben dem Wählerfolg — oder besser: als Voraussetzung des Wahlerfolges starke Klassenkampforganisationen, also starke Gewerkschaften, starke Presse, starkes Reichsbanner und im Notfall eine gewaltige Menge auf der Straße. Ein Parlament ist wie eine Börse: die politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Verschiebungen werden dort nur registriert, nicht geschaffen.

Diesen klaren und unerhört sicheren Ausführungen des Redners folgte tosender Beifall. Dann gab ein Oktett des Stadttheaterorchesters mit drei Sätzen von Schubert der wundervollen Veranstaltung einen ergreifenden Abschluß.

Viel bemerkt wurde bei dieser Veranstaltung die Anwesenheit des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe, der von vielen freudig begrüßt wurde.

Die letzten Asepeter und die Kommunisten auf unserem Jugendtag.

Sie durften selbstverständlich nicht fehlen, wenngleich ihr Auftreten auch erheblich bescheidener war als bei früheren Gelegenheiten. Im großen ganzen beschränkten sie sich auf die Verteilung von einigen Flugblättern, die — wir können das mit völliger Sicherheit behaupten — auch nicht einen Jugendtagteilnehmer seiner Organisation untreu gemacht haben. Was für schlechte Psychologen sind doch z. B. die Leute, die noch immer stolz den guten Namen Sozialistische Proletarierjugend Deutschlands für sich in Anspruch nehmen, obgleich diese Organisation vor nunmehr fast drei Jahren in freiem Entschluß sich mit der Arbeiterjugend zu unserem heutigen Verbande vereinigte. Sie wissen in einem Aufruf an uns nichts besseres zu tun als die alte „Führer"-Hetze nach bewährtem Rezept gegen die Genossen Ollenhauer, Weyhal usw. anzustimmen. Sie ahnen nicht, daß in der Jugend noch stärkere Bindungen persönlicher Art zwischen den Mitgliedern und den führenden Genossen bestehen als etwa in Partei und Gewerkschaften. Wenn etwas nach unserer Meinung schlecht sein sollte in unserem Verbande, dann werden wir das unter uns abmachen in jugendgenössischem Sinne und Geiste. Die Urteile außenstehender Schwätzer aber kümmern uns wenig.

Die Kommunistische Jugend vollends setzte uns in Hamburg neben ähnlichem Führergeschimpfe Forderungen vor, wie gemeinsames Eintreten für finanzielle Unterstützung der streikenden chinesischen Arbeiter, gemeinsame Demonstrationen und Kundgebungen für den Freiheitskampf des chinesischen Volkes gegen die verbündeten Imperialisten, für den Freiheitskampf der Rifkabylen gegen den französischen Imperialismus.

Näher liegende Kampfobjekte werden für die deutsche Arbeiterjugend kaum gefunden werden können. Deutlicher konnte die K. J. nicht beweisen, welch völlige Verständnislosigkeit in ihren Reihen herrscht gegenüber dem Wesen der Jugend und den Aufgaben ihrer Organisationen.

Ihren vielen Worten aber über die Herrlichkeiten Sowjetrußlands war um so weniger zu trauen, als wir zur selben Zeit eine Ausstellung der illegalen Literatur unserer russischen Jugendgenossen sahen, die, aufs härteste verfolgt, kaum die Möglichkeit haben, einige kümmerliche, technisch mit primitiven Mitteln hergestellte Flugzettel zur Propagierung ihrer Ideen unter ständiger Lebensgefahr in die russische Arbeiterschaft zu bringen. Wir lasen gleichzeitig einen erschütternden Notschrei derselben Genossen, in dem es u. a. hieß:

Tausende von unseren Jugendgenossen schmachten in der Verbannung und in Gefängnissen der Sowjetregierung. Die Kommunisten, die auch vom russischen Paradies blaue Wunder erzählen, verschweigen die traurige Wirklichkeit. In Rußland wird auf dem Grabe der kommunistischen Illusionen die Herrschaft des Kapitalismus wieder aufgerichtet.

Dank dem Protest des internationalen sozialistischen Proletariats ist das schlimmste der Sowjetgefängnisse, die berüchtigten „Solowki" im Weißen Meer, abgeschafft worden. Nichtsdestoweniger wütet der Terror weiter, und erst vor kurzem sind wieder 300 unserer Jugendgenossen verhaftet worden. Gegenwärtig befinden sich zweitausend jugendliche Sozialisten in der Verbannung und in Gefängnissen der kommunistischen Regierung.

Deutsche Arbeiterjugend! Wir fordern dich auf, unsere Jugendgenossen in ihrem Kampfe um Freiheit und Recht, für Amnestie für politische Gefangene zu unterstützen!

* * *

Bei Gelegenheit des internationalen kommunistischen Jugendtages am 6. September kauften sich einige unserer Breslauer Mitglieder die „Junge Garde" und lasen darin noch nachträglich mit großem Vergnügen den Bericht über unseren Jugendtag. Dann erfuhren wir dann endlich, daß wir in Hamburg keine Kampflieder gesungen haben, daß wir schlapp marschierten, daß einzig ein Demonstrationszug der Kommunistischen Jugend in Hamburg Eindruck machte, daß wir angesichts der kommunistischen Pracht in Ehrfurcht verstummten und uns um die kommunistischen Flugblätter rissen. Schließlich haben sich viele von uns an einer Protestdemonstration beteiligt, die die Kommunisten gegen uns Geßnungsfreunde veranstalteten!!!

Es ist nur ein Wunder, daß unsere Breslauer sind Freunde diesen blühenden Blödsinn noch nicht in der „Arbeiterzeitung" nachgedruckt haben. Aber vielleicht ist ihnen die geschwellte Brust doch etwas eingefallen und sie sind bescheidener geworden, nachdem der Zug am Jugendtag ihre zahlenmäßige Unbeachtlichkeit uns Zuschauern von der SAJ. wieder einmal demonstrierte.

Das internationale Lager in Chevreux bei Paris.

Dieser Bericht stammt aus den Kreisen der „Weltjugendliga". Diese internationale pazifistische Arbeitsorganisation entstammt in ihrem deutschen Verband der radikalen bürgerlichen Jugendbewegung, zählt aber bereits eine ganze Reihe sozialistischer Mitarbeiter zu ihrer Arbeitsgemeinschaft; in Frankreich gehört ihr speziell die radikale Gruppe des Marc Sangnier an, in Amerika wie in England zählen dazu die pazifistischen Jugendorganisationen und oppositionelle Studentenbünde, die besonders in Amerika wegen der militärischen Haltung der Universitäten einen schweren Stand haben. In der ganzen Welt verbreitet sich diese mutige Organisation der konsequenten jugendlichen Pazifisten, die durch das Erlebnis internationaler Verbundenheit und ihre politischen Forderungen immer mehr ins sozialistische Lager gedrängt werden.

Anfang August fand in Chevreux bei Paris ein internationales Treffen pazifistischer Jugend statt. Von Deutschland reisten ungefähr 40 Angehörige der verschiedenen pazifistischen Jugendorganisationen dorthin. Auf der Reise durch Frankreich sowie als auch bei den Spaziergängen durch Paris fanden wir überall selbstverständliche Höflichkeit und freundliches Entgegenkommen. Eine Stunde Fahrt mit der Kleinbahn führte uns aus der Großstadt hinaus in eine Landschaft, die viel Verwandtes mit der holsteinischen hat, und dann zogen wir über Chaussee und Feldwege mit englischen Kameraden, die uns abholten, zum internationalen Lager, dessen Zelte schon von weitem zu uns herüberleuchteten. Holländer und Franzosen verteilten uns auf die verschiedenen Zelte, und damit waren wir in diesen Kreis von Menschen aufgenommen, der zeigen wollte, daß trotz der Verschiedenheiten in Charakter und Wesen der verschiedenen Nationen ohne weiteres freundschaftliches Leben miteinander möglich ist, weil alles wirklich tiefe Lebensgefühl bei allen aus derselben Wurzel emporwächst. Darum war hier im Gegensatz zu den Konferenzen, die jährlich in den verschiedenen Ländern stattfinden, bei denen meistens nach den Vorträgen alles auseinanderstrebt, der Hauptwert auf das Zusammenleben gelegt. Vorträge und Diskussionen sollten vor allen Dingen die Menschen zusammenführen. Dieses Ziel ist in glänzender Weise erreicht worden. Wir waren wie eine große Familie: Franzosen, Deutsche, Amerikaner, Engländer, Holländer, Belgier, Schweizer, Chinesen und Inder — Menschen aus den verschiedensten Ländern und Berufen. Das Leben war so einfach wie möglich gestaltet. Auf weitem Wiesenhang waren Zelte für je 10 bis 12 Personen errichtet. In unserem Zelte schliefen Engländer, Franzosen, Amerikaner, Schweizer, Holländer und Deutsche. Ein freier, fröhlicher Ton knüpfte die ersten Bindungen. Der Wille, dem anderen entgegenzukommen, nahm viele Schwierigkeiten weg, die besonders durch das bunte Sprachgewirr entstanden. Die Vorträge, die sich

...ders mit deutsch-französischen Problemen beschäftigten, wurden ...die Hauptsprachen übersetzt. Am Sonntag kam der achtzig-...rige französische General Percin, um der Jugend seine Freude ...zu zeigen über das neue Leben. Die wunderschönen August-...tende sammelten uns am Lagerfeuer, das Abend für Abend in ...der Mitte unserer Zeltstadt aufleuchtete, und dann klangen alte, ...schöne Volks- und Friedenslieder der verschiedenen Nationen in ...die Nacht hinaus, darunter von allen gemeinsam gesungen die ...herrliche „Internationale". Wir glaubten an die internationale ...Verbundenheit der Menschen, wir hatten sie im Tiefsten erlebt, ...als aus den verschiedenartigen Gruppen eine Gemeinde wuchs, ...die sich die Hände zum Schwur gab, nie wieder am Kriege teil-...zunehmen.

Das feiste Alkoholkapital?

Die Bierflut steigt unaufhörlich. Im Jahre 1919 hat ...das deutsche Volk knapp 26 Millionen Hektoliter Dünnbier ge-...trunken, im Jahre 1924 sind 37 Millionen Hektoliter von dem ...„guten" Vollbier durch die durstigen Kehlen geflossen. Noch ein ...paar Jahre, und der Friedensverbrauch ist erreicht. Vor dem ...Kriege wurden rund 750 000 Hektar fruchtbaren Ackerbodens zur ...Erzeugung der Rohstoffe für die Bierherstellung verwendet. Heute ...sind es bereits wieder 500 000 Hektar, die ausschließlich den ...Brauereien die Materialien, Gerste und Hopfen, liefern müssen. ...Auf dieser Fläche kann eine Menge Roggen gebaut werden, die ...zur Ernährung von fast sieben Millionen Menschen ausreichen ...würde. Die Brauereien machen also seit Jahren wieder gute ...Geschäfte. Während andere Industriezweige große Verluste ...erlitten haben, konnten die meisten Brauereien, besonders die ...Aktiengesellschaften, ihr Kapital vergrößern. 25 Brauereien, deren ...Aktien an der Berliner Börse amtlich notiert werden, haben ihr ...Aktienkapital seit 1913 von 62,9 auf 93,2 Millionen Mark erhöht. ...Dabei sind die stillen Reserven noch gar nicht einmal in Rechnung ...gestellt. Einige Beispiele für das Wachstum der großen ...Brauereien:

	Das Aktienkapital in Millionen Mark	
Berliner Kindl-Brauerei	4,—	5,1
Dortmunder Aktien-Brauerei	3,18	11,1
Dortmunder Unionbrauerei	4,—	15,—
Engelhardt-Brauerei	2,—	12,—
Felsenkeller, Dresden	3,—	9,—
Holstenbrauerei	2,5	8,—
Paulaner Bräu-Salvator	2,9	5,87
Schultheiß-Patzenhofer	22,2	25,—

Auch das Schnapskapital ist nicht gerade magerer geworden. ...Die „Ostwerke", früher Breslauer Spritfabrik, haben ihr Aktien-...kapital von 5,45 auf 26,5 Millionen Goldmark erhöht, die Firma ...Schibaum kam von 3 auf 21 Millionen Goldmark. Hermann ...Meyer & Co. („Keine Feier ohne Meyer!") schüttet eine Divi-...dende von 10 Prozent auf die Stammaktien aus. Die Nutz-...nießer der Trinksitten dürfen zufrieden sein.

(Aus der „Jungen Gemeinde".)

Die Kehrseite.

Als der Hauptausschuß des Reichstags in einer Resolution ...verlangte, daß das am 18. Februar geforderte Schutzgesetz gegen ...die Alkoholfrage dem Reichstag bald vorgelegt werden solle, richtete ...der Leiter der Anstalt in Eckardtheim, Bezirk Minden, ein ...Schreiben an die Reichstagsfraktionen, dem wir folgendes ent-...nehmen: „In Eckardtsheim allein sind nahe 1000 Pfleglinge, ...unter denen die meisten Opfer des Alkoholmiß-...brauchs sind: Geisteskranke, Geistesschwache, Serienkranke, ...Willensschwache, Arbeitsscheue, Haltlose, minderwertige Gemein-...gefährliche und Sieche aller Art füllen hier unsere Häuser. ...Frauen, Männer, Väter aller Berufsstände, die durch den Alkohol ...verdorben, sind hier zu finden. Hier liegt eine der schrecklichen ...Wunden, die der Alkohol unserem Volke schlägt, offen vor aller ...Augen. Hier kann man es mit Händen greifen, daß die Folgen, ...die durch den Alkoholmißbrauch Jahr um Jahr hervorgerufen ...werden, unser Land und Volk schwer schädigen. Darum rufen ...wir im Namen des großen Alkoholelends, das uns hier umgibt: ...Helfen Sie, die Flut des Verderbens einzudämmen; treten Sie ...ein für das Gemeindebestimmungsrecht." Hoffentlich hören ...die Reichstagsabgeordneten mehr auf diese Stimme der Not als ...auf die Stimme des Alkoholprofits.

Neue Kurse im Friedrich-Ebert-Heim auf Tännich.

Im Reichsferienheim der Sozialistischen Arbeiterjugend ...werden in den kommenden Monaten u. a. die folgenden Kurse ...durchgeführt: Vom 20. bis 26. September Arbeitswoche der Jung-...sozialisten, vom 4. bis 10. Oktober der Reichsarbeitsgemeinschaft ...der Kinderfreunde. — Vom 27. September bis 3. Oktober läuft ...im Heim ein Kursus für die Thüringer Arbeiterbildner. — Vom ...... bis 18. Oktober werden voraussichtlich die Bezirksleiter des ...Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend ihre diesjährige ...Arbeitsaussprache in Tännich abhalten. — Wegen Beteiligung ...an den vorgenannten Veranstaltungen wende man sich an die ...leitenden Körperschaften der betreffenden Organisation.

Die „Volkswacht" als Eigenbetrieb der Arbeiterbewegung.

Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft muß jeder Betrieb im Kampfe (Wettbewerb) mit den Betrieben seiner Produktions- oder Verteilungsgruppe sich seinen Platz erobern, zu behaupten und auszubauen versuchen. Diesen Satz bitte ich, sich genau einzuprägen und sich seiner zu erinnern, wenn Vergleiche zwischen den heutigen Einrichtungen unserer Eigenbetriebe mit den von uns zu erreichenden Zielen oder auch nur gewerkschaftlichen Forderungen gezogen werden! Selbstverständlich gilt er gleichmäßig für alle Gruppen unserer Eigenbetriebe, gleichgültig, ob es sich um gewerkschaftliche, Partei- oder modern-genossenschaftliche (Konsum- und Produktions-Vereinsbetriebe unserer Richtung handelt.

Wenn wir uns heut die Entwickelung unseres Breslauer Parteiunternehmens, welches die Firma „Volkswacht", Druckerei und Verlag G. m. b. H., trägt, etwas näher ansehen wollen, so müssen wir, um zu den Tagen seiner Gründung zu kommen, in längst vergangene Zeiten zurückblicken. Aus den „Schlesischen Nachrichten", einem Wochenblatt, das noch unter dem Sozialistengesetz 1887 gegründet wurde, ist am 1. November 1890 die „Schlesische Volkswacht" als Verlagsunternehmen hervorgegangen und bis zum Ende des Jahres 1920 sind „Volkswacht" und alle ihre Kopfblätter in der Druckerei Th. Schatzky hergestellt worden. Ihr Verbreitungsgebiet umfaßte in den ersten Jahren des Bestehens fast den ganzen Osten bis hinauf nach Königsberg und westlich weit in die Lausitz hinein, während südlich die Landesgrenze den Bezirk beschloß. Mit der Belebung der Parteibewegung in den einzelnen Provinzen, und den sich herausbildenden Industriegebieten ist durch Gründung von Parteiblättern der Bezirk stetig eingeschränkt worden, bis er die heutigen Grenzen erhielt. Sehr schnell erwarb sich unser Kampforgan nicht nur die besondere Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft und der Polizeiorgane, sondern es scharte eine stattliche Zahl treuer Abonnenten um sich und stets hat die Zahl der Leser der „Volkswacht" ein Vielfaches ihrer Bezieher betragen! So ist sie zur schärfsten Waffe der Arbeiterschaft im Osten gegen Willkür und Unterdrückung geworden und viele Jahre Gefängnis und große Summen an Geldstrafen bezeugen, daß Klassenregierungen und Unternehmeregoismus sie wütend bekämpft haben und dies bis heute eifrig fortsetzen.

Wie es in den meisten Proletarierfamilien Brauch, hat auch die Volkswacht viel Kinder gehabt; aus dem Gedächtnis heraus könnte ich zehn namentlich nennen, ohne daß ich für die Vollständigkeit dieser Liste stehen kann. Einige von ihnen sind zeitig gestorben, so das „Posener Tageblatt" und die „Grünberger Volkszeitung", während sich andere gut entwickelt haben und wirtschaftlich früher erstarkt sind als das Mutterblatt. Die „Schlesische Bergwacht", Waldenburg, vorher die Görlitzer Genossen konnten sich viele Jahre vor der „Volkswacht" eigene Druckereibetriebe gründen und erfolgreich weiter führen.

Wirtschaftlich ging es unserer Zeitung in den ersten dreizehn Jahren ihres Bestehens recht mäßig mitunter auch einmal noch weniger gut, aber seit 1903 setzte ein langsamer Aufstieg ein, der 1906 durch die große Aussperrung der damals Linkeschen Waggonfabriken, welche einen erheblichen Abonnentenzuwachs brachte, einen neuen Antrieb erhielt und sich stetig fortsetzte.

Sobald es die Kassen- und Personalverhältnisse erlaubten, wurde ein „Vertrieb sozialistischer Schriften und Bücher" eingerichtet. Da aber in den ersten Jahren der Verleger neben seiner eigenen und Expediententätigkeit oft in der Redaktion und außerdem noch sehr viel agitatorisch tätig sein mußte, kam es erst Mitte 1909 nach langsamer aber erheblicher Vermehrung der bisher Tätigen zur Angliederung einer Buchhandlung, für die im Jahre 1914 nach Vermehrung des Lagers besondere Verkaufsräume beschafft wurden, in denen sie sich heute noch befindet. Die geschäftliche Entwicklung dieses Zweiges ist durchaus zufriedenstellend. 1911 erhielt das Unternehmen die heutige Firma und die Form einer G. m. b. H. Ein Jahr später wurde zur Errichtung einer eigenen Druckerei das damalige Restgrundstück des Gewerkschaftshauses, Maragreienstraße 17, erworben, aber 1919 an die Baugesellschaft Gewerkschaftshaus wieder zurückgegeben und ein mehrere Grundstücke umfassender Gebäudeblock Taschenstraße—Harrasgasse—Weidenstraße angekauft und dort die Genehmigung zum Bau einer Druckerei nachgesucht, die zunächst unter Vorbehalt auch erteilt wurde! Aber nach einem von Haß und Neid sprühenden Artikel in der „Schlesischen Zeitung" wurde die endgültige Baugenehmigung versagt. Nun ging es wieder auf die Suche nach geeigneten Grundstücken, bis es 1920 gelang, die Grundstücke Flurstraße 4/6 und hintere Grünstraße 46 anzukaufen und dort nach umfassendem Umbau eine moderne Druckerei zu errichten, die mit Beginn des Jahres 1921 in Betrieb genommen wurde. Ausgerüstet wurde sie mit einer großen (64seitigen) Zeitungsrotationsmaschine neuester Bauart, welche mit vier Werken eine Leistung von 36 000 bis 40 000 16seitige Zeitungen stündlich herstellt und besitzt heute außer zwei Schnellpressen, eine große Zweitouren-Schnellpresse für Illustrationsdruck, drei Tiegeldruckpressen und acht Linotype-Setzmaschinen, eine neue Hochglanz-Druckmaschine, eine neue modernste Schnellgußanlage, einen Rohölmotor mit Dynamo als Betriebsreserve, falls die

Jahrgang. — Nr. 218

...ht

...chen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

...eis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text: ...gebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, ...und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro ...fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer ...ittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition ...4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

...ntonflitts.

...nommen. — Niederschlagung ...den Marseiller Beschlüssen.

...ledigt. Einige Anträge beziehen sich auf ...Fragen; sie wären dem Partei-...er Landtagsfraktion zu über-...

...äge inbezug auf die Boden- und Wohnungs-...tung der bisherigen Tätigkeit der Fraktion ...nommen werden, ebenso ein Antrag Hannover ...terschutz. Andere Anträge zu diesen ...Fraktion als Material überwiesen werden, ...auf Vereinfachung und Vereinheitlichung ...tung aller Sozialversicherungs-...nen bitte ich auch diesmal wieder den ...ung des Impfzwanges. Anzu-...antrag Breslau, der von der Fraktion ...ng nimmt gegen die Wünsche ein-...gruppen auf Sicherung von ...ihrer Erzeugnisse, und ein weiterer ...lständige Amnestie aller politi-...n bestimmter Kategorien fordert. Sämt-...auf Strafrechtsreform bitte ich der Fraktion ...weisen.

...48 bitte ich, den Antrag Hilferding ...schleunigen Erlaß des betreffenden Aus-...der Maßgabe fordert, daß die Vollzugs-...n Militärbefehlshaber übertragen werden ...werden kann auch der Antrag, der den ...österreichs an Deutschland mit ...will. (Zuruf: Mit allen Mitteln?) Diese ...chen werden. (Zuruf Hermann Müller: ...ten Mitteln!)

...en auch die Anträge Karnak inbezug auf ...politik, Karsten zur Sozialpolitik ...Wahlverfahren im Reichswahlgesetz ...g aus Bielefeld über die Stellung der ...frage. Anträge in Bezug auf Berück-...der Kleinhandwerker und Kleingewerbe-...eichsgesetzliche Regelung der Vermögens-...den ehemals landesfürstlichen Familien ...als Material zu überweisen. Dann ...isch bedeutsame Antrag Seydewitz ...er der Resolution Seydewitz haben nicht ...Konsequenz: sie müßten nämlich verlangen, ...außenregierung auftreten, auf ...tung der Partei im heutigen ...sten und allen direkten Ein-...n bürgerlichen Parteien über-...m Namen des Klassenkampfes. ...er der Klassenkampf hängt nicht von ...nicht von Beschlüssen des Parteitages. ...ine geschichtliche Tatsache. Diese ...geleugnet, wir haben nie bestritten, daß ...e eine Reihe von Klassenkämpfen ist. Aber unsere Politik wird nicht erfolgreicher, wenn in jedem Satz das Wort Klassenkampf vorkommt. Der Antrag Seydewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagworte festlegen. Wir hingegen wollen im bisherigen Geiste weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und uns ihr Vertrauen schenken. (Lebh. Beifall.)

In der Abstimmung werden **die Anträge durchweg nach dem Antrag des Berichterstatters erledigt.** Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Keil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschlossen. **Die Resolution Seydewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.** (Beifall.)

Zum vierten Punkt der Tagesordnung:

„Probleme der europäischen Politik und Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Marseille"

erstattet den Bericht:

Genosse Crispien:

Der Krieg hinterließ uns als Problem die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Schutz der nationalen Minderheiten, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen. Die Verzögerung der Lösung dieser Fragen entspringt dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Menschen friedlich vereinigen und die Lebensinteressen der breiten Massen schützen will. Dieselbe Arbeiterklasse, die 1914 in den Krieg gerissen worden ist, mußte 1918 den Kampf um den Frieden aufnehmen. Inzwischen waren diese Abgründe zwischen den Völkern aufgerissen. Auf der einen Seite fanden die Siegerstaaten, die die besiegten Staaten restlos zertreten wollten. Auf der anderen Seite mußten die zusammengebrochenen Staaten um das nackte Leben ihrer Menschen kämpfen. Dann kam, daß die Politik der Bolschewisten sich ausschließlich gegen die Sozialdemokraten richtete, und die Zerklüftung und Verwirrung in der Arbeiterklasse selbst und die Fülle der Illusionen, namentlich bei den Schichten, die neu in die politische Bewegung eintraten mögen und noch nicht gelernt hatten, politische Rechte durch Opfer selbst zu erobern oder selbst zu

...n und unbesetzten Gebiete eine Schicksalsgemeinschaft bestehen ...Zum zweiten Male war Ebert am 10. August vorigen ...es in der Provinzialhauptstadt Münster. Es waren die ...wo die Regierung Marx versuchte, den besetzt gewesenen ...ten die Freiheit wiederzugeben. Nur die vor fünf ...ren eingeleitete Auslandspolitik machte es ...möglich, den Reichspräsidenten und die ...atsminister in Westfalen begrüßen zu ...en. Die allgemeine Not der Bevölkerung verbiete, ...schende Feste zu feiern.

Nachdem der Oberbürgermeister von Bochum im Namen der ...den Reichspräsidenten und die Minister begrüßt hatte, nahm ...Ministerpräsident Preußens, Genosse Otto Braun, das ...Er wurde von zahllosen schwarz-rot-goldenen Flaggen und ...Reichsbanner mit stürmischem „Frei-Heil" begrüßt. Wenn ...Ruhrgebiet, erlöst von drückender Fremdherrschaft, heute ...er frei atmen könne, so verdanken wir das gewiß in erster ...der Pflichterfüllung und dem Widerstandswillen der ...lkerung. Wir verdanken es aber auch der zielbewußten, vom ehrlichen Verständigungswillen ...tragenen Reichsregierung Marx, die durch ihr ...reten und ihr verantwortungsbewußtes Verhandeln bei der ...doner Konferenz einen völligen Umschwung in dem Denken ...der chauvinistischen Gegner herbeiführte. Die preußische Staatsregierung wird im Interesse der Bevölkerung von Rhein und ...zum Besten Preußens und des Reiches zu jeder Zeit Seite ...Seite stehen mit jeder Reichsregierung, welche die seit der ...doner Konferenz beschrittenen Wege konsequent weitergeht.

Sodann dankte der Reichspräsident von Hindenburg für ...Begrüßung, die Westfalen ihm und den Vertretern der Re-...gierung bereitet habe. Er nehme den Ruf entgegen, als eine ...Bindung der Treue zum Staat und Reich.

Die Veranstaltung im Rathaus war von den Farben schwarz-...rot-gold beherrscht. Die Minister, insbesondere die der Preußen-...regierung, waren Gegenstand lebhafter Ovationen. Hinden-...burg trug ein schwarz-rot-goldenes Abzeichen im ...Knopfloch. Vorher hatte an den Gräbern der Opfer des Ruhrkampfes Lorbeerkränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen nieder-...gelassen. Das Reichsbanner unternahm im Anschluß an die ...Kundgebung einen Umzug durch die Stadt, wobei die schwarz-rot-...goldenen Fahnen der zahlreichen Deputationen von der Bevölke-...rung mit lautem Jubel begrüßt wurden.

der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen."

Meine Annahme, daß ernste Meinungsverschiedenheiten oder gar Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion in den Kreisen der Parteigenossen nicht bestehe, ist durch die Diskussion bestätigt worden. Kritik ist in der Hauptsache nur aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Auch der Antrag Priem, wonach man für Abschaffung der Reichswehr wirken soll, ist wenig durchdacht. Es würde die Werbekraft der Partei sicher nicht verstärken, wenn wir die Abschaffung auch noch des Heeres von 100 000 Mann, das uns die Siegermächte gestattet haben, fordern würden in einer Situation, wo die Großstaaten Europas einschließlich Rußlands bis an die Zähne gerüstet sind. Wenn Priem statt dessen die Einführung einer republikanischen Reichspolizei fordert, so müßte dann dazu die Einstellung der Genossen eine andere sein, als sie in weiten Kreisen der Partei bei Gründung der republikanischen Reichswehr war. (Sehr gut!) Sonst würden wir auch dabei eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. An schärfster Kritik der Reichswehr haben wir es gewiß nicht fehlen lassen, aber die Parteigenossen dürfen auch nicht in jedem Uniformierten ein Werkzeug der Reaktion erblicken. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vielmehr bemühen, die Reichswehr zu einem wirklichen Organ der Deutschen Republik auszugestalten. (Sehr gut!) Die alte Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" können wir hier nicht mehr anwenden. Eine Ablehnung des Reichswehr-Etats wäre im übrigen nicht möglich, weil es Sonderabstimmung über einzelne Etats nicht gibt. Bei **der Abstimmung des diesmaligen Gesamtetats wird** die Fraktion diesmal **selbstverständlich mit Nein** stimmen.

Anzunehmen wäre der Antrag, der die Gleichstellung der Geschlechter insbesondere im Beamtenrecht verlangte. Dagegen bitte ich, den Antrag von Rheinhessen abzulehnen, der von der Reichs- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die loyale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgebe und zum traditionellen Klassenkampf übergeht. Das würde eine Verurteilung der bisherigen Taktik bedeuten. Ein Antrag, der fordert, daß alle Maßnahmen gegen das bayrische Konkordat ergriffen werden, ist eigentlich überflüssig, kann aber der Fraktion überwiesen werden. Zur Saarfrage empfehle ich die Fassung des Antrages Müller. Durch seine Annahme werden die Anträge Breslau und Löwenstein

Aber unsere Politik wird nicht erfolgreicher, wenn in jedem Satz das Wort Klassenkampf vorkommt. Der Antrag Seydewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagworte festlegen. Wir hingegen wollen im bisherigen Geiste weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und uns ihr Vertrauen schenken. (Lebh. Beifall.)

In der Abstimmung **werden die Anträge durchweg nach dem Antrag des Berichterstatters erledigt.** Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Keil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschlossen. **Die Resolution Seydewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.** (Beifall.)

Zum vierten Punkt der Tagesordnung:

„Probleme der europäischen Politik und Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Marseille"

erstattet den Bericht:

Genosse Crispien:

Der Krieg hinterließ uns als Problem die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Schutz der nationalen Minderheiten, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen. Die Verzögerung der Lösung dieser Fragen entspringt dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Menschen friedlich vereinigen und die Lebensinteressen der breiten Massen schützen will. Dieselbe Arbeiterklasse, die 1914 in den Krieg gerissen worden ist, mußte 1918 den Kampf um den Frieden aufnehmen. Inzwischen waren diese Abgründe zwischen den Völkern aufgerissen. Auf der einen Seite fanden die Siegerstaaten, die die besiegten Staaten restlos zertreten wollten. Auf der anderen Seite mußten die zusammengebrochenen Staaten um das nackte Leben ihrer Menschen kämpfen. Dann kam, daß die Politik der Bolschewisten sich ausschließlich gegen die Sozialdemokraten richtete, und die Zerklüftung und Verwirrung in der Arbeiterklasse selbst und die Fülle der Illusionen, namentlich bei den Schichten, die neu in die politische Bewegung eintraten mögen und noch nicht gelernt hatten, politische Rechte durch Opfer selbst zu erobern oder selbst zu

Stadt-Theater.

„Cavalleria rusticana". — „Der

Die beiden Stücke (Mascagni und
nicht nur wegen ihres Umfanges meisten
sondern sie passen auch stilistisch in ihrer
Theatralik zueinander. Nachdem bei uns im
dem „Bajazzo" zuweilen ein Ballett stand,
jetzt wieder festgehalten worden. Die Sant
schaft und vollem kernigen Ton Berta Eb
entsprach aber ebensowenig wie Paul M
Vorstellung eines „jungen" Bauernpaares.
muß wirksamer zu Hilfe gezogen werden.
mimte eine frische Lola, deren Koketterie
Den Bajazzo gab Peter Unkel. Nachder
von ihm hörten und nach der Feststellung
Lyrische. Arnold Georgensky, keine Vollkra
Bewußtsein der noch nicht gelösten Tenorfr
beiden durch eifriges Studium die Unebenh
beseitigt haben, kann auf lückenlose Erfolge n
Gesang Unkels Canio schon etwas besser al
er doch gegen die Höhe kämpfen und erobe
was selbstverständlicher Besitz sein mußte.
vollen aber engumgrenzten Mittellage darf
nicht genügen. Fände man sich mit dem G
dann stört eine durchaus verschwomm

Wir n

Um durchzuhalten, muß
billig ist. Letzteres ist be

Wiemo

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund.
Am 14. September starb unser Mitglied,
Ofensetzer
Karl Lindner
im Alter von 56 Jahren.
Sein Andenken werden stets in Ehren ha
Die Mitglieder der Baugewerkschaft Dresd
Beerdigung: Donnerstag, 17. September, na
mittags 3 Uhr, von der Halle des Salvator-Fri
hofes, Ende Lohestraße.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernis
Sprachschranken! Lern
Weltsprache Espera
die von Arbeitern aller N
gesprochen und verwend

Ausschneiden!
Dieser
Gutschein
der
Eckersdorff-Etage
Ring 7 (Kurfürstenseite)
Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren
wird mit
10 %
für sämtliche Wollwaren u. Trikotagen
bis zum 30. September in Zahlung
genommen.
Ausschneiden!

Herren- u. Damenräder
auch auf Teilzahlung
gibt ab Fahrradhandlung, Breslau, Neumarkt 28. 3928

Nur um Geld zu schaffen,
daher so billig!
Bettücher-Barchent und Kretas, prachtvolle Ware . . . 3.75 3.10
1 Inlett, federdicht, kräftigst, 2 m lang nur 8.00
Bettbezüge in weiß wie auch in farbig, 1a Ware, 2 m lang . nur 5.50
Bettbezüge mit 2 Kissen und Einschlag, farbig Satin, 2 m lang . nur 10.00
Kinderröcke, reine Wolle, prima Qual. für Erwachsene 5.75
für Kinder . . . . . von 4.25 an
Prima Damen-Hemdhosen 3.50
Prima Manchesterhosen, 1a Zwirnware, lange und breites . . . 8.50
Normalhosen in schwerer Winterqualität 2.10
Normalhemden schwere Winterware, mit doppelter Brust 2.90
Kinderstrümpfe Wollware . . . von 2.15 an
Herrenstrümpfe und -Socken, schwere Qualität 3.00
und vieles andere nur bei
Manneberg
Reuschestraße 1, II
Kein Laden, 3. Etage, daher so billig.
Fähnlein halten Reklame!

Zahne gezogen
Sanitäts-Rat
Dr. F. Königsmann
Facharzt für Chirurgie
Kaiser-Wilhelm-Str. 20, 21

Weckeruhren
mit Leuchtzifferblatt
Prima Fabrikat
empfiehlt
zu billigsten Preisen
Schriftliche Garantie
Paul Alter
Uhren u. Goldwaren
Kupferschmiedestraße 17.

Fahrräder
auf Teilzahlung
gibt ab Fahrradhandlung
Schweidnitzerstraße 7
an der Stadtbahn.

Neue Ära
Spirituosen
bei jedem Feste
das Beste!
Stets auf Lager gute billige Kognak, Rum u. Liköre bei
B. Kochmann
Breslau I nur Weidenstraße 25

Druckerei Volkswacht
Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Monteur-Anzüge . . Mk. 6.75
Arbeits-Hosen . . . „ 4.45
Berufs-Kleidung
Wilhelm Knauerhase
Breslau I, Kupferschmiedestr. 16
Vorzeiger dieses bekommt 5% Rabatt

40 Pf. bis 1.20 Mk., Kammelfutter 90 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. 4126
Kernseife 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Möbel
Ergänzungs-Stücke aller Art, Büfetts, Schreibt., Schränke, Bettstellen, Küchen, Schlaf- und Speisezimmer 3945
aus erster Hand
billiger.
besser u. Großes Lager, Garantie, Zahlungserleichterung.
G. Fuchs
Tischlermeister
Alexanderstr. 24, Hof links und Kl. Marktstraße 2, 1, an der Tiergartenstraße.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat.
Breslau 1, Ohlauerstraße 5

Oberschlesischer Hochofenkoks
liefert jetzt und im Frühjahr direkt an den Verbraucher.
Meldungen erbitte bald an
Dominium Sachermik,
Kreis Breslau.

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Zeitung zu vermann
Arbeitsmarkt
Händler f. Sodal Seife
Lippert, Heinrichstraße

Ofen
setzer
können sich melden
Schweidnitzerstr. 18

Fantasiehutarbeiterinnen
in und außer dem Haus, für lohnende Beschäftigung per sofort gesucht von
Hutfabrik Körber
Reuschestr. 51, Riepoldshof, Port. IV.

Rockschneider
finden dauernde Beschäftigung (Probearbeit erwünscht)
Gebr. Lippmann & Co
Karlstraße Nr. 38.

städtische Stromzufuhr einmal versagen könnte, und alles zu einer modernen Druckerei gehörige Schriftmaterial, Hilfsmaschinen und sonstigen Gebrauchsgegenstände.

Nach der diesjährigen Gewerbezählung waren insgesamt 106 Beschäftigte (ohne Zeitungsträgerinnen, da dies als Nebenbeschäftigung gilt) vorhanden. Alle Tätigen erhalten eine gewisse übertarifliche Entlohnung, ausgenommen davon sind nur die sogenannten „oberen Stellungen", der Redakteure und leitenden Personen. Die Ferien werden, soweit das möglich, ebenfalls in erweitertem Umfange gewährt. Die Zusammenarbeit ist eine durchaus zufriedenstellende, so daß das Unternehmen sich gut entwickelt hat. Besondere Verhältnisse machten es nötig, daß zum Grundbesitz noch das Haus Fränkelplatz 3 angekauft werden mußte. Hervorzuheben ist, daß mit Ausnahme von zwei Hypotheken und geringen Darlehen aus Arbeiterkreisen das Unternehmen mit eigenem Kapital arbeiten muß.

Ueberlegen wir uns einmal, was es für die Gesamtarbeiterschaft bedeutete, sich aus eigener Kraft ihr Unternehmen geschaffen zu haben, ihre scharfe Waffe, die in allen Lohn- und Arbeitskämpfen stets treu und kampfmutig ihre Interessen vertritt! Was es für die Arbeiter des graphischen Gewerbes bedeutet, einen eigenen, mindestens mittleren Betrieb zu besitzen, bei dem es nicht zum Streik kommen braucht, wenn Lohnerhöhungen nötig werden! Und bedenkt weiter, was es für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen bedeutet, wenn die „Volkswacht" mit ihren vier Kopfblättern, die viele Zehntausende Bezieher haben und damit einen Hunderttausend übersteigenden Leserkreis, täglich für die sozialistische Durchbildung der Massen wirken kann. Eine von drei oder mehr Tausenden besuchte Versammlung können wir stets als großen Erfolg buchen! Die Redaktion unseres Parteiunternehmens spricht aber täglich zu mehr als hunderttausend Proletariern, und sehr viele unserer Parteimitglieder sind sich ihrer wirklichen Klassenlage erst durch eifriges Lesen unserer Parteiblätter bewußt geworden.

Deshalb also, weil es das Werbemittel mit dem größten Wirkungskreis ist, müssen wir auch am eifrigsten für seine weiteste Verbreitung sorgen! Müssen nicht nur stets daran denken, Indifferente zum Bezug der Zeitung zu veranlassen, sondern auch bei uns selbst müssen wir beginnen, uns so weit zu bringen, daß wir nicht, wie heute noch die meisten von uns, in falscher Bescheidenheit es dem Kaufmann, bei dem wir die Artikel, die wir in unserem Konsumverein nicht bekommen können, einkaufen, nicht sagen, daß uns seine Anzeigen in der „Volkswacht" zum Kauf bei ihm veranlaßt haben! Sondern umgekehrt! Wir müssen möglichst mit dem Blatt, das die Anzeige enthält, hingehen und ihm dort bald sagen: ich komme auf Ihre Anzeige hin, mir diesen Schirm oder Stock oder was es sonst nun ist, kaufen, und unsere Ueberzeugungstreue offen zeigen.

Dadurch unterstützen wir die wirtschaftliche Werbekraft unserer Zeitung in sehr wirksamer Weise, ohne daß uns eine besondere Mühe erwächst! Wir brauchen deshalb keinen Schritt weiterzugehen! Wir brauchen nur daran zu denken, nur aufmerksam zu sein! Aber auch innerhalb unserer Familie müssen wir oft noch sehen, daß selbst ältere, in der Parteibewegung groß gewordene Genossen und noch mehr Genossinnen nicht daran denken, eine Anzeige, ganz gleich, ob es eine Familienanzeige ist oder ob eine Bedienungsfrau gesucht wird, oder ob irgend ein nicht mehr benötigter Gebrauchsgegenstand verkauft werden soll, nicht im Parteiblatt, sondern im „General-Anzeiger" aufgeben! Und das Schlimmste daran ist, daß sie es nicht einmal selbst merken! Nicht wissen, was sie dabei tun! Nicht daran denken, daß sie damit ihren schlimmsten Feind direkt unterstützen, der bürgerlichen Verdummungspresse ihren Profit mehren helfen. Bei ruhiger Ueberlegung erscheint uns das kaum möglich! Und doch geschieht es hundertfach und tausendfach! Also denken wir alle daran, wieviel wir diesem Zweig der Eigenbetriebe unserer Partei an für uns mühelose Werbearbeit noch schuldig sind, und handeln wir dann stets so, wie es als gute Parteimitglieder uns selbst und der Partei gegenüber verantworten können! Geschieht dies künftig und bleiben wir uns dieser Pflichten stets bewußt, um sie auf allen Gebieten des täglichen Lebens praktisch anzuwenden, dann wird dieses Bewußtwerden allen unseren Eigenbetrieben einen starken Antrieb zum Wachstum geben! s.

Glossen zu Erziehungsfragen.

Der Kulturkampf geht los! Ein Reichsschulgesetzentwurf wird dem Reichstage vorgelegt werden, der den Ungeist schlimmsten Kirchentums atmet. Die Schule, die Volksschule nebenbei gesagt, soll wieder der Aufsicht dogmatisch beschränkter Kirchenlichter unterstellt werden. Das Zentrum holt zum entscheidenden politischen Schlage aus. Diesmal läßt es sich von den Rechtsparteien für seine Nachgiebigkeit in Fragen der Politik bezahlen, und wird dabei auch seinen linken Flügel begeistert hinter sich heben. Auch die Kreise des Jungzentrums, deren oppositionelle Haltung zu ihrer Partei in Fragen der Sozialpolitik und des Friedenswillens zuweilen gewisse Berührungspunkte mit uns ergeben. Wir müssen wissen, daß uns, deutlich gesehen, eine unüberbrückbare Kluft auch von dieser „Linken" trennt.

„Nur keine Illusionen". Dieser Warnruf Adolf Hoffmanns wird bei uns besonders Gehör finden, denen ist je der Gedanke unerträglich war, daß kulturelle Werte als Schacherobjekt im politischen Kampf benutzt wurden.

Was uns da blühen kann, geht aus folgenden Sätzen eines kirchlichen Nachrichtenblattes hervor: „Wenn die Naturwissenschaft klaren, grundlegenden, durch die ganze Bibel hindurchgehenden christlichen Lehren schroff widerspricht, so hat entweder die Bibel recht oder die Naturwissenschaft. Die Bibel lehrt ganz offenbar, daß die Wesen nicht eins aus dem anderen sich entwickelt haben, sondern daß Gott jedes nach seiner Art geschaffen hat, daß insonderheit die Schöpfung des Menschen auf einem besonderen Schöpfungsakt beruht . . . Aus dieser Kette kann man nicht einfach die Anfangsglieder ausschalten und durch neue ersetzen. Dies aber tut der materialistische Darwinismus, den darum jeder fromme Christ als eine mit dem biblischen Christentum unverträgliche Lehre ablehnen muß . . . Wir halten fest am Worte Gottes, und eine besonnene (!) Naturwissenschaft wird das niemals bestreiten." Geschrieben im September 1925, wenige Wochen, nachdem ein Hohngelächter ob der Idiotie durch die Welt ging, die in „freien" Amerika den Affenprozeß von Dayton möglich machte. Das „Volk der Dichter und Denker" ist auf dem Wege zur Weltblamage.

* * *

Unser Genosse Max Hodann hat uns das schöne Büchlein „Bub und Mädel" geschrieben, das in vorbildlicher und vorurteilsfreier Weise zeigt, wie sozialistische Sexualpädagogik zu arbeiten hat. Die Mucker und Rückwärtler haben ihn drob angegriffen. Wie unfähig sie selbst aber den Problemen gegenüberstehen, zeigt folgender Vorschlag eines städtischen Beamten, der kürzlich in einer Berliner Zeitung erschien. Es sollen Lehrer, Aerzte, Geistliche und Juristen, die dafür geeignet sind, Aufklärungsvorträge für die verschiedenen Kategorien der Jugendlichen (Volksschüler, höhere Schüler, Fortbildungsschüler) ausarbeiten. In jeder Schule soll dann eine Einrichtung getroffen werden, die eine gewisse Aehnlichkeit mit einem Beichtstuhl hat. Vor der Schulentlassung soll dann jedes Kind aufgefordert werden, in den Raum, in dem diese Einrichtung getroffen ist, zu gehen. Hier wird es allein gelassen und hört nun durch Radio eine Stimme, die den betreffenden Vortrag spricht. Der Mann verspricht sich von diesem Verfahren, daß schon die ganze äußere Situation auf den Jugendlichen einen großen Eindruck machen und dem Vorkommnis den Stempel eines unauslöschlichen Erlebnisses aufdrücken werde.

Und so was will noch pädagogisch ernst genommen werden!

Der bankrotte Erzieher wagt es nicht, seinem Zögling von Auge zu Auge zu treten. Die Anonymität des Radioapparates ist ihm gerade recht, um in lächerlicher Weise an Aufgaben heranzugehen, zu deren vernünftiger Lösung er unfähig ist. Nicht einmalige „Aufklärung" (ein scheußliches Wort in diesem Zusammenhang!) tut not, womöglich noch mit Ku-Klux-Klan-Heimlichkeit und „erschütternden" Radio-Beichtstuhl-Erlebnissen, sondern einfache selbstverständliche Wahrhaftigkeit den Kindern gegenüber, langes Einwirken einer Erzieherpersönlichkeit auf den jungen Menschen, der der Pubertät entgegenreift.

Schlesischer Holzarbeiter-Jugendtag in Liegnitz.

Am 12. und 13. September fand in Liegnitz die erste schlesische Holzarbeiter-Jugendtagung statt. Aus einer großen Anzahl Orten Schlesiens waren die Jugendgenossen dieser großen Gewerkschaft herbeigeeilt oder hatten wenigstens eine Vertretung entsandt.

Am Sonnabend abend fand im großen Volkshaussaale eine gut besuchte Feier statt, bei der nach Gesang-, Musik- und Gedichtvorträgen Genosse Fischer die Erschienenen begrüßte und einen kurzen Ueberblick gab über die örtliche organisatorische Entwicklung der Holzarbeiterjugend. Nach ihm sprach der Vertreter des Gauvorstandes, Genosse Koblitz, aus Breslau. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß diese Tagung die erste der schlesischen Holzarbeiter-Jugend sei, erwähnte die Bildungsbestrebungen des Holzarbeiterverbandes und kam auf den letzten Verbandstag zu sprechen, auf dem die Jugendarbeit eine besondere Beachtung fand. Die Lehrlingsfrage, die Arbeitszeit der Lehrlinge und die Kostgeldfrage erforderte dauernde Aufmerksamkeit. Bei den gesetzgebenden Körperschaften muß der nötige Einfluß ausgeübt werden und der Kampf gegen die Rückschrittler und Ausbeuter mit Ausdauer geführt werden, damit solche Zustände wie zum Beispiel in Schweidnitz, wo ein Betrieb neben 14 Gesellen 32 Lehrlinge hat, nicht mehr vorkommen können. Mit dem Wunsche, daß die Konferenz gute Früchte zeitigen möge, schloß Genosse Koblitz seine Ansprache.

Am Sonntag traf sich die Holzarbeiter-Jugend zu einem Morgenspaziergang unter Führung Liegnitzer Kollegen. Anschließend wurde die großartig eingerichtete Tischlerei des Bauhütten-Betriebsverbandes besichtigt. Um 10 Uhr vormittags fand im Volkshause eine Jugendleiterbesprechung statt, wo unter anderem der Jugendsekretär beim Hauptvorstand, Kollege Timm (Berlin), einen Vortrag über Auf- und Ausbau der Jugendabteilungen hielt. Mittags 1 Uhr fand gemeinsames Mittagessen und um 3 Uhr nachmittags eine Jugendfeier im Freien (Kaiserpark) statt, wo Genosse Timm eine Ansprache hielt.

Aus Anlaß der Tagung war eine Ausstellung von Jugend- und Fachliteratur, Propagandamaterial und anderem arrangiert.